



DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2025/403 DER KOMMISSION

vom 28. Februar 2025

zur Änderung der Anhänge des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 hinsichtlich der Genehmigung bestimmter nationaler Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen bestimmter Wassertierseuchen und hinsichtlich der Liste der für diese Seuchen empfänglichen Arten

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 226 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2021/260 der Kommission ⁽²⁾ enthält in seinen Anhängen I, II und III Listen der Mitgliedstaaten oder Teile von Mitgliedstaaten, die als frei von bestimmten Wassertierseuchen gelten, welche nicht gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EU) 2016/429 gelistet sind, oder die Tilgungsprogrammen für diese Seuchen unterliegen und für die nationale Maßnahmen genehmigt wurden, sowie eine Liste der für diese Seuchen empfänglichen Arten.
- (2) Frankreich hat der Kommission mitgeteilt, dass das Gebiet Durançole sowie die Kompartimente FR 72261001 und FR 72294001 in seinem Hoheitsgebiet, die in Anhang I des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 gelistet sind, nicht mehr als frei von KHV gelten können. Die zuständige Behörde wird keine nationalen Maßnahmen mehr durchführen, um die Einschleppung dieser Seuche zu verhüten oder ihre Ausbreitung zu bekämpfen. Das genannte Gebiet und die genannten Kompartimente sollten daher aus der Liste im genannten Anhang gestrichen werden.
- (3) Dänemark hat der Kommission mitgeteilt, dass die Kompartimente 103647 und 117789 in seinem Hoheitsgebiet, die in Anhang I des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 gelistet sind, nicht mehr als frei von der bakteriellen Nierenerkrankung (BKD) und der infektiösen Pankreasnekrose (IPN) gelten können. Außerdem hat Dänemark der Kommission mitgeteilt, dass das Kompartiment 104106 in seinem Hoheitsgebiet nicht mehr als frei von IPN gelten kann. Die zuständige Behörde wird keine nationalen Maßnahmen mehr durchführen, um die Einschleppung dieser Seuchen in die genannten Kompartimente zu verhüten oder ihre Ausbreitung zu bekämpfen. Diese Kompartimente sollten daher aus der Liste in Anhang I des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 gestrichen werden.
- (4) Des Weiteren hat Dänemark der Kommission mitgeteilt, dass das in Anhang II des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 gelistete Kompartiment 122491 in seinem Hoheitsgebiet nicht mehr über ein Tilgungsprogramm in Bezug auf BKD verfügt. Die zuständige Behörde wird keine nationalen Maßnahmen mehr durchführen, um die Einschleppung dieser Seuche in das genannte Kompartiment zu verhüten oder ihre Ausbreitung zu bekämpfen. Das genannte Kompartiment sollte daher aus der Liste im genannten Anhang gestrichen werden.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2021/260 der Kommission vom 11. Februar 2021 über die Genehmigung nationaler Maßnahmen zur Begrenzung der Auswirkungen bestimmter Wassertierseuchen gemäß Artikel 226 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Beschlusses 2010/221/EU der Kommission (ABl. L 59 vom 19.2.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2021/260/oj).

- (5) Zudem hat Dänemark der Kommission mitgeteilt, dass das in Anhang II des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 genannte Tilgungsprogramm für bestimmte Seuchen nunmehr in Bezug auf BKD für das im genannten Anhang gelistete Kompartiment 106314 in seinem Hoheitsgebiet erfolgreich abgeschlossen wurde. Das genannte Kompartiment kann somit als frei von BKD gelten und sollte daher aus der Liste im genannten Anhang gestrichen werden. Es sollte stattdessen in die Liste der als frei von BKD geltenden Kompartimente in Anhang I des genannten Durchführungsbeschlusses aufgenommen werden, und die zuständige Behörde wird nationale Maßnahmen durchführen, um die Einschleppung dieser Seuche zu verhüten oder ihre Ausbreitung zu bekämpfen.
- (6) Dänemark hat der Kommission auch mitgeteilt, dass es mit einem Tilgungsprogramm in Bezug auf BKD für die Kompartimente 83138 und 103606 in seinem Hoheitsgebiet begonnen hat. Diese Kompartimente sollten deshalb in die Liste der einem Tilgungsprogramm für BKD unterliegenden Kompartimente in Anhang II des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 aufgenommen werden, und die zuständige Behörde wird nationale Maßnahmen durchführen, um die Einschleppung dieser Seuche zu verhüten oder ihre Ausbreitung zu bekämpfen.
- (7) Die Anhänge I und II des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 sollten daher entsprechend geändert werden.
- (8) Darüber hinaus hat die EFSA in ihren jüngsten Gutachten in Bezug auf BKD ⁽³⁾, die Infektion mit *Gyrodactylus salaris* ⁽⁴⁾, infektiöse Pankreasnekrose ⁽⁵⁾, die Infektion mit dem Lachs-Alphavirus ⁽⁶⁾ und die Frühlingsvirämie der Karpfen ⁽⁷⁾ Listen der Wassertierarten festgelegt, die für diese Seuchen empfänglich sind. Anhang III des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 sollte daher geändert werden, um diesen EFSA-Gutachten Rechnung zu tragen.
- (9) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Anhänge I, II und III des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 werden gemäß dem Anhang des vorliegenden Beschlusses geändert.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Brüssel, den 28. Februar 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

⁽³⁾ <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.2903/j.efsa.2023.8326>.
⁽⁴⁾ <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.2903/j.efsa.2023.8325>.
⁽⁵⁾ <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.2903/j.efsa.2023.8028>.
⁽⁶⁾ <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.2903/j.efsa.2023.8327>.
⁽⁷⁾ <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.2903/j.efsa.2023.8324>.

ANHANG

Die Anhänge des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/260 werden wie folgt geändert:

1. Anhang I wird wie folgt geändert:

a) Der Eintrag für Frankreich in Bezug auf die Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV) erhält folgende Fassung:

„Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV)“	Frankreich	FR	Die folgenden Einzelkompartimente, die jeweils aus einem Aquakulturbetrieb mit der angegebenen Zulassungsnummer bestehen:
			FR 17116001 CE Pisciculture de l'EARL Carpio FR 34023506 CE SCEA les poissons du Soleil FR 34195501 CE Olivier Germaine — Pisciculture FR 39366002 CE Pisciculture du Moulin de Pierre FR 63263022 CE Pisciculture de Fontanas FR 66190003 CE SCEA les poissons du Soleil“

b) Der Eintrag für Dänemark in Bezug auf die bakterielle Nierenerkrankung (BKD) erhält folgende Fassung:

„Bakterielle Nierenerkrankung (BKD)“	Dänemark	DK	Die folgenden Einzelkompartimente, die jeweils aus einem Aquakulturbetrieb mit der angegebenen Zulassungsnummer bestehen:
		84470	Brænderigårdens Dambrug
		92158	Hørup Mølle Dambrug
		103471	Abildvad Dambrug
		103559	Fårup Mølle Dambrug
		103587	Trend Å Dambrug
		103623	Hårkjær Dambrug
		103682	Sangild Dambrug
		103733	Skade Dambrug
		106314	Ravningkær Dambrug
		118656	AquaSearch Ova, Billund
		118844	Ravning ægpakkeri
		128165	Ollerupgård Dambrug“

c) Der Eintrag für Dänemark in Bezug auf die infektiöse Pankreasnekrose (IPN) erhält folgende Fassung:

„Infektiöse Pankreasnekrose (IPN)“	Dänemark	DK	Die folgenden Einzelkompartimente, die jeweils aus einem Aquakulturbetrieb mit der angegebenen Zulassungsnummer bestehen:
		83138	Hallesøhuse Dambrug
		84470	Brænderigårdens Dambrug
		92158	Hørup Mølle Dambrug
		103554	Fruerlund Dambrug
		103559	Fårup Mølle Dambrug
		103571	Hallesø Dambrug

„Infektiöse Pankreasnekrose (IPN)“	Dänemark	DK	Die folgenden Einzelkompartimente, die jeweils aus einem Aquakulturbetrieb mit der angegebenen Zulassungsnummer bestehen:
		103606	Lundby Dambrug
		103623	Hårkjær Dambrug
		103668	Ravning Dambrug
		103670	Refsgårds Dambrug
		103682	Sangild Dambrug
		103802	Ådal Dambrug
		103910	Piledal Dambrug
		106314	Ravningkær Dambrug
		108516	Hulsig Dambrug
		118656	AquaSearch Ova, Billund
		118844	Ravning ægpakkeri
		125770	Aquasearch Ova
		128165	Ollerupgård Dambrug“

2. In Anhang II erhält der Eintrag für Dänemark in Bezug auf die bakterielle Nierenerkrankung (BKD) folgende Fassung:

„Bakterielle Nierenerkrankung (BKD)“	Dänemark	DK	Die folgenden Einzelkompartimente, die jeweils aus einem Aquakulturbetrieb mit der angegebenen Zulassungsnummer bestehen:
		83138	Halle Søhuse Dambrug
		103606	Lundby Dambrug“

3. Anhang III erhält folgende Fassung:

„Wassertierarten, die für Seuchen empfänglich sind, für die bestimmte Mitgliedstaaten (*) gemäß Artikel 226 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/429 nationale Maßnahmen erlassen haben

Seuche	Empfängliche Arten
Koi-Herpesvirus-Infektion (KHV)	Gemäß Spalte 3 des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission
Frühlingsvirämie der Karpfen (SVC)	<i>Abramis brama</i> , <i>Aristichthys nobilis</i> , <i>Carassius auratus</i> , <i>Ctenopharyngodon idella</i> , <i>Cyprinus carpio</i> , <i>Cyprinus carpio koi</i> , <i>Cyprinus rubrofuscus</i> , <i>Danio rerio</i> , <i>Notemigonus crysoleucas</i> , <i>Percocypris pingi</i> , <i>Pimephales promelas</i> , <i>Rutilus kutum</i> , <i>Rutilus rutilus</i> , <i>Silurus glanis</i>
Bakterielle Nierenerkrankung (BKD)	<i>Anoplopoma fimbria</i> , <i>Lota lota</i> , <i>Notropis cornutus</i> , <i>Oncorhynchus clarkii</i> , <i>Oncorhynchus gorbuscha</i> , <i>Oncorhynchus keta</i> , <i>Oncorhynchus kisutch</i> , <i>Oncorhynchus mykiss</i> , <i>Oncorhynchus nerka</i> , <i>Oncorhynchus tshawytscha</i> , <i>Pimephales promelas</i> , <i>Plecoglossus altivelis</i> , <i>Salvelinus alpinus</i> , <i>Salvelinus fontinalis</i> , <i>Salvelinus namaycush</i> , <i>Salmo salar</i> , <i>Salmo trutta</i> , <i>Thymallus thymallus</i>

Seuche	Empfängliche Arten
Infektiöse Pankreasnekrose (IPN)	<i>Anarhichas minor</i> , <i>Anguilla anguilla</i> , <i>Anguilla japonica</i> , <i>Brevoortia tyrannus</i> , <i>Channa striata</i> , <i>Coregonus lavaretus</i> , <i>Ctenolabrus rupestris</i> , <i>Danio rerio</i> , <i>Dicentrarchus labrax</i> , <i>Esox lucius</i> , <i>Gadus morhua</i> , <i>Hippoglossus hippoglossus</i> , <i>Limanda limanda</i> , <i>Morone saxatilis</i> , <i>Merluccius merluccius</i> , <i>Microstomus kitt</i> , <i>Oncorhynchus clarkii</i> , <i>Oncorhynchus gorboscha</i> , <i>Oncorhynchus keta</i> , <i>Oncorhynchus kisutch</i> , <i>Oncorhynchus mykiss</i> , <i>Oncorhynchus rhodurus</i> , <i>Oncorhynchus tshawytscha</i> , <i>Pleuronectes platessa</i> , <i>Scophthalmus maximus</i> , <i>Salmo salar</i> , <i>Salmo trutta</i> , <i>Salvelinus alpinus</i> , <i>Salvelinus fontinalis</i> , <i>Salvelinus namaycush</i>
Infektion mit <i>Gyrodactylus salaris</i> (GS)	<i>Oncorhynchus mykiss</i> , <i>Salmo trutta</i> , <i>Salmo salar</i> , <i>Salvelinus alpinus</i> , <i>Salvelinus fontinalis</i> , <i>Salvelinus namaycush</i> , <i>Thymallus thymallus</i>
Infektion mit dem Lachs-Alphavirus (SAV)	<i>Limanda limanda</i> , <i>Oncorhynchus mykiss</i> , <i>Salmo salar</i> , <i>Salvelinus alpinus</i>

- (*) Im Einklang mit dem Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und insbesondere nach Artikel 5 Absatz 4 des Windsor-Rahmens in Verbindung mit Anhang 2 dieses Rahmens gelten für die Zwecke dieses Anhangs Verweise auf Mitgliedstaaten auch für das Vereinigte Königreich in Bezug auf Nordirland.“



BESCHLUSS (EU) 2025/433 DES RATES

vom 25. Februar 2025

über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union auf der 195. Tagung des Weltforums für die Harmonisierung der Regelungen für Kraftfahrzeuge der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zu vertreten ist

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 114 in Verbindung mit Artikel 218 Absatz 9,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit dem Beschluss 97/836/EG des Rates ⁽¹⁾ ist die Union dem Übereinkommen der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden (im Folgenden „Geändertes Übereinkommen von 1958“), beigetreten. Das Geänderte Übereinkommen von 1958 trat am 24. März 1998 in Kraft.
- (2) Mit dem Beschluss 2000/125/EG des Rates ⁽²⁾ ist die Union dem Übereinkommen über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können (im Folgenden „Parallelübereinkommen“) beigetreten. Das Parallelübereinkommen trat am 15. Februar 2000 in Kraft.
- (3) In der Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und Rates ⁽³⁾ sind die Verwaltungsvorschriften und technischen Anforderungen für die Typgenehmigung und das Inverkehrbringen aller neuen Fahrzeuge, Systeme, Bauteile und selbstständigen technischen Einheiten festgelegt. Mit dieser Verordnung wurden nach dem Geänderten Übereinkommen von 1958 erlassene Regelungen (im Folgenden „UN-Regelungen“) in das EU-Typgenehmigungssystem integriert, entweder als Anforderungen für die Typgenehmigung oder als Alternative zu Rechtsvorschriften der Union.
- (4) Nach Artikel 1 des Geänderten Übereinkommens von 1958 und Artikel 6 des Parallelübereinkommens kann das Weltforum für die Harmonisierung der Regelungen für Kraftfahrzeuge (WP.29) Vorschläge für Anpassungen der UN-Regelungen, globalen technischen Regelungen der Vereinten Nationen (UN-GTR) und UN-Resolutionen sowie Vorschläge für neue UN-Regelungen, UN-GTR und UN-Resolutionen über die Genehmigung von Fahrzeugen annehmen. Darüber hinaus kann die WP.29 gemäß diesen Bestimmungen Vorschläge für Genehmigungen zur Ausarbeitung von Änderungen an UN-GTR oder für die Ausarbeitung von neuen UN-GTR sowie Vorschläge für die Erweiterung von Mandaten für UN-GTR annehmen.
- (5) Auf ihrer 195. Sitzung vom 4. bis zum 7. März 2025 kann die WP.29 Folgendes annehmen: Vorschläge für Anpassungen der UN-Regelungen Nr. 13, 39, 48, 49, 79, 83, 92, 96, 100, 105, 116, 124, 138, 148, 149, 152, 158, 161, 162, 163, 168 und 171, einen Vorschlag für eine neue UN-Regelung über die Ermittlung der Systemleistung von Hybridelektrofahrzeugen und von Elektrofahrzeugen mit mehr als einer elektrischen Maschine als Antrieb und einen Vorschlag zur Änderung der Gesamtresolution über die gemeinsame Spezifikation für Lichtquellenkategorien.
- (6) Die UN-Regelungen werden für die Union verbindlich sein. Zusammen mit der UN-Gesamtresolution werden sie geeignet sein, den Inhalt von Rechtsvorschriften der Union im Bereich der Typgenehmigung von Fahrzeugen maßgeblich zu beeinflussen. Es ist daher zweckmäßig, den in der WP.29 im Namen der Union zu vertretenden Standpunkt in Bezug auf die Annahme dieser Vorschläge festzulegen.

⁽¹⁾ Beschluss 97/836/EG des Rates vom 27. November 1997 über den Beitritt der Europäischen Gemeinschaft zu dem Übereinkommen der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden („Geändertes Übereinkommen von 1958“) (ABl. L 346 vom 17.12.1997, S. 78, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/1997/836/oj>).

⁽²⁾ Beschluss 2000/125/EG des Rates vom 31. Januar 2000 betreffend den Abschluss des Übereinkommens über die Festlegung globaler technischer Regelungen für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können („Parallelübereinkommen“) (ABl. L 35 vom 10.2.2000, S. 12, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2000/125/oj>).

⁽³⁾ Verordnung (EU) 2018/858 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 715/2007 und (EG) Nr. 595/2009 und zur Aufhebung der Richtlinie 2007/46/EG (ABl. L 151 vom 14.6.2018, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/858/oj>).

- (7) Um die bisherigen Erfahrungen und den technischen Fortschritt im Rahmen des Typgenehmigungsverfahrens zu berücksichtigen, müssen die Anforderungen der UN-Regelungen Nr. 13, 39, 48, 49, 79, 83, 92, 96, 100, 105, 116, 124, 138, 148, 149, 152, 158, 161, 162, 163, 168 und 171 sowie der UN-Gesamtresolution über die gemeinsame Spezifikation für Lichtquellenkategorien an bestimmte Aspekte oder Merkmale geändert oder ergänzt werden.
- (8) Um technischen Fortschritt zu ermöglichen und saubere Mobilität zu fördern, muss eine neue UN-Regelung über die Ermittlung der Systemleistung von Hybridelektrofahrzeugen und von Elektrofahrzeugen mit mehr als einer elektrischen Maschine als Antrieb angenommen werden.
- (9) Diese Vorschläge stehen im Einklang mit den strategischen politischen Leitlinien der Union im Zusammenhang mit der Automobilindustrie.
- (10) Angesichts der genannten Vorteile wird vorgeschlagen, für diese Vorschläge zu stimmen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Standpunkt, der im Namen der Union auf der für den 4. bis zum 7. März 2025 anberaumten 195. Sitzung des Weltforums für die Harmonisierung der Regelungen für Kraftfahrzeuge der UNECE zu vertreten ist, besteht darin, für die im Anhang dieses Beschlusses aufgeführten Vorschläge zu stimmen.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 25. Februar 2025.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. SZŁAPKA

ANHANG

Regelung Nr.	Tagesordnungspunkt – Titel	Dokumentennummer ⁽¹⁾
13	Vorschlag für eine neue Änderungsserie 15 zu UN-Regelung Nr. 13 (Bremsen schwerer Nutzfahrzeuge) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 91, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRVA/2024/37, geändert durch das informelle Dokument GRVA-20-47	ECE/TRANS/WP.29/2025/6
13	Vorschlag für eine Ergänzung 24 der Änderungsserie 11 zu UN-Regelung Nr. 13 (Bremsen schwerer Nutzfahrzeuge) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 97, auf Grundlage des informellen Dokuments GRVA-20-33	ECE/TRANS/WP.29/2025/8
13	Vorschlag für eine Ergänzung 6 der Änderungsserie 12 zu UN-Regelung Nr. 13 (Bremsen schwerer Nutzfahrzeuge) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 97, auf Grundlage des informellen Dokuments GRVA-20-33	ECE/TRANS/WP.29/2025/9
13	Vorschlag für eine Ergänzung 4 der Änderungsserie 13 zu UN-Regelung Nr. 13 (Bremsen schwerer Nutzfahrzeuge) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 97, auf Grundlage von GRVA-20-33	ECE/TRANS/WP.29/2025/10
13	Vorschlag für eine Ergänzung 1 der Änderungsserie 14 zu UN-Regelung Nr. 13 (Bremsen schwerer Nutzfahrzeuge) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 97, auf Grundlage des informellen Dokuments GRVA-20-33	ECE/TRANS/WP.29/2025/11
39	Vorschlag für die Änderungsserie 02 zu UN-Regelung Nr. 39 (Geschwindigkeitsmesser und Kilometerzähler) ECE/TRANS/WP.29/GRSG/107 Absatz 16, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRSG/2024/36, geändert durch Anhang IV des Berichts	ECE/TRANS/WP.29/2025/18 Rev.1
48	Vorschlag für die Ergänzung 10 der Änderungsserie 03 zu UN-Regelung Nr. 48 (Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absatz 27, auf Grundlage von GRE-88-17 und ECE/TRANS/WP.29/GRE/2023/13	ECE/TRANS/WP.29/2025/30
48	Vorschlag für die Ergänzung 23 der Änderungsserie 04 zu UN-Regelung Nr. 48 (Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absatz 27, auf Grundlage von GRE-88-17 und ECE/TRANS/WP.29/GRE/2023/13	ECE/TRANS/WP.29/2025/31
48	Vorschlag für die Ergänzung 18 der Änderungsserie 05 zu UN-Regelung Nr. 48 (Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absatz 27, auf Grundlage von GRE-88-17 und ECE/TRANS/WP.29/GRE/2023/13	ECE/TRANS/WP.29/2025/32

Regelung Nr.	Tagesordnungspunkt – Titel	Dokumentennummer ⁽¹⁾
48	Vorschlag für die Ergänzung 21 der Änderungsserie 06 zu UN-Regelung Nr. 48 (Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absätze 15, 24 und 27, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/3, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/4, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/15 und ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/22	ECE/TRANS/WP.29/2025/33
48	Vorschlag für die Ergänzung 8 der Änderungsserie 07 zu UN-Regelung Nr. 48 (Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absätze 15, 24 und 27, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/3, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/4, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/15 und ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/22	ECE/TRANS/WP.29/2025/34
48	Vorschlag für die Ergänzung 6 der Änderungsserie 08 zu UN-Regelung Nr. 48 (Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absätze 15, 24 und 27, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/3, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/4, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/15 und ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/22	ECE/TRANS/WP.29/2025/35
48	Vorschlag für die Ergänzung 1 der Änderungsserie 09 zu UN-Regelung Nr. 48 (Anbau der Beleuchtungs- und Lichtsignaleinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absätze 15, 24 und 27, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/3, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/4, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/15, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/22 und GRE-90-10	ECE/TRANS/WP.29/2025/36
49	Vorschlag für die Ergänzung 10 der Änderungsserie 06 zu UN-Regelung Nr. 49 (Emissionen aus Selbstzündungs- und aus (mit Flüssiggas oder komprimiertem Erdgas/Biomethan betriebenen) Fremdzündungsmotoren) ECE/TRANS/WP.29/GRPE/91 Absatz 32, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRPE/2024/21, GRPE-91-37 und geändert auf der Sitzung wie in Anhang V festgehalten	ECE/TRANS/WP.29/2025/26
79	Vorschlag für eine Ergänzung 12 der Änderungsserie 03 zu UN-Regelung Nr. 79 (Lenkanlagen) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 74, auf Grundlage des informellen Dokuments GRVA-20-38	ECE/TRANS/WP.29/2025/12
79	Vorschlag für eine Ergänzung 7 der Änderungsserie 04 zu UN-Regelung Nr. 79 (Lenkanlagen) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 74, auf Grundlage des informellen Dokuments GRVA-20-38	ECE/TRANS/WP.29/2025/13
83	Vorschlag für die Ergänzung 2 der Änderungsserie 08 zu UN-Regelung Nr. 83 (Emissionen von Fahrzeugen der Klassen M1 und N1) ECE/TRANS/WP.29/GRPE/91 Absatz 16, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRPE/2024/19	ECE/TRANS/WP.29/2025/27

Regelung Nr.	Tagesordnungspunkt – Titel	Dokumentennummer ⁽¹⁾
92	Vorschlag für die Änderungsserie 03 zu UN-Regelung Nr. 92 (Austauschschalldämpferanlagen für Krafträder) ECE/TRANS/WP.29/GRBP/78 Absatz 15, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRBP/2024/21, geändert durch GRBP-80-29-Rev.3	ECE/TRANS/WP.29/2025/3
96	Vorschlag für die Ergänzung 2 der Änderungsserie 05 zu UN-Regelung Nr. 96 (einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Motoren für land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen und für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte hinsichtlich der Emissionen von Schadstoffen aus dem Motor) ECE/TRANS/WP.29/GRPE/91 Absatz 43, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRPE/2024/24	ECE/TRANS/WP.29/2025/28
100	Vorschlag für die Änderungsserie 05 zu UN-Regelung Nr. 100 (Fahrzeuge mit Elektroantrieb) ECE/TRANS/WP.29/GRSP/2024/18, geändert durch GRSP-76-08-Rev.1	ECE/TRANS/WP.29/2025/41
100	Vorschlag für die Ergänzung 5 der Änderungsserie 03 zu UN-Regelung Nr. 100 (Fahrzeuge mit Elektroantrieb) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/2024/22, geändert durch GRSP-76-09	ECE/TRANS/WP.29/2025/42
100	Vorschlag für die Ergänzung 2 der Änderungsserie 04 zu UN-Regelung Nr. 100 (Fahrzeuge mit Elektroantrieb) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/2024/22, geändert durch GRSP-76-09	ECE/TRANS/WP.29/2025/43
105	Vorschlag für die Änderungsserie 07 zu UN-Regelung Nr. 105 (Fahrzeuge für die Beförderung gefährlicher Güter) ECE/TRANS/WP.29/GRSG/107 Absatz 46, auf Grundlage von GRSG-128-24-Rev.3	ECE/TRANS/WP.29/2025/19
116	Vorschlag für die Ergänzung 2 der Änderungsserie 01 zu UN-Regelung Nr. 116 (Diebstahlsicherung und Alarmsysteme) ECE/TRANS/WP.29/GRSG/107 Absatz 21, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRSG/2024/8	ECE/TRANS/WP.29/2025/20
124	Vorschlag für die Ergänzung 4 der Änderungsserie 00 zu UN-Regelung Nr. 124 (Nachrüsträder für Personenkraftwagen) ECE/TRANS/WP.29/GRBP/78 Absatz 30, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRBP/2024/19	ECE/TRANS/WP.29/2025/5
138	Vorschlag für die Ergänzung 1 der Änderungsserie 02 zu UN-Regelung Nr. 138 (geräuscharme Straßenfahrzeuge) ECE/TRANS/WP.29/GRBP/78 Absatz 16, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRBP/2024/20	ECE/TRANS/WP.29/2025/4

Regelung Nr.	Tagesordnungspunkt – Titel	Dokumentennummer ⁽¹⁾
148	Vorschlag für die Ergänzung 4 der Änderungsserie 01 zu UN-Regelung Nr. 148 (Lichtsignaleinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absatz 20, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/17	ECE/TRANS/WP.29/2025/37
149	Vorschlag für die Ergänzung 9 der Änderungsserie 00 zu UN-Regelung Nr. 149 (Fahrbahnbeleuchtungseinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absatz 23, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/18	ECE/TRANS/WP.29/2025/38
149	Vorschlag für die Ergänzung 5 der Änderungsserie 01 zu UN-Regelung Nr. 149 (Fahrbahnbeleuchtungseinrichtungen) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absätze 23 und 24, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/18, ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/19 und ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/22	ECE/TRANS/WP.29/2025/39
152	Vorschlag für die Ergänzung 7 der Änderungsserie 00 zu UN-Regelung Nr. 152 (Notbremsassistentensystem in Fahrzeugen der Klassen M1 und N1) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 84, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRVA/2024/19, geändert durch das informelle Dokument GRVA-20-10/Rev.1	ECE/TRANS/WP.29/2025/14
152	Vorschlag für die Ergänzung 6 der Änderungsserie 01 zu UN-Regelung Nr. 152 (Notbremsassistentensystem in Fahrzeugen der Klassen M1 und N1) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 84, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRVA/2024/19, geändert durch das informelle Dokument GRVA-20-11/Rev.1	ECE/TRANS/WP.29/2025/15
152	Vorschlag für die Ergänzung 4 der Änderungsserie 02 zu UN-Regelung Nr. 152 (Notbremsassistentensystem in Fahrzeugen der Klassen M1 und N1) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 84, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRVA/2024/19, geändert durch das informelle Dokument GRVA-20-12/Rev.1	ECE/TRANS/WP.29/2025/16, WP.29-195-06
158	Vorschlag für die Ergänzung 4 der ursprünglichen Fassung der UN-Regelung Nr. 158 (Rückwärtsfahren) ECE/TRANS/WP.29/GRSG/107, Absatz 12, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRSG/2024/35, geändert durch Anhang III des Berichts	ECE/TRANS/WP.29/2025/24
161	Vorschlag für die Ergänzung 5 der ursprünglichen Fassung der UN-Regelung Nr. 161 (Schutzeinrichtungen gegen unbefugte Benutzung) ECE/TRANS/WP.29/GRSG/107 Absatz 22, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRSG/2024/9	ECE/TRANS/WP.29/2025/21

Regelung Nr.	Tagesordnungspunkt – Titel	Dokumentennummer ⁽¹⁾
162	Vorschlag für die Ergänzung 6 der ursprünglichen Fassung der UN-Regelung Nr. 162 (Wegfahrsperren) ECE/TRANS/WP.29/GRSG/107 Absatz 23, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRSG/2024/10	ECE/TRANS/WP.29/2025/22
163	Vorschlag für die Ergänzung 3 der ursprünglichen Fassung der UN-Regelung Nr. 163 (Fahrzeugalarmsysteme) ECE/TRANS/WP.29/GRSG/107 Absatz 24, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRSG/2024/11	ECE/TRANS/WP.29/2025/23
168	Vorschlag für die Ergänzung 1 der UN-Regelung Nr. 168 (globale Emissionen im praktischen Fahrbetrieb (globale RDE)) ECE/TRANS/WP.29/GRPE/91 Absatz 30, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRPE/2024/20, GRPE91-09-Rev.1 und GRPE-91-15-Rev.1, geändert durch Anhang IV	ECE/TRANS/WP.29/2025/29
171	Vorschlag für die Änderungsserie 01 zu UN-Regelung Nr. 171 (Fahrerassistenzsysteme (Driver Control Assistance Systems, DCAS)) ECE/TRANS/WP.29/GRVA/20 Absatz 67, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRVA/2024/32, geändert durch das informelle Dokument GRVA-20-59/Rev.2	ECE/TRANS/WP.29/2025/7, WP.29-195-05
Neue Regelung	Vorschlag für eine neue UN-Regelung über die Ermittlung der Systemleistung von Hybridelektrofahrzeugen und von Elektrofahrzeugen mit mehr als einer elektrischen Maschine als Antrieb ECE/TRANS/WP.29/GRPE/91 Absatz 41, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRPE/2024/23 und GRPE-91-19-Rev.1, geändert durch Beiblatt 1	ECE/TRANS/WP.29/2025/25

⁽¹⁾ Alle in der Tabelle genannten Dokumente sind unter folgendem Link abrufbar:
<https://unece.org/info/Transport/Vehicle-Regulations/events/397262>.

Verschiedenes	Tagesordnungspunkt – Titel	Dokumentennummer
Begriffsbestimmungen	Definition, Arten, Wert und Verwendungen der Fahrzeugkommunikation sowie Erwägungen zur Fahrzeugkommunikation	ECE/TRANS/WP.29/2025/2
Übereinkommen	Vorschlag für Änderungen des Verzeichnisses 5 des Übereinkommens von 1958 ECE/TRANS/WP.29/1181 Absatz 92, auf Grundlage von WP.29-194-33	ECE/TRANS/WP.29/2025/17

Verschiedenes	Tagesordnungspunkt – Titel	Dokumentennummer
Resolution	Vorschlag für die Änderung 11 der Gesamtresolution über die gemeinsame Spezifikation für Lichtquellenkategorien (R.E.5) ECE/TRANS/WP.29/GRE/91 Absatz 10, auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRE/2024/14	ECE/TRANS/WP.29/2025/40
Bericht	Erster Fortschrittsbericht zu automatisierten Fahrsystemen auf Grundlage des informellen Dokuments WP.29-194-20/Add.1	ECE/TRANS/WP.29/2025/44
Genehmigung	Genehmigung zur Ausarbeitung einer neuen UN-GTR zur Beschleunigungsregelung bei fehlerhafter Pedalbetätigung auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/2024/167, geändert durch das informelle Dokument WP.29-194-26	ECE/TRANS/WP.29/AC.3/63
Auslegung	Vorschlag für Änderungen des Auslegungsdokuments zur UN-Regelung Nr. 156 (Softwareaktualisierung und Softwareaktualisierungsmanagementsystem) auf Grundlage von ECE/TRANS/WP.29/GRVA/2024/31	ECE/TRANS/WP.29/2025/45



2025/435

3.3.2025

BESCHLUSS (GASP) 2025/435 DES RATES

vom 28. Februar 2025

über eine Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität zur Unterstützung der Streitkräfte Montenegros

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 1 und Artikel 41 Absatz 2,

gestützt auf den Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit dem Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates⁽¹⁾ ist die Europäische Friedensfazilität (im Folgenden „EFF“) eingerichtet worden, über die die Mitgliedstaaten Maßnahmen der Union im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zur Friedenserhaltung, zur Konfliktverhütung und zur Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe c des Vertrags finanzieren. Die EFF ist gemäß Artikel 1 Absatz 2 des Beschlusses (GASP) 2021/509 insbesondere für die Finanzierung von Unterstützungsmaßnahmen, wie Maßnahmen zur Stärkung der Kapazitäten von Drittstaaten und regionalen und internationalen Organisationen im Militär- oder Verteidigungsbereich, zu verwenden.
- (2) Am 21. März 2022 hat die Union den Strategischen Kompass mit dem Ziel gebilligt, zu einem stärkeren und fähigeren Bereitsteller von Sicherheit zu werden, und zwar unter anderem durch den verstärkten Einsatz der EFF zur Erhöhung der militärischen Fähigkeiten und der Verteidigungsfähigkeiten der Partner.
- (3) In der Erklärung von Brüssel vom 13. Dezember 2023 haben die Führungsspitzen der Union und ihrer Mitgliedstaaten in Abstimmung mit den Führungsspitzen des Westbalkans dazu aufgerufen, die Zusammenarbeit mit der Region fortsetzen, um ihre Verteidigungsfähigkeiten und -kapazitäten weiterzuentwickeln, auch im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität.
- (4) Die Union setzt sich auf der Grundlage des 2007 unterzeichneten und 2010 in Kraft getretenen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens und der 2012 eingeleiteten Beitrittsverhandlungen für enge Beziehungen zu Montenegro zur Unterstützung eines starken, unabhängigen und wohlhabenden Montenegros ein.
- (5) Die Union würdigt den Beitrag Montenegros zu der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Union, einschließlich der Beteiligung des Landes an GSVP-Missionen und -Operationen.
- (6) Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik erhielt am 18. Dezember 2023 einen Antrag Montenegros an die Union, die Streitkräfte Montenegros zu unterstützen, und zwar bei der Beschaffung von wesentlicher Ausrüstung für Realversorgung unter schwierigen Witterungsverhältnissen, CBRN-Abwehr (Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen) und Suche und Rettung im Einsatz.
- (7) Unterstützungsmaßnahmen sind unter Beachtung der Grundsätze und Anforderungen des Beschlusses (GASP) 2021/509, insbesondere im Einklang mit dem Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates⁽²⁾, und unter Einhaltung der Vorschriften für die Ausführung der im Rahmen der EFF finanzierten Einnahmen und Ausgaben durchzuführen.
- (8) Der Rat bekräftigt seine Entschlossenheit, die Menschenrechte, die Grundfreiheiten und die demokratischen Grundsätze zu schützen, zu fördern und zu achten sowie die Rechtsstaatlichkeit und die verantwortungsvolle Staatsführung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dem Völkerrecht, insbesondere den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht, zu stärken —

⁽¹⁾ Beschluss (GASP) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021 zur Einrichtung einer Europäischen Friedensfazilität und zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2015/528 (Abl. L 102 vom 24.3.2021, S. 14).

⁽²⁾ Gemeinsamer Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (Abl. L 335 vom 13.12.2008, S. 99).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Einrichtung, Ziele, Geltungsbereich und Dauer

- (1) Eine Unterstützungsmaßnahme, die aus der Europäischen Friedensfazilität (EFF) finanziert wird (im Folgenden „Unterstützungsmaßnahme“), wird zugunsten von Montenegro (im Folgenden „Begünstigter“) eingerichtet.
- (2) Die Ziele der Unterstützungsmaßnahme sind die Folgenden:
- a) Beitrag zur Stärkung der Kapazitäten der Streitkräfte Montenegros, um im Einklang mit der allgemeinen Politik der Union gegenüber Montenegro die nationale Sicherheit, Stabilität und Resilienz im Verteidigungssektor zu stärken,
 - b) Erhöhung der operativen Wirksamkeit der Streitkräfte Montenegros in Bezug auf Mobilität, Manövrierfähigkeit und Schutz, Verbesserung der Einhaltung der Standards der Union, Verbesserung der Interoperabilität und dadurch Verbesserung des Schutzes der Zivilbevölkerung in Krisen- und Notsituationen,
 - c) Stärkung der Kapazitäten Montenegros in Bezug auf die Beteiligung des Landes an militärischen Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union.
- (3) Um die in Absatz 2 genannten Ziele zu erreichen, werden mit der Unterstützungsmaßnahme die folgenden Arten von Ausrüstung, die nicht dazu konzipiert ist, tödliche Gewalt anzuwenden, finanziert:
- a) Ausrüstung für Realversorgung unter schwierigen Witterungsverhältnissen,
 - b) Ausrüstung für die CBRN-Abwehr (Abwehr chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer Bedrohungen),
 - c) Ausrüstung für Suche und Rettung im Einsatz.

Mit der Unterstützungsmaßnahme werden auch damit zusammenhängende Lieferungen und Dienstleistungen einschließlich der technischen Ausbildung finanziert, falls dies erforderlich ist.

- (4) Die Dauer der Unterstützungsmaßnahme beträgt 36 Monate ab dem Tag der Annahme dieses Beschlusses.

Artikel 2

Finanzregelung

- (1) Der als finanzieller Bezugsrahmen dienende Betrag zur Deckung der Kosten der Unterstützungsmaßnahme beläuft sich auf 6 000 000 EUR.
- (2) Alle Ausgaben werden im Einklang mit dem Beschluss (GASP) 2021/509 und gemäß den Vorschriften für die Ausführung der im Rahmen der EFF finanzierten Einnahmen und Ausgaben verwaltet.

Artikel 3

Vereinbarungen mit dem Begünstigten

- (1) Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden „Hoher Vertreter“) trifft mit dem Begünstigten die notwendigen Vereinbarungen, um die Einhaltung der durch diesen Beschluss bestimmten Anforderungen und Bedingungen als Voraussetzung für die Bereitstellung von Unterstützung im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme sicherzustellen.
- (2) Die Vereinbarungen nach Absatz 1 enthalten Bestimmungen, die den Begünstigten verpflichten, Folgendes sicherzustellen:
- a) die Einhaltung des einschlägigen Völkerrechts, insbesondere der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts, durch die im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme unterstützten Einheiten der Streitkräfte Montenegros;
 - b) die ordnungsgemäße und effiziente Verwendung jeglicher Vermögenswerte für die Zwecke, für die sie im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme bereitgestellt wurden;
 - c) die hinreichende Instandhaltung jeglicher Vermögenswerte, die im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme bereitgestellt wurden, um deren Nutzbarkeit und operative Verfügbarkeit während ihres gesamten Lebenszyklus zu gewährleisten;

d) dass jegliche im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme bereitgestellte Vermögenswerte am Ende ihres Lebenszyklus nicht verloren gehen oder ohne Zustimmung des gemäß dem Beschluss (GASP) 2021/509 eingesetzten Fazilitätsausschusses an andere Personen oder Rechtsträger als die in den Vereinbarungen benannten weitergegeben werden.

(3) Die in Absatz 1 genannten Vereinbarungen enthalten Bestimmungen über die Aussetzung und Beendigung der Unterstützung im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme für den Fall, dass der Begünstigte gegen die in Absatz 2 festgelegten Verpflichtungen verstößt.

Artikel 4

Durchführung

(1) Der Hohe Vertreter ist dafür verantwortlich sicherzustellen, dass die Durchführung des vorliegenden Beschlusses gemäß dem Beschluss (GASP) 2021/509 und im Einklang mit den Vorschriften für die Ausführung der im Rahmen der EFF finanzierten Einnahmen und Ausgaben und dem integrierten methodischen Rahmen für die Bewertung und Ermittlung der erforderlichen Maßnahmen und Kontrollen für Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen der EFF erfolgt.

(2) Die Durchführung der Maßnahmen gemäß Artikel 1 Absatz 3 erfolgt durch das estnische Zentrum für Verteidigungsinvestitionen.

Artikel 5

Überwachung, Kontrolle und Evaluierung

(1) Der Hohe Vertreter überwacht die Einhaltung der in Artikel 3 festgelegten Verpflichtungen durch den Begünstigten. Diese Überwachung dient dazu, für den Kontext und die Risiken von Verstößen gegen die Verpflichtungen gemäß Artikel 3 zu sensibilisieren und zur Prävention solcher Verstöße, einschließlich Verstößen gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht, durch die im Rahmen der Unterstützungsmaßnahme unterstützten Einheiten der Streitkräfte Montenegros beizutragen.

(2) Die Kontrolle der Ausrüstung und Ausstattung nach der Lieferung findet wie folgt statt:

- a) Überprüfung der Auslieferung, wobei die EFF-Lieferbescheinigungen bei der Eigentumsübertragung von den Streitkräften, die Endnutzer sind, unterzeichnet werden;
- b) Berichterstattung über das Inventar, wobei der Begünstigte jährlich Bericht über das Inventar der bezeichneten Güter Bericht zu erstatten hat, bis das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK) dies nicht mehr für notwendig erachtet;
- c) Besuche vor Ort, wobei der Begünstigte dem Hohen Vertreter und den EFF-Prüfern auf Antrag Zugang zur Durchführung von Kontrollen vor Ort und von EFF-Rechnungsprüfungen zu gewähren hat.

(3) Der Hohe Vertreter nimmt nach Abschluss der Unterstützungsmaßnahme eine abschließende Evaluierung vor, um zu bewerten, ob die Unterstützungsmaßnahme zur Verwirklichung der Ziele gemäß Artikel 1 Absatz 2 beigetragen hat.

Artikel 6

Berichterstattung

Während des Durchführungszeitraums legt der Hohe Vertreter dem PSK gemäß Artikel 63 des Beschlusses (GASP) 2021/509 halbjährliche Berichte über die Durchführung der Unterstützungsmaßnahme vor. Der Verwalter für Unterstützungsmaßnahmen unterrichtet den mit dem Beschluss (GASP) 2021/509 eingesetzten Fazilitätsausschuss gemäß Artikel 38 des genannten Beschlusses regelmäßig über die Ausführung der Einnahmen und Ausgaben, einschließlich durch Angaben zu den beteiligten Lieferanten und Unterauftragnehmern.

Artikel 7

Aussetzung und Beendigung

(1) Nach Artikel 64 des Beschlusses (GASP) 2021/509 kann das PSK beschließen, die Durchführung der Unterstützungsmaßnahme vollständig oder teilweise auszusetzen.

(2) Das PSK kann dem Rat die Beendigung der Unterstützungsmaßnahme empfehlen.

*Artikel 8***Inkrafttreten**

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 28. Februar 2025.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. SZŁAPKA



BESCHLUSS DES GERICHTS

vom 5. Februar 2025

**betreffend die Übertragung der Verkündung von Urteilen oder der Stellung von Schlussanträgen
gemäß Art. 110a Abs. 8 und Art. 219 Abs. 8 der Verfahrensordnung**

[2025/436]

DAS GERICHT —

aufgrund von Art. 110a Abs. 8 und Art. 219 Abs. 8 seiner Verfahrensordnung

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um der Entwicklung der Kommunikationstechnologien Rechnung zu tragen und in Anbetracht der Notwendigkeit, die europäische Justiz den Bürgern der Union näher zu bringen, hält es das Gericht für angebracht, einige seiner Rechtsprechungstätigkeiten auf der Website des Gerichtshofs der Europäischen Union zu übertragen.
- (2) Die Übertragung der Verkündung von Urteilen oder der Stellung von Schlussanträgen in beim Gericht anhängigen Rechtssachen auf der Website des Gerichtshofs der Europäischen Union würde es den Bürgern der Union ermöglichen, diese Rechtsprechungstätigkeiten des Gerichts aus der Ferne zu verfolgen.
- (3) Die Art. 110a und 219 der Verfahrensordnung sehen die Möglichkeit vor, mündliche Verhandlungen in Klageverfahren oder Vorlageverfahren zu übertragen. Diese Artikel sehen jeweils in ihrem Abs. 8 vor, dass das Gericht die Vorschriften und Modalitäten für die Durchführung durch einen Beschluss festlegt, der im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht wird.
- (4) Art. 246 Abs. 5 der Verfahrensordnung sieht vor, dass die Art. 110a und 219, die die Übertragung von mündlichen Verhandlungen betreffen, erst Anwendung finden, wenn der in Art. 110a Abs. 8 bzw. Art. 219 Abs. 8 der Verfahrensordnung genannte Beschluss in Kraft getreten ist.
- (5) In diesem Stadium sind daher die Vorschriften und Modalitäten für die Durchführung der Übertragung der Verkündung von Urteilen oder der Stellung von Schlussanträgen festzulegen, unbeschadet eines späteren Beschlusses über die Vorschriften und Modalitäten für die Übertragung mündlicher Verhandlungen.
- (6) Gemäß Art. 49 der Verfahrensordnung ist nur der Wortlaut des Urteils oder der Schlussanträge in der Fassung der Verfahrenssprache oder, falls das Gericht gemäß Art. 46 Abs. 8 der Verfahrensordnung eine andere Sprache zugelassen hat, in der Fassung dieser Sprache verbindlich.
- (7) Bei der Übertragung der Verkündung von Urteilen oder der Stellung von Schlussanträgen ist der Schutz personenbezogener Daten zu gewährleisten.
- (8) In Anbetracht der Tatsache, dass Informationen über Gerichtsverfahren, die im Internet veröffentlicht werden, mit Hilfe von Suchmaschinen referenziert und dann gefunden werden können, werden die in Art. 23 der Satzung genannten Parteien und Beteiligten auf die Art. 66, 66a und 201 der Verfahrensordnung hingewiesen —

ERLÄSST FOLGENDEN BESCHLUSS:

Artikel 1

Gegenstand und Anwendungsbereich

- (1) Dieser Beschluss legt die Vorschriften und Modalitäten für die Durchführung der Übertragung der Verkündung von Urteilen oder der Stellung von Schlussanträgen in beim Gericht anhängigen Rechtssachen auf der Website des Gerichtshofs der Europäischen Union fest.

(2) Der Präsident des Gerichts bestimmt nach Anhörung des Kammerpräsidenten die Urteile, deren Verkündung übertragen werden wird. Ebenso bestimmt er nach Anhörung des Generalanwalts die Schlussanträge, deren Stellung übertragen werden wird.

Artikel 2

Modalitäten der Übertragung

(1) Die Parteien und die in Art. 23 der Satzung genannten Beteiligten werden davon unterrichtet, dass die Verkündung des Urteils oder die Stellung der Schlussanträge übertragen werden wird.

(2) Die Übertragung der Verkündung von Urteilen oder der Stellung von Schlussanträgen erfolgt als Direktübertragung auf der Website des Gerichtshofs der Europäischen Union.

(3) Die Übertragung kann gedolmetscht oder untertitelt werden.

Artikel 3

Technische Aspekte

(1) Die Übertragung wird von den zuständigen Dienststellen des Gerichtshofs der Europäischen Union über ein gesichertes System gewährleistet, das vom Gerichtshof verwaltet oder genutzt wird.

(2) Die Übertragung ist für jeden Nutzer der Website des Gerichtshofs der Europäischen Union zugänglich, ohne dass eine vorherige Registrierung erforderlich ist.

Artikel 4

Verfügbarkeit und Speicherung von Videoaufzeichnungen

(1) Die Videoaufzeichnung einer Urteilsverkündung oder einer Stellung von Schlussanträgen bleibt für einen Zeitraum von drei Monaten nach der Urteilsverkündung oder Stellung von Schlussanträgen auf der Website des Gerichtshofs der Europäischen Union verfügbar, sofern der Präsident des Gerichts nichts anderes beschließt.

(2) Wurde die Urteilsverkündung oder die Stellung von Schlussanträgen übertragen, wird die Videoaufzeichnung auf den vom Gerichtshof der Europäischen Union verwendeten Servern gespeichert.

(3) Die gemäß dem vorstehenden Absatz gespeicherten Videoaufzeichnungen können vom Gerichtshof der Europäischen Union für Kommunikationszwecke verwendet oder auf Anfrage an Dritte übermittelt werden.

Artikel 5

Schutz personenbezogener Daten

(1) Bei der Durchführung dieses Beschlusses sorgt das Gericht für den Schutz der personenbezogenen Daten.

(2) Die internen Kontrollmechanismen für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der Rechtsprechungsaufgaben des Gerichts finden Anwendung auf die Maßnahmen, die zur Durchführung der Übertragung getroffen werden.

Artikel 6

Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Luxemburg, den 5. Februar 2025

Der Kanzler
V. DI BUCCI

Der Präsident
M. VAN DER WOUDE



2025/437

3.3.2025

BESCHLUSS (GASP) 2025/437 DES RATES

vom 28. Februar 2025

zur Änderung des Beschlusses 2014/119/GASP über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in der Ukraine

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 29,
auf Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,
in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat hat am 5. März 2014 den Beschluss 2014/119/GASP⁽¹⁾ angenommen.
- (2) Auf der Grundlage einer Überprüfung des Beschlusses 2014/119/GASP sollten die darin enthaltenen Maßnahmen bis zum 6. März 2026 verlängert werden.
- (3) Der Beschluss 2014/119/GASP sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 5 Absatz 2 des Beschlusses 2014/119/GASP erhält folgende Fassung:

„Dieser Beschluss gilt bis zum 6. März 2026.“

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 28. Februar 2025.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. SZŁAPKA

⁽¹⁾ Beschluss 2014/119/GASP des Rates vom 5. März 2014 über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in der Ukraine (ABl. L 66 vom 6.3.2014, S. 26. ELI: [http://data.europa.eu/eli/dec/2014/119\(1\)/oj](http://data.europa.eu/eli/dec/2014/119(1)/oj)).



DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2025/439 DER KOMMISSION

vom 28. Februar 2025

zur Erstellung einer Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2025) 1244)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung und anschließenden Aufhebung der Richtlinien des Rates 82/176/EWG, 83/513/EWG, 84/156/EWG, 84/491/EWG und 86/280/EWG sowie zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 8b Absatz 5 Unterabsatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 8b Absatz 1 der Richtlinie 2008/105/EG wird eine Beobachtungsliste der Stoffe erstellt, für die zum Zweck der Unterstützung zukünftiger Priorisierungsverfahren gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁾ unionsweite Überwachungsdaten gesammelt werden. Die erste derartige Beobachtungsliste sollte für jeden Stoff Überwachungsmatrizes und mögliche Analysemethoden, die keine übermäßigen Kosten verursachen, angeben.
- (2) Die Stoffe in der Beobachtungsliste sind unter den Stoffen auszuwählen, die nach verfügbaren Informationen ein erhebliches Risiko für bzw. durch die aquatische Umwelt auf Unionsebene darstellen, für die aber keine ausreichenden Überwachungsdaten vorliegen, anhand deren das tatsächlich bestehende Risiko festgestellt werden könnte. Hochtoxische Stoffe, die in zahlreichen Mitgliedstaaten verwendet und in die aquatische Umwelt eingeleitet, aber nicht oder nur selten überwacht werden, sind für eine Aufnahme in die Beobachtungsliste in Betracht zu ziehen. Bei der Auswahl sind die in Artikel 8b Absatz 1 Buchstaben a bis e der Richtlinie 2008/105/EG genannten Informationen zu berücksichtigen, wobei neu auftretenden Schadstoffen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte.
- (3) Die Überwachung der in der Beobachtungsliste aufgeführten Stoffe sollte hochwertige Daten zu den Konzentrationen dieser Stoffe in der aquatischen Umwelt liefern, die — in einer gesonderten Überprüfung gemäß Artikel 16 Absatz 4 der Richtlinie 2000/60/EG — die Risikobewertungen zur Ermittlung prioritärer Stoffe stützen können. Stoffe, von denen dieser Überprüfung zufolge ein erhebliches Risiko ausgeht, sind für eine Aufnahme in die Liste prioritärer Stoffe in Betracht zu ziehen. Zudem ist auch eine Umweltqualitätsnorm festzusetzen, die die Mitgliedstaaten einhalten müssen. Der Vorschlag zur Aufnahme eines Stoffes in die Liste prioritärer Stoffe ist Gegenstand einer Folgenabschätzung.
- (4) Gemäß Artikel 8b Absatz 2 der Richtlinie 2008/105/EG muss die Kommission die Beobachtungsliste alle zwei Jahre aktualisieren. Bei der Aktualisierung der Liste muss die Kommission alle Stoffe streichen, bei denen eine Risikobewertung gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 2000/60/EG ohne zusätzliche Überwachungsdaten durchgeführt werden kann.

⁽¹⁾ ABl. L 348 vom 24.12.2008, S. 84, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2008/105/oj>.

⁽²⁾ Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000 zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik (ABl. L 327 vom 22.12.2000, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2000/60/oj>).

- (5) Die erste Beobachtungsliste von Stoffen wurde mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2015/495 der Kommission ⁽³⁾ festgelegt und enthielt zehn Stoffe oder Stoffgruppen zusammen mit Angaben zur Überwachungsmatrix, zu den möglichen Analysemethoden, die keine übermäßigen Kosten mit sich bringen, sowie zu den höchstzulässigen Nachweisgrenzen. Die Beobachtungsliste wurde 2018, 2020 und 2022 mit den Durchführungsbeschlüssen (EU) 2018/840 ⁽⁴⁾, (EU) 2020/1161 ⁽⁵⁾ und (EU) 2022/1307 der Kommission ⁽⁶⁾ aktualisiert.
- (6) Gemäß Artikel 8b Absatz 2 der Richtlinie 2008/105/EG darf der Zeitraum für eine kontinuierliche Überwachung eines einzelnen Stoffes aufgrund seiner Aufnahme in die Beobachtungsliste vier Jahre nicht überschreiten. Daher lief die Überwachungsverpflichtung für die sechs Stoffe oder Stoffgruppen, die seit 2020 auf der Liste standen, nämlich Sulfamethoxazol, Trimethoprim, Venlafaxin und sein Metabolit O-Desmethylvenlafaxin, die Gruppe von zehn Azol-Verbindungen (die Arzneimittel Clotrimazol, Fluconazol und Miconazol und die Pestizide Imazalil, Ipconazol, Metconazol, Penconazol, Prochloraz, Tebuconazol und Tetraconazol) sowie die Fungizide Famoxadon und Dimoxystrobin, im Jahr 2024 aus. Die erfassten Überwachungsdaten werden im Rahmen des Priorisierungsverfahrens gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie 2000/60/EG geprüft.
- (7) Die seit 2022 erhobenen Daten für Azoxystrobin, das derselben Gruppe wie Dimoxystrobin angehörte, reichen aus, um nachzuweisen, dass es in einigen wenigen Mitgliedstaaten ein Risiko darstellt und daher entsprechend zu behandeln ist, nämlich als Schadstoff von nationaler Bedeutung, der gemäß der Bestimmung in Anhang V Nummer 1.3.4 der Richtlinie 2000/60/EG in den Mitgliedstaaten, in denen er weiterhin ein Risiko darstellt, als „sonstiger Schadstoff“ zu überwachen ist. In Bezug auf Diflufenican deuten die seit 2022 erhobenen Daten darauf hin, dass es ein unionsweites Risiko darstellt und daher ein potenzieller Kandidat für die Aufnahme in die Liste prioritärer Stoffe ist. In der Zwischenzeit ist es angezeigt, dass die Mitgliedstaaten diesen Stoff so überwachen, als ob es sich um einen Schadstoff von nationaler Bedeutung handelt. Sowohl Azoxystrobin als auch Diflufenican sollten von der Beobachtungsliste gestrichen werden.
- (8) Auf der Grundlage der Überwachungsdaten, die seit 2022 für die fünf anderen Stoffe oder Stoffgruppen erfasst werden, nämlich für Fipronil, Clindamycin, Ofloxacin, Metformin und seinen Metaboliten Guanylharnstoff sowie eine Gruppe von drei Sonnenschutzmitteln (Butylmethoxydibenzoylmethan — auch bekannt als Avobenzon —, Octocrylen und Benzophenon-3 — auch bekannt als Oxybenzon), kam die Kommission zu dem Schluss, dass keine ausreichend hochwertigen Überwachungsdaten vorliegen und diese Stoffe daher auf der Beobachtungsliste verbleiben sollten.
- (9) Im Jahr 2023 sammelte die Kommission Daten über eine Reihe weiterer Stoffe, die in die Beobachtungsliste aufgenommen werden könnten. Dabei berücksichtigte sie die unterschiedlichen Arten relevanter Informationen gemäß Artikel 8b Absatz 1 der Richtlinie 2008/105/EG und konsultierte Sachverständige aus den Mitgliedstaaten sowie Gruppen von Interessenträgern. Stoffe, bei denen Zweifel an ihrer Toxizität bestehen oder für die die Empfindlichkeit, Zuverlässigkeit oder Vergleichbarkeit der verfügbaren Überwachungsmethoden nicht angemessen sind, sollten nicht in die Beobachtungsliste aufgenommen werden. Als geeignete Kandidaten ermittelt wurden das Sonnenschutzmittel 2-Ethylhexylsalicylat — auch bekannt als Octisalate, das industrielle Antioxidationsmittel N-1,3-Dimethylbutyl-N'-phenyl-p-phenylendiamin (6PPD) und sein Abbauprodukt 6PPD-Chinon, das Insektizid und Anthelminthikum Abamectin, eine Gruppe von Azol-Antimykotika (Bromuconazol, Climbazol, Cyazofamid, Difenconazol, Epoxiconazol, Itraconazol, Ketoconazol, Mefentrifluconazol, Propiconazol und Triticonazol), das

⁽³⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2015/495 der Kommission vom 20. März 2015 zur Erstellung einer Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 78 vom 24.3.2015, S. 40, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2015/495/oj).

⁽⁴⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2018/840 der Kommission vom 5. Juni 2018 zur Erstellung einer Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2015/495 der Kommission (ABl. L 141 vom 7.6.2018, S. 9, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2018/840/oj).

⁽⁵⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1161 der Kommission vom 4. August 2020 zur Erstellung einer Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 257 vom 6.8.2020, S. 32, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2020/1161/oj).

⁽⁶⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1307 der Kommission vom 22. Juli 2022 zur Erstellung einer Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß der Richtlinie 2008/105/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/1161 der Kommission (ABl. L 197 vom 22.7.2022, S. 117, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2022/1307/oj).

Insektizid Etoxazol, die Antidepressiva Fluoxetin und Propranolol sowie die Antibiotika Oxytetracyclin und Tetracyclin. Die Aufnahme der Arzneimittel in die Liste steht im Einklang mit dem strategischen Ansatz der Europäischen Union für Arzneimittel in der Umwelt ⁽⁷⁾ und die Aufnahme von zwei Antibiotika steht außerdem im Einklang mit dem Europäischen Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen ⁽⁸⁾, in dem die Verwendung der Beobachtungsliste befürwortet wird, „um die Kenntnisse über das Auftreten und die Verbreitung antimikrobieller Mittel in der Umwelt zu verbessern“.

- (10) Die Kommission hat im Einklang mit Artikel 8b Absatz 1 der Richtlinie 2008/105/EG mögliche Analysemethoden für die vorgeschlagenen Stoffe ermittelt. Für alle auf der Liste verbleibenden und alle neu in die Liste aufgenommenen Stoffe sollte die Quantifizierungsgrenze der jeweiligen Methode für jeden Stoff, einschließlich für jeden einzelnen Stoff einer Gruppe, mindestens so niedrig sein wie die wahrscheinliche Nicht-Effekt-Konzentration jedes Stoffs in der betreffenden Matrix.
- (11) Metformin und sein Metabolit Guanylharnstoff werden aufgrund ihrer potenziellen additiven Wirkungen in einer Gruppe zusammengefasst; sie können und sollten weiterhin gemeinsam analysiert werden. Octisalal wird mit den drei auf der Liste verbleibenden Sonnenschutzmitteln in einer Gruppe zusammengefasst, weil sie die gleiche Wirkungsweise aufweisen und additive Wirkungen haben könnten; sie können und sollten gemeinsam analysiert werden.
- (12) Es wird erwartet, dass 6PPD und 6PPD-Chinon zusammen auftreten, und sie können und sollten gemeinsam analysiert werden.
- (13) Die Stoffe der Klasse der Azole sind in einer Gruppe zusammengefasst, weil sie die gleiche Wirkungsweise aufweisen und möglicherweise additive Wirkungen haben können; sie können und sollten gemeinsam analysiert werden.
- (14) Die beiden Antibiotika der Klasse der Tetracycline könnten additive Wirkungen haben; sie können und sollten gemeinsam analysiert werden.
- (15) Es ist davon auszugehen, dass die in der Beobachtungsliste festgelegten Analysemethoden keine übermäßigen Kosten verursachen werden. Sollten künftig neue Informationen zu einer Absenkung der wahrscheinlichen Nicht-Effekt-Konzentration für einen der neu in die Liste aufgenommenen Stoffe führen, so muss die höchstzulässige Quantifizierungsgrenze der Methode für diese Stoffe möglicherweise herabgesetzt werden, solange sie in der Liste verbleiben.
- (16) Artikel 8b der Richtlinie 2008/105/EG regelt unter anderem die Bedingungen und Modalitäten für die Überwachung der in der Beobachtungsliste aufgeführten Stoffe und für die Übermittlung der Überwachungsergebnisse durch die Mitgliedstaaten. Insbesondere wird in dem Artikel festgelegt, dass die Mitgliedstaaten bei der Auswahl der repräsentativen Überwachungsstellen und der Überwachungsfrequenz sowie bei der zeitlichen Planung der Überwachung eines jeden Stoffes die typischen Arten der Verwendung und das mögliche Vorhandensein des jeweiligen Stoffes berücksichtigen müssen. Die Mindesthäufigkeit der Überwachung ist zwar einmal pro Jahr, die Mitgliedstaaten sollten jedoch für alle Stoffe eine Erhöhung der Überwachungsfrequenz auf mindestens zweimal pro Jahr in Erwägung ziehen, um ihrer fluktuierenden Verwendung Rechnung zu tragen und sicherzustellen, dass ausreichend hochwertige Überwachungsdaten erfasst werden und dass das System der Beobachtungslisten somit wirksam zu späteren Risikobewertungen beitragen kann.
- (17) Damit die Vergleichbarkeit der Ergebnisse aus verschiedenen Mitgliedstaaten gewährleistet ist, sollten alle Stoffe in Gesamtwasserproben überwacht werden.
- (18) Aus Gründen der Rechtsklarheit sollte der gesamte Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2022/1307 ersetzt werden. Der Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1307 sollte daher aufgehoben werden.
- (19) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des mit Artikel 21 Absatz 1 der Richtlinie 2000/60/EG eingesetzten Ausschusses —

⁽⁷⁾ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss — Strategischer Ansatz der Europäischen Union für Arzneimittel in der Umwelt (COM(2019) 128 final vom 11. März 2019).

⁽⁸⁾ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament — Europäischer Aktionsplan zur Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen im Rahmen des Konzepts „Eine Gesundheit“ (COM(2017) 339 final vom 29. Juni 2017).

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Die Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung im Bereich der Wasserpolitik gemäß Artikel 8b der Richtlinie 2008/105/EG ist im Anhang dieses Beschlusses festgelegt.

Artikel 2

Der Durchführungsbeschluss (EU) 2022/1307 wird aufgehoben.

Artikel 3

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 28. Februar 2025

Für die Kommission
Jessika ROSWALL
Mitglied der Kommission

ANHANG

**Beobachtungsliste von Stoffen für eine unionsweite Überwachung gemäß Artikel 8b der
Richtlinie 2008/105/EG**

Name des Stoffes/der Stoffgruppe	Chemical Abstracts Service-Nummer (CAS-Nummer)	Nummer in der Europäischen Union (EG-Nummer) ⁽¹⁾	Angezeigte Analysemethode ⁽²⁾ ⁽³⁾	Höchstzulässige Quantifizierungs- grenze der Methode (ng/l)
Fipronil	120068-37-3	424-610-5	SPE-HPLC-MS/MS	0,77
Clindamycin	18323-44-9	242-209-1	SPE-LC-MS/MS	44
Ofloxacin	82419-36-1	680-263-1	SPE-UHPLC-MS/MS	26
Metformin und Guanylharnstoff ⁽⁴⁾	657-24-9 141-83-3	211-517-8 205-504-6	SPE-LC-MS/MS	156 000 100 000
Sonnenschutzmittel ⁽⁵⁾ Butylmethoxydibenzoylmethan Octocrylen Benzophenon-3 Octisalate (2-Ethylhexylsalicylate)	70356-09-1 6197-30-4 131-57-7 118-60-5	274-581-6 228-250-8 205-031-5 204-263-4	SPE-LC-ESI-MS/MS	3 000 266 670 168
N-1,3-Dimethylbutyl-N'-phenyl-p-phenyldiamin (6PPD) und 6PPD-Chinon ⁽⁶⁾	793-24-8 2754428-18-5	212-344-0 893-269-6	SPE-LC-MS/MS	370
Abamectin ⁽⁷⁾ Avermectin B1a und Avermectin B1b	71751-41-2 65195-55-3 65195-56-4	265-610-3 265-611-9	SPE-LC-MS/MS	1
Azol-Verbindungen ⁽⁸⁾ Bromuconazol Climbazol Cyazofamid Difenoconazol Epoxiconazol Itraconazol Ketoconazol Mefentrifluconazol Propiconazol Triticonazol	116255-48-2 38083-17-9 120116-88-3 119446-68-3 133855-98-8 84625-61-6 65277-42-1 1417782-03-6 60207-90-1 131983-72-7	408-060-3 253-775-4 601-671-8 601-613-1 406-850-2 617-596-9 265-667-4 822-682-6 262-104-4 603-543-7	SPE-LC-MS/MS	15 110 130 360 180 8 50 1 600 1 000 1 000
Etoazazol	153233-91-1	604-891-2	SPE-GC-MS/MS	0,4

Name des Stoffes/der Stoffgruppe	Chemical Abstracts Service-Nummer (CAS-Nummer)	Nummer in der Europäischen Union (EG-Nummer) ⁽¹⁾	Angezeigte Analysemethode ⁽²⁾ ⁽³⁾	Höchstzulässige Quantifizierungs- grenze der Methode (ng/l)
Fluoxetin	54910-89-3	611-209-7	SPE-LC-QTOF-HRMS	12
Propranolol	525-66-6	208-378-0	SPE-LC-MS/MS	20
Oxytetracyclin und Tetracyclin ⁽⁹⁾	79-57-2 60-54-8	201-212-8 200-481-9	SPE-LC-MS/MS	500 90

⁽¹⁾ Nicht für alle Stoffe verfügbar.

⁽²⁾ Alle Stoffe sind in Gesamtwasserproben zu überwachen.

⁽³⁾ Extraktionsmethoden:

SPE — Festphasenextraktion

Analysemethoden:

HPLC-MS/MS — Hochleistungsflüssigchromatographie gekoppelt mit Triple-Quadrupol-Tandem-Massenspektrometrie

LC-MS/MS — Flüssigchromatographie gekoppelt mit Triple-Quadrupol-Tandem-Massenspektrometrie

LC-ESI-MS/MS — Flüssigchromatographie gekoppelt mit Triple-Quadrupol-Tandem-Massenspektrometrie mit positiver Elektrospray-Ionisation

LC-QTOF-HRMS — Flüssigchromatographie gekoppelt mit hochauflösender Quadrupol-Flugzeit-Massenspektrometrie

UHPLC-MS/MS — Ultrahochleistungsflüssigchromatographie gekoppelt mit Triple-Quadrupol-Tandem-Massenspektrometrie

⁽⁴⁾ Metformin und Guanylharnstoff werden zusammen in denselben Proben analysiert, aber es werden Einzelkonzentrationen angegeben.

⁽⁵⁾ Die Sonnenschutzmittel werden zusammen in denselben Proben analysiert, aber es werden Einzelkonzentrationen angegeben.

⁽⁶⁾ 6PPD und 6PPD-Chinon werden zusammen in denselben Proben analysiert, aber es werden Einzelkonzentrationen angegeben.

⁽⁷⁾ Die beiden Hauptbestandteile von Abamectin (B1a und B1b) werden zusammen in denselben Proben analysiert und es wird eine Summenkonzentration angegeben.

⁽⁸⁾ Die Azol-Verbindungen werden zusammen in denselben Proben analysiert, aber es werden Einzelkonzentrationen angegeben.

⁽⁹⁾ Oxytetracyclin und Tetracyclin werden zusammen in denselben Proben analysiert, aber es werden Einzelkonzentrationen angegeben.



2025/442

3.3.2025

BESCHLUSS (GASP) 2025/442 DES RATES

vom 28. Februar 2025

über Outreach-Maßnahmen der Union zur Unterstützung der Durchführung des Vertrags über den Waffenhandel

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 28 Absatz 1 und Artikel 31 Absatz 1, auf Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Vertrag über den Waffenhandel (ATT) wurde am 2. April 2013 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen und trat am 24. Dezember 2014 in Kraft. Alle Mitgliedstaaten der Union sind Vertragsstaaten des ATT (im Folgenden „Vertragsstaaten“).
- (2) Ziel des ATT ist es, die höchstmöglichen gemeinsamen internationalen Normen für die Regelung des legalen Handels mit konventionellen Waffen zu schaffen, den unerlaubten Handel mit konventionellen Waffen zu verhüten und zu beseitigen und deren Umleitung zu verhindern. Die größten Herausforderungen hierbei sind die wirksame Durchführung des ATT durch die Vertragsstaaten und die Universalisierung des ATT, und dies angesichts der Tatsache, dass die Regulierung des internationalen Waffenhandels ein weltweites Unterfangen ist. Als Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen hat der Rat den Beschluss 2013/768/GASP⁽¹⁾ angenommen und damit die Palette der Unterstützungsmaßnahmen der Union auf dem Gebiet der Ausfuhrkontrolle um speziell auf den ATT bezogene Maßnahmen erweitert. Jenem Beschluss folgten die Beschlüsse (GASP) 2017/915⁽²⁾ und (GASP) 2021/2309⁽³⁾ des Rates über Outreach-Maßnahmen der Union zur Unterstützung der Durchführung des ATT.
- (3) Durch die im Rahmen der Beschlüsse 2013/768/GASP, (GASP) 2017/915 sowie (GASP) 2021/2309 durchgeführten Maßnahmen wurden Partnerländer dabei unterstützt, eine große Bandbreite von Bereichen abzudecken, die für die Schaffung und den Ausbau nationaler Systeme für die Kontrolle von Waffentransfers, wie sie durch den ATT vorgeschrieben sind, relevant sind. Die Zusammenarbeit mit einer Reihe von begünstigten Ländern, die bisher nicht in andere Unterstützungsmaßnahmen der Union auf dem Gebiet der Ausfuhrkontrolle einbezogen waren, wurde weiterentwickelt, was den globalen Charakter des ATT widerspiegelt. Es ist notwendig, mit diesen begünstigten Ländern Folgemaßnahmen ins Auge zu fassen, um sicherzustellen, dass die Fortschritte sich verstetigen, und diese Länder dazu zu ermutigen, mit regionalen Outreach-Maßnahmen tätig zu werden.
- (4) Zusätzlich zur Fortsetzung der Maßnahmen mit den derzeitigen Partnerländern ist es ratsam, die Partnerschaft ausnahmsweise auf andere Länder auszuweiten, die für sich Unterstützungsbedarf in Bezug auf den Beitritt zum ATT oder dessen Durchführung in Teilregionen festgestellt haben, in denen die Durchführungsstellen auf Antrag dieser Länder bereits eine oder mehrere Partnerschaften unterhalten, um dem Wert eines regionalen Ansatzes für die Durchführung des ATT und die Universalisierung der Rechnung zu tragen.
- (5) Es ist notwendig, die Komplementarität und Synergien zwischen den in diesem Beschluss vorgesehenen Outreach- und Unterstützungsmaßnahmen und anderen ähnlichen Maßnahmen im Rahmen anderer EU-Programme sicherzustellen, einschließlich derjenigen die in den Beschlüssen (GASP) 2023/2296⁽⁴⁾ und (GASP) 2025/208⁽⁵⁾ des Rates vorgesehen sind, sowie den Maßnahmen der Union, die für der Unterstützung im Bereich der Ausfuhrkontrolle für Güter mit doppeltem Verwendungszweck relevant sind. Daher ist es wichtig, dass ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den für die Durchführung der Outreach-Maßnahmen der Union im Bereich der Waffenausfuhrkontrolle zuständigen Stellen sowie zwischen diesen Durchführungsstellen mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst stattfindet. Solcher Austausch wird darauf hinwirken, dass Experten aus anderen Mitgliedstaaten teilnehmen, wann immer dies angezeigt ist.

⁽¹⁾ Beschluss 2013/768/GASP des Rates vom 16. Dezember 2013 über Maßnahmen der EU zur Unterstützung der Durchführung des Vertrags über den Waffenhandel im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ABl. L 341 vom 18.12.2013, S. 56, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2013/768/oj>).

⁽²⁾ Beschluss (GASP) 2017/915 des Rates vom 29. Mai 2017 über Outreach-Maßnahmen der Union zur Unterstützung der Durchführung des Vertrags über den Waffenhandel (ABl. L 139 vom 30.5.2017, S. 38, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2017/915/oj>).

⁽³⁾ Beschluss (GASP) 2021/2309 des Rates vom 22. Dezember 2021 über Outreach-Maßnahmen der Union zur Unterstützung der Durchführung des Vertrags über den Waffenhandel (ABl. L 461 vom 27.12.2021, S. 78, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2021/2309/oj>).

⁽⁴⁾ Beschluss (GASP) 2023/2296 des Rates vom 23. Oktober 2023 über die Unterstützung der Union für die Tätigkeiten des Sekretariats des Vertrags über den Waffenhandel zur Unterstützung der Durchführung des Vertrags über den Waffenhandel (ABl. L, 2023/2296, 24.10.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2023/2296/oj>).

⁽⁵⁾ Beschluss (GASP) 2025/208 des Rates vom 30. Januar 2025 zur Unterstützung eines Projekts zur Förderung wirksamer Waffenausfuhrkontrollen (ABl. L, 2025/208, 31.1.2025, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2025/208/oj>).

- (6) Das deutsche Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (im Folgenden „BAFA“) und Expertise France wurden vom Rat zuvor mit der technischen Durchführung von Projekten zur Unterstützung des ATT betraut —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Zur Unterstützung der wirksamen Umsetzung und Universalisierung des Vertrags über den Waffenhandel (ATT) führt die Union Projektmaßnahmen mit folgenden Zielen durch:

- a) Verstärkung oder Aufbau von Kapazitäten zur Kontrolle von Waffentransfers sowie Vertiefung oder Aufbau von Fachkenntnissen zur Durchführung des ATT in begünstigten Ländern;
- b) Aufnahme von Kontakten zu weiteren Ländern, auch zu Ländern, die nicht Vertragsparteien des ATT sind, um die Universalisierung des ATT auf nationaler, regionaler und multilateraler Ebene voranzutreiben.

(2) Zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Ziele führt die Union folgende Projektmaßnahmen durch:

- a) nationale Workshops;
- b) Ad-hoc-Unterstützung;
- c) Maßnahmen zur Ausbildung der Ausbilder;
- d) regionale und multilaterale Maßnahmen wie Konferenzen, Workshops und Studienbesuche;
- e) Nebenveranstaltungen.

Eine ausführliche Beschreibung der Projektmaßnahmen ist im Anhang enthalten.

(3) Die Durchführung der in diesem Beschluss genannten Projektmaßnahmen erfolgt ergänzend zu und in Synergie mit Unterstützungsprojekten der Union im Bereich der Kontrolle der Ausfuhr von konventionellen Rüstungsgütern und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck sowie gegebenenfalls Unterstützungsprojekten anderer Geber im Bereich der Kontrolle des Waffenhandels.

Artikel 2

(1) Für die Durchführung dieses Beschlusses ist der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden „Hoher Vertreter“) zuständig.

(2) Die technische Durchführung des in Artikel 1 Absatz 2 genannten Projektmaßnahmen erfolgt durch das deutsche Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (im Folgenden „BAFA“) und Expertise France.

(3) Das BAFA und Expertise France nehmen diese Aufgaben unter der Verantwortung des Hohen Vertreters wahr. Hierzu trifft der Hohe Vertreter die notwendigen Vereinbarungen mit dem BAFA und mit Expertise France.

Artikel 3

(1) Der finanzielle Bezugsrahmen für die Durchführung des in Artikel 1 Absatz 2 genannten Projektmaßnahmen beträgt 3 100 000,00 EUR.

(2) Die mit dem Betrag nach Absatz 1 finanzierten Ausgaben werden gemäß den für den Haushalt der Union geltenden Verfahren und Regeln verwaltet.

(3) Die Kommission beaufsichtigt die ordnungsgemäße Verwaltung des in Absatz 1 genannten finanziellen Bezugsrahmens. Hierzu trifft sie die notwendigen Vereinbarungen mit dem BAFA und mit Expertise France. In diesen Vereinbarungen wird festgelegt, dass BAFA und Expertise France zu gewährleisten haben, dass dem Beitrag der Union die seinem Umfang entsprechende öffentliche Beachtung zuteilwird.

(4) Die Kommission ist bestrebt, die in Absatz 3 genannten Vereinbarungen so bald wie möglich nach Inkrafttreten des vorliegenden Beschlusses zu schließen. Sie unterrichtet den Rat über etwaige dabei auftretende Schwierigkeiten und teilt ihm den Zeitpunkt mit, zu dem diese Vereinbarungen geschlossen werden.

Artikel 4

(1) Der Hohe Vertreter unterrichtet den Rat auf der Grundlage jährlicher Berichte der BAFA und von Expertise France über die Durchführung dieses Beschlusses.

- (2) Die Kommission stellt die Informationen über die finanziellen Aspekte der Durchführung der in Artikel 1 Absatz 2 genannten Projektmaßnahmen zur Verfügung.

Artikel 5

- (1) Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.
- (2) Die Geltungsdauer dieses Beschlusses endet 36 Monate nach Abschluss der in Artikel 3 Absatz 3 genannten Vereinbarungen oder sechs Monate nach dem Tag seines Inkrafttretens, falls innerhalb dieses Zeitraums diese Vereinbarungen nicht geschlossen wurden.

Geschehen zu Brüssel am 28. Februar 2025.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. SZŁAPKA

ANHANG

PROJEKT ZUR FÖRDERUNG WIRKSAMER WAFFENAUSFUHRKONTROLLEN

1. Hintergrund und Zweck der Unterstützung durch die Union

Dieser Beschluss baut auf früheren Beschlüssen des Rates zur Unterstützung des Prozesses der VN, der zu dem Vertrag über den Waffenhandel (im Folgenden „ATT“) führte, sowie zur Förderung der wirksamen Durchführung und der Universalisierung des ATT auf. Der ATT wurde am 2. April 2013 von der VN-Generalversammlung verabschiedet und ist am 24. Dezember 2014 in Kraft getreten.

Erklärtes Ziel des ATT ist es, „die höchstmöglichen gemeinsamen internationalen Normen für die Regelung oder die Verbesserung der Regelung des internationalen Handels mit konventionellen Waffen zu schaffen und den unerlaubten Handel mit konventionellen Waffen zu verhüten und zu beseitigen und deren Umleitung zu verhüten“. Dies geschieht zu dem Zweck, „zum Weltfrieden und zum regionalen Frieden sowie zur internationalen und regionalen Sicherheit und Stabilität beizutragen, menschliches Leid zu mindern und Zusammenarbeit, Transparenz und verantwortungsvolles Handeln durch die Vertragsstaaten im internationalen Handel mit konventionellen Waffen zu fördern und dadurch Vertrauen zwischen den Vertragsstaaten zu schaffen“⁽¹⁾. Ziel und Zweck des ATT stimmen somit mit den Gesamtzielen der Union auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik überein, die in Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union festgeschrieben sind.

Ein Jahrzehnt nach dem Inkrafttreten des ATT besteht die wesentliche Aufgabe weiterhin darin, auf seine wirksame Durchführung und seine Universalisierung hinzuwirken.

Obwohl der Vertrag seit der zehnten Konferenz der Vertragsstaaten (CSP10) im August 2024 von 113 Vertragsstaaten auf 116 Vertragsstaaten erweitert wurde, muss die Universalisierung noch fortgesetzt werden. Um die Universalisierung voranzubringen, hat die ATT-Arbeitsgruppe zur Universalisierung des Vertrags daher betont, wie wichtig es ist, auf den bestehenden Bemühungen um Universalisierung aufzubauen, Erfahrungen über Praktiken der Ratifizierung und der Umsetzung in nationales Recht auszutauschen und gegenüber Staaten aus allen Regionen, die an einem Beitritt zum Vertrag interessiert sind, eine offene und aktive Haltung aufrechtzuerhalten.

Über die Universalisierung hinaus stellt die wirksame Durchführung des ATT nach wie vor eine zentrale Herausforderung dar. Herausforderungen bestehen weiterhin in Bezug auf die nationalen Kontrollsysteme (eines der ersten Themen des mehrjährigen Arbeitsplans), die Verbesserung der Transparenz und der Berichterstattung sowie die Bewältigung der Risiken gemäß den Artikeln 6 und 7. Das vorrangige Thema der CSP10 — die behördenübergreifende Zusammenarbeit — wurde als entscheidend für die Überwindung dieser Hindernisse angesehen. Auf der Grundlage des Arbeitspapiers „Die Rolle der behördenübergreifenden Zusammenarbeit bei der wirksamen Durchführung der Bestimmungen des Vertrags über den Waffenhandel“ („The Role of Interagency Cooperation in the Effective Implementation of Arms Trade Treaty Provisions“) (ATT/CSP10/2024/PRES/798/Conf.WP.IAC) empfahl die Konferenz, die behördenübergreifende Zusammenarbeit in Leitlinien zu integrieren und maßgeschneiderte Schulungsprogramme zu erstellen. Die Einhaltung der Berichtspflichten wurde sowohl als Priorität als auch als Herausforderung bekräftigt, wobei die Staaten aufgefordert wurden, die verfügbare Hilfe in Anspruch zu nehmen, um diese Anforderungen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang sollten die Arbeit und die Rolle der regionalen Vorreiter für die Berichterstattung aufrechterhalten und weitere Maßnahmen ergriffen werden, um das Bewusstsein für die Berichterstattungspflichten im Rahmen des ATT zu schärfen und die Berichterstattungskapazitäten der Vertragsstaaten in ihren jeweiligen Regionen zu verbessern.

Die Ergebnisse der CSP10 haben deutlich gemacht, dass es nach wie vor einer universellen Beteiligung, einem verstärkten Informationsaustausch, einer behördenübergreifenden Zusammenarbeit und dem Aufbau von Kapazitäten bedarf, um die wirksame Durchführung und Universalisierung des Vertrags zu gewährleisten. Initiativen zum Kapazitätsaufbau und Hilfsprojekte spielen daher weiterhin eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung und Förderung der Ziele des ATT.

In diesem Zusammenhang besteht der Zweck dieses Beschlusses darin, Finanzmittel für ein umfassendes Paket von Unterstützungsmaßnahmen und Outreach-Maßnahmen bereitzustellen, um zur Bewältigung dieser Herausforderungen beizutragen. Hierbei wird auf den Ergebnissen und den Erfahrungswerten aufgebaut, die sich aus den drei vorangegangenen im Rahmen des Beschlusses 2013/768/GASP, des Beschlusses (GASP) 2017/915 und des Beschlusses (GASP) 2021/2309 finanzierten Projektphasen ergeben haben; zudem wird hierdurch die stetige und engagierte Unterstützung der Union und ihrer Mitgliedstaaten für den ATT unter Beweis gestellt.

2. Ziele

Das wichtigste mit diesem Beschluss verfolgte Ziel besteht — wie in den drei vorangegangenen Projektphasen — nach wie vor darin, im Hinblick auf die wirksame Durchführung des ATT weiterhin eine Reihe von Staaten beim Aufbau und/oder Ausbau ihrer Systeme zur Kontrolle von Waffentransfers zu unterstützen, um Eigenverantwortlichkeit und Handlungskompetenz zu bewirken, sowie weiterhin auf die Universalisierung des ATT hinzuwirken. Zu diesem Zweck wird mit dem Projekt die Einführung wirksamer, effizienter und klarer nationaler Vorschriften und Strukturen zur Steuerung des

⁽¹⁾ Vertrag über den Waffenhandel, Artikel 1.

Waffenhandels (verantwortungsvolle Staatsführung) auf der Grundlage multilateraler und international anerkannter Rechtsinstrumente und Grundsätze gefördert. Mit dem Projekt wird ferner das Ziel verfolgt, auf regionaler und internationaler Ebene das Bewusstsein, den Dialog und die Zusammenarbeit in diesem Bereich zu fördern. Letztlich wird mit dem Projekt darauf abgezielt, zur Verbesserung der globalen Sicherheit beizutragen und den Weltfrieden zu fördern.

Die Zusammenarbeit wird im Umfang abgestimmt und an die Bedürfnisse jedes begünstigten Landes und die von ihm erreichten Fortschritte angepasst; dabei wird der Grad der Ausgereiftheit und der Autonomie des jeweiligen nationalen Systems zur Kontrolle von Waffentransfers berücksichtigt. Weitere Maßnahmen zielen darauf ab, Staaten, die bisher nicht Vertragspartei des ATT sind, dazu zu ermutigen, den Vertrag anzunehmen und mit seiner Durchführung auf nationaler Ebene zu beginnen.

Folgendes sind die spezifischen Ziele der Maßnahme:

- a) Unterstützung bei der Verstärkung und/oder dem Aufbau von Kapazitäten zur Kontrolle von Waffentransfers zur Erleichterung der technischen Durchführung des ATT in bestehenden begünstigten Ländern durch Instrumente wie, unter anderem, rechtliche Unterstützung und Schulungen, die an für Ausfuhrgenehmigungen und für die Durchsetzung von Ausfuhrkontrollen zuständige Beamte gerichtet sind;
- b) Universalisierung des Vertrags auf nationaler, regionaler und multilateraler Ebene durch Kontaktaufnahme mit Partnerstaaten, einschließlich Staaten, die noch nicht Vertragsparteien des ATT sind.

3. Partnerländer

Die Liste der Partnerländer gemäß dem vorliegenden Beschluss ist im Anhang enthalten. Eine Reihe von Partnerländern, die im Rahmen des Beschlusses 2013/768/GASP des Rates und/oder des Beschlusses (GASP) 2017/915 des Rates und/oder des Beschlusses (GASP) 2021/2309 des Rates Unterstützung erhalten haben, werden aufgrund der entsprechenden Empfehlung der Durchführungsstellen im Rahmen des vorliegenden Beschlusses weiter unterstützt.

Neue Länder, die Interesse an einer Teilnahme an dem Projekt bekunden, werden nur ausnahmsweise mit ausdrücklicher Zustimmung der Gruppe „Ausfuhr konventioneller Waffen“ (COARM) in das Programm aufgenommen. Potenzielle neue Partnerländer sollten im Rahmen einer neu angenommenen Strategie zur Förderung der „Universalisierung durch Regionalisierung“ aus den Teilregionen stammen, in denen die jeweiligen Durchführungsstellen bereits eine oder mehrere Partnerschaften unterhalten.

Potenzielle neue Partnerländer werden ersucht, ein an ihre potenzielle Durchführungsstelle gerichtetes Ersuchen um Unterstützung bei der Durchführung des ATT auszuarbeiten, die den Antrag an den Vorsitz der Gruppe COARM zur Prüfung durch diese Gruppe weiterleiten wird. Dieses Ersuchen sollte so fundiert wie möglich sein; im Idealfall sollten bereits der genaue Unterstützungsbedarf, die verfolgten Ziele und der Zeitplan für deren Umsetzung aufgeführt werden. Gegebenenfalls sollte das ersuchende Land auch auf eine bereits abgeschlossene oder noch laufende Zusammenarbeit mit anderen Hilfeleistenden hinweisen und Informationen über seine nationale Strategie zur Durchführung des ATT vorlegen.

Die Ersuchen werden unter anderem anhand folgender Kriterien bewertet:

- Ernsthaftigkeit der politisch und rechtlich verbindlichen Zusagen, dem Vertrag beizutreten, und Stand der Umsetzung internationaler Vereinbarungen mit Relevanz für die Kontrolle des Waffenhandels und des Waffentransfers, die in dem Land Anwendung finden;
- Wahrscheinlichkeit eines positiven Ergebnisses der Unterstützungsmaßnahmen;
- Bewertung jeder eventuell bereits erhaltenen oder geplanten Unterstützung im Bereich der Kontrolle des Transfers von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck und von Waffen;
- Bedeutung des Landes für den weltweiten Waffenhandel;
- Bedeutung des Landes für die Sicherheitsinteressen der EU;
- Erfüllung der Kriterien für die öffentliche Entwicklungshilfe.

Wird dem Unterstützungsersuchen stattgegeben, erfolgt eine erste Bewertung des Bedarfs und der Prioritäten des um Unterstützung ersuchenden Landes, indem beispielsweise Fragebogen verwendet und vorhandene Informationen zusammengestellt werden. Anhand des Ergebnisses dieser Bewertung erörtern die entsprechende Durchführungsstelle und das begünstigte Land gemeinsam den Inhalt für eine Unterstützung durch diese Maßnahme, wobei gegebenenfalls alle möglicherweise vom Freiwilligen Treuhandfonds des ATT, der Treuhandfazilität der VN zur Unterstützung der Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungsregelung (UNSCAR), dem ATT-Sekretariat oder anderen Organisationen im Zusammenhang mit dem ATT erbrachten Unterstützungsleistungen berücksichtigt werden. Hat ein um Unterstützung ersuchendes Land bereits eine nationale Strategie zur Durchführung des ATT erarbeitet, so trägt die Durchführungsstelle ferner dafür Sorge, dass der Durchführungsfahrplan mit dieser nationalen Durchführungsstrategie in Einklang steht.

4. Beschreibung der Projektmaßnahmen

Mit den Projektmaßnahmen wird eine Vielzahl von Themen, die für die Annahme und Durchführung des ATT auf nationaler Ebene relevant sind, angegangen — insbesondere im Hinblick auf eine wirksame nationale Kontrolle des Waffenhandels. Dazu gehören unter anderem die Grundsätze und Inhalte des ATT sowie die Notwendigkeit gemeinsamer internationaler Regeln für den Waffenhandel, Elemente für solide und robuste Rechtsvorschriften in Bezug auf die Kontrolle des Waffenhandels, das Genehmigungsverfahren (einschließlich elektronischer Lizenzen, soweit zutreffend und angemessen), die Durchsetzung solcher Kontrollen, Kriterien für die Risikobewertung, einschließlich damit zusammenhängender bewährter Verfahren zur Bekämpfung der Umleitung und des illegalen Handels, die behördenübergreifende Zusammenarbeit sowie die Zusammenarbeit mit der Industrie und der Wissenschaft.

Die Unterstützungsmaßnahmen sollten gegebenenfalls so konzipiert sein, dass sie eine flexible und rasche Reaktion ermöglichen, damit sie den sich verändernden spezifischen Bedürfnissen jedes einzelnen begünstigten Landes gerecht werden, um die Fähigkeit des betreffenden Landes zur umfassenden und nachhaltigen Durchführung des ATT zu stärken.

Bei begünstigten Ländern, die bereits erheblich von früheren EU-Unterstützungsprogrammen profitiert und deutliche Fortschritte bei der Durchführung des ATT erzielt haben, wird der Schwerpunkt der Zusammenarbeit zusätzlich auf der Verwirklichung der Eigenständigkeit und dem Aufbau intraregionaler Unterstützungskapazitäten liegen, d. h. bei der Unterstützung der Partnerländer in Bezug auf die Übernahme der Rolle eines Multiplikators (Vorreiters) für die Universalisierung und Durchführung des Vertrags in ihrer jeweiligen Region, sofern dies angemessen und angezeigt ist. Für diese Begünstigten könnten einige der Unterstützungsworkshops — anstelle einer Wiederholung von in der Vergangenheit durchgeführten technischen Unterstützungsmaßnahmen — gegebenenfalls nur Mentoring-Komponenten umfassen.

Die Maßnahmen können entweder mit einem begünstigten Land allein (nationale Workshops) oder mit einer Gruppe begünstigter Länder (multinationale oder regionale Workshops), bei denen ein vergleichbarer Bedarf besteht, durchgeführt werden. Sie können in verschiedenen Formaten (als Präsenzveranstaltung, online, in hybridem Format oder in Form von E-Learning) stattfinden.

Die Wissensvermittlung erfolgt durch Experten aus dem von den Durchführungsstellen verwalteten Expertenpool. Der Expertenpool wird regelmäßig überprüft und aktualisiert und in geeigneter Form durch die Aufnahme neuer Experten erweitert. Unter anderem werden neue Experten insbesondere aus bereits über einen längeren Zeitraum begünstigten Ländern und ehemaligen begünstigten Ländern mit fortschrittlicheren Waffentransfersystemen (idealerweise diejenigen, die am Modul „Ausbildung der Ausbilder“ teilgenommen haben) rekrutiert.

Die Online-Plattform, die erstmals im Rahmen des vorherigen Beschlusses entwickelt wurde, kann ebenfalls eine Rolle dabei spielen, die Kontakte mit den Experten zu intensivieren und eine Expertengemeinschaft aufzubauen. Konkret könnte die Online-Plattform den Experten die Möglichkeit bieten,

- sich anzumelden, ihr Profil zu erstellen und ausführliche Angaben zu ihren Fachgebieten zu machen, sodass für die Projektmaßnahmen aus dem Expertenpool Experten mit unterschiedlichem Hintergrund und mit der benötigten Fachkompetenz mobilisiert werden können;
- auf eine Bibliothek zugreifen zu können, die einschlägige Informationen und Dokumente, einschließlich eines zweimonatlichen Newsletters, zu dem Projekt und zur Durchführung des ATT enthält; auf diese Weise wird sichergestellt, dass alle Experten in Bezug auf den ATT über eine einheitliche Wissensbasis verfügen;
- sich zu einem Forum zuzuschalten, in dem sie Probleme, Fragen oder Erfahrungen im Zusammenhang mit dem ATT und den Outreach-Maßnahmen austauschen und erörtern können.

Das Instrumentarium für Outreach-Maßnahmen, das in früheren Ratsbeschlüssen entwickelt und ausgearbeitet wurde, wird — wie in diesem Abschnitt beschrieben — beibehalten. Es kann gegebenenfalls durch politische Outreach-Maßnahmen der EU ergänzt werden, die von Mitgliedern der EU-Delegationen geleitet werden, um dem Prozess der Ratifizierung oder Durchführung des ATT in einem Partnerland zusätzliche politische Impulse zu verleihen.

4.1. Nationale Maßnahmen

Für jedes begünstigte Land, dem individuell nationale Unterstützung gewährt wird, erfolgt die Vereinbarung über die spezifische Unterstützung zwischen der jeweiligen Durchführungsstelle und dem begünstigten Land unter Berücksichtigung des aktuellen Stands der Maßnahmen des begünstigten Landes zur Durchführung des ATT und der diesbezüglich erzielten Ergebnisse. Dies wird von der Durchführungsstelle durchgeführt, die dabei erforderlichenfalls von einschlägigen Experten unterstützt wird.

4.1.1. Nationale Workshops

Ziel der Maßnahme

Das Projekt wird in Form von Workshops durchgeführt, in denen einzelnen begünstigten Ländern auf Ersuchen in Bereichen von besonderer nationaler Bedeutung Unterstützung geboten wird. Staatsbedienstete der begünstigten Länder, einschließlich Regierungsbeamter sowie für Ausfuhrgenehmigungen und für die Durchsetzung von Ausfuhrkontrollen zuständiger Beamter, nehmen an diesen Workshops teil. Entsprechend dem genauen Bedarf und der Verfügbarkeit der Experten der begünstigten Länder und der Mitgliedstaaten werden die Veranstaltungen in der Regel zweitägig sein. Bei Bedarf können die Maßnahmen auch online abgehalten werden.

Beschreibung der Maßnahme

Die Maßnahmen werden überwiegend in Form von Workshops und Seminaren durchgeführt, die flexibel auf Ersuchen hin entsprechend den Bedürfnissen und Interessen und der Aufnahmefähigkeit der begünstigten Länder zugewiesen werden. Für jede der Maßnahmen werden zwei bis drei Tage veranschlagt.

Bei Bedarf können die begünstigten Länder darum ersuchen, dass Vertreter anderer begünstigter Länder oder von Drittländern zur Teilnahme an nationalen Maßnahmen eingeladen werden. Aus Rückmeldungen im Rahmen der vorherigen Beschlüsse geht hervor, dass Partnerländer den Austausch von Wissen, Ideen und bewährten Verfahren auf bilateraler oder subregionaler Ebene sehr begrüßen und auch Nutzen daraus ziehen; zudem wird hierdurch eine engere Zusammenarbeit zwischen Nachbarländern gefördert.

Zahlreiche Maßnahmen gemäß dem Beschluss (GASP) 2017/915 des Rates mussten aufgrund der Reise- und Kontaktbeschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie im virtuellen Format durchgeführt werden. Zwar sind nicht alle Maßnahmen gut für ein virtuelles Format geeignet, der Erfolg, den zahlreiche im Rahmen des vorherigen Beschlusses (GASP) 2021/2309 durchgeführte Online-Maßnahmen hatten, lässt jedoch vermuten, dass zur Durchführung des aktuellen Beschlusses eine Mischung aus virtuellen Formaten, Präsenzformaten und hybriden Lösungen (bei denen eine Gruppe der Teilnehmer am Veranstaltungsort anwesend ist, während die anderen Teilnehmer online an der Veranstaltung teilnehmen) wirksam genutzt werden kann.

Eine Reihe von Ländern wurde in frühere Beschlüsse aufgenommen. Vor dem Hintergrund der von diesen Ländern bereits erhaltenen Unterstützung, wird die Unterstützung für diese bereits über einen längeren Zeitraum begünstigten Länder dem aktuell erreichten Fortschrittsstand Rechnung tragen.

4.1.2. Ad-hoc-Unterstützung

Ziel der Maßnahme

Zusätzlich wird individuelle Unterstützung aus der Ferne geleistet werden, wo dies angemessen und zweckdienlich ist (z. B. für die Überprüfung von Rechtsvorschriften, Konsultationen zu spezifischen Fällen einschließlich Unterstützung bei der technischen Einstufung bestimmter Güter, Unterstützung durch Leitfäden usw.).

Beschreibung der Maßnahme

Die Ad-hoc-Unterstützung kann wie folgt durchgeführt werden: entweder

- a) im Online-Modus durch Experten mittels Unterlagen oder unter Nutzung von Online-Tools/-Optionen;
- b) vor Ort, beispielsweise in Form eines direkten Briefings im Präsenzmodus oder in Form eines längeren (bis zu zweiwöchigen) Einsatzes, bei dem eine kleine Gruppe von (in der Regel lediglich einem oder zwei) Experten einer einschlägigen Behörde im begünstigten Land umfassende Konsultationen und praktische Ratschläge bietet, oder
- c) durch eine Kombination der beiden Möglichkeiten (in einem sogenannten „Mischansatz“, bei dem themenabhängig einige Maßnahmen im Online-Modus und andere im Präsenzmodus durchgeführt werden).

Diese Art der Unterstützung steht allen begünstigten Ländern offen. Im Haushalt wird eine Höchstzahl von Expertentagen ausgewiesen, die dieser Art der Unterstützungsmaßnahmen zugewiesen werden können. Ein Teil der Haushaltsmittel wird außerdem für technische Hilfsmittel und Ausrüstung, die für die Durchführung der Maßnahmen erforderlich sind, bereitgestellt, wie beispielsweise Abonnement-Gebühren für Online-Plattformen für den Austausch von Dokumenten.

4.2. Konzept für die „Ausbildung der Ausbilder“

Ziel der Maßnahme

Um — insbesondere unter den langjährigen Partnerländern — die Eigenverantwortlichkeit in Bezug auf die Durchführung des ATT auf nationaler Ebene sowie regionale Initiativen zur Universalisierung des Vertrags zu fördern und die Nachhaltigkeit der von der Union im Rahmen des vorliegenden Beschlusses und der vorhergehenden Beschlüsse erbrachten Unterstützungsmaßnahmen sicherzustellen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die begünstigten Länder die

Fähigkeiten und Instrumente entwickeln, um den Prozess der Durchführung und der Universalisierung des ATT ohne Unterstützung der EU oder anderer externer Unterstützung fortführen zu können. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, den begünstigten Ländern Unterstützung beim Aufbau nationaler Kapazitäten im Hinblick auf Folgendes zu bieten: a) die Aus- und Weiterbildung des eigenen Personals und b) den Aufbau einer Sammlung von Informationen und Ressourcen im Zusammenhang mit der Durchführung des ATT, durch die Aufbau des institutionellen Gedächtnisses und der intraregionalen Unterstützungskapazitäten unterstützt wird.

Um unnötige Doppelarbeit zu vermeiden, sorgen die Durchführungsstellen, wo dies angemessen und durchführbar ist, für die Koordinierung mit anderen von der EU finanzierten Maßnahmen in diesem Bereich, einschließlich der durch das ATT-Sekretariat durchgeführten Maßnahmen.

Ein weiterer Vorteil dieser Maßnahme besteht in der Erweiterung des Expertenpools des Projekts um Experten aus den begünstigten Ländern, die gegebenenfalls als Multiplikatoren für die Universalisierung des Vertrags fungieren.

Beschreibung der Maßnahme

Das Konzept für die „Ausbildung der Ausbilder“ umfasst zwei einander ergänzende Komponenten, die an den jeweiligen Fortschrittsstand und den Grad der Ausgereiftheit des Systems zur Kontrolle des Waffenhandels des betreffenden begünstigten Landes angepasst werden.

Eine Komponente des Moduls besteht darin, Schulungsworkshops für eine Reihe von Experten aus den begünstigten Ländern durchzuführen, damit diese Experten zu einem späteren Zeitpunkt unter Berücksichtigung des vorhandenen Fachwissens erfolgreich eigene Kollegen ausbilden können. Neu ausgebildete Experten fungieren im eigenen Land als Multiplikatoren für ATT-bezogenes Fachwissen und werden dazu beitragen, eigenständige institutionelle Kapazitäten auszubauen.

Mit diesen Maßnahmen wird darauf abgezielt, künftigen Ausbildern die didaktischen Fähigkeiten und die Ausbildungskompetenz zu vermitteln, die sie benötigen, um Personal im eigenen Land auszubilden; gleichzeitig sollen die Fähigkeiten des jeweiligen begünstigten Landes in Bezug auf Wissensmanagement und institutionelles Gedächtnis ausgebaut werden. Wo dies zweckdienlich erscheint, können Partnerländer ermutigt werden, auf der Grundlage des im Rahmen dieser und vorhergehender Programmphasen ausgearbeiteten Ausbildungskonzepts und der zugehörigen Materialien eigene Programme zur „Ausbildung der Ausbilder“ auszuarbeiten. Durch diese Maßnahmen sollen die begünstigten Länder hinsichtlich des Aufbaus, der Weitergabe und der Aufrechterhaltung von ATT-bezogenen Kenntnissen bei den einschlägigen Regierungsbehörden unabhängiger und eigenständiger werden. Aufgrund der Praxisorientiertheit und der Praxisnähe dieser Maßnahmen wäre eine Durchführung im Präsenzformat am zweckmäßigsten; ein Mischansatz, bei dem Präsenzformate mit online durchgeführten Maßnahmen kombiniert werden, kann jedoch auch effizient sein.

Bei der zweiten Komponente handelt es sich um eine Online-Plattform, die künftigen Ausbildern — sofern dies relevant und in den Partnerländern technisch durchführbar ist — Unterstützung bei der Erstellung ihres eigenen Schulungsmaterials bietet, da auf ihr eine Sammlung von Materialien und Dokumenten zur Durchführung des ATT gespeichert ist, die von den Durchführungsstellen zusammengestellt beziehungsweise nach Bedarf ausgearbeitet und für die begünstigten Länder bereitgestellt wurden. Die Plattform wird es künftigen Ausbildern zudem ermöglichen, Ratschläge seitens der Expertengemeinschaft einzuholen und potenzielle Schwierigkeiten, mit denen sie bei der Durchführung ihrer nationalen Schulungsmaßnahmen konfrontiert sind, zu erörtern. Die Plattform wird zudem zur Nachverfolgung von Maßnahmen und zur Archivierung der im Rahmen des vorliegenden Beschlusses und der vorhergehenden Beschlüsse erzielten Ergebnisse genutzt.

Auf der Grundlage der im Rahmen der vorhergehenden Beschlüsse durchgeführten Arbeit besteht für die Durchführungsstellen die Option, die Ausarbeitung, Pflege und Erstellung des entsprechenden Materials an externe Experten, die je nach Bedarf auch aus dem Expertenpool stammen können, zu delegieren. Zur Stärkung der institutionellen Kapazitäten der einschlägigen Behörden der begünstigten Länder sollte bei den Ausbildungsmaßnahmen auch ein Schwerpunkt darauf gelegt werden, die begünstigten Länder zu ermutigen, ihre eigene Informations- und Dokumentationsammlung zur Durchführung des ATT aufzubauen.

Die Projektplattform wird die Sichtbarkeit des Programms erhöhen, Kontakte zwischen Interessenträgern vereinfachen, den Dialog zwischen Durchführungsstellen und Partnern voranbringen und die Zusammenarbeit mit den begünstigten Ländern aufrechterhalten. Soweit dies möglich ist, wird im Rahmen des Projekts erstelltes Material zugänglich gemacht und die Nutzung einer Technologie, die den sozialen Netzwerken nachempfunden ist, wird eine aktive Online-Kommunikation und einen aktiven Online-Informationsaustausch zwischen den Teilnehmern in einem vertrauten Umfeld ermöglichen. Auch die Institutionen der Union und die Mitgliedstaaten werden Nutzen aus dieser spezifischen Plattform ziehen können, auf der die Durchführungsstellen Informationen über die Durchführung der Maßnahmen austauschen werden.

Soweit dies möglich ist, werden die Durchführungsstellen die Workshops zur Ausbildung der Ausbilder ankündigen und entsprechende Materialien bereitstellen; ferner werden sie, während sie in den begünstigten Ländern gemäß diesem Beschluss Unterstützungsmaßnahmen durchführen, nach künftigen Ausbildern suchen (die endgültige Entscheidung über die Benennung künftiger Ausbilder bleibt jedoch Sache des begünstigten Landes). Je nach Eignung können diese Beamten anschließend als Mitglied des Expertenpools registriert werden und eingeladen werden, als Experten bei anderen Maßnahmen gemäß diesem Beschluss mitzuwirken. Hierdurch wird die Verwirklichung des Ziels weiter unterstützt, die bereits über einen längeren Zeitraum begünstigten Länder darin zu bestärken, die Rolle regionaler Vorreiter bei der Durchführung des ATT und die Rolle von Multiplikatoren für die Universalisierung des Vertrags zu übernehmen.

4.3. Regionale und internationale Maßnahmen

4.3.1. Multilaterale Maßnahmen

Ziel der Maßnahme

Das Projekt wird in Form multilateraler Maßnahmen durchgeführt, an denen sich mindestens zwei begünstigte Länder beteiligen, die an einem Thema von gemeinsamem Interesse interessiert sind, um Wissen, Erfahrungen und nationale Ansätze in diesem Bereich auszutauschen. Diese Maßnahmen können in einem der durch diesen Beschluss begünstigten Länder, in einem Mitgliedstaat oder online organisiert werden. Multilaterale Maßnahmen zum Wissensaustausch umfassen sowohl multinationale Workshops als auch Studienbesuche.

Multilaterale Maßnahmen werden durchgeführt, um die internationale Zusammenarbeit sowie die Süd-Süd-Kooperation über regionale Konferenzen hinaus zu fördern. Insbesondere die langjährigen Partnerländer (d. h. Begünstigte im Rahmen früherer Ratsbeschlüsse) könnten von diesem Format profitieren, da es den Informationsaustausch und den Wissenstransfer zu einem bestimmten Thema mit anderen Fachkollegen und internationalen Experten ermöglicht.

Studienaufenthalte bieten begünstigten Ländern die Möglichkeit, Kontakte zu Regierungsbehörden und Beamten anderer Länder, die den ATT anwenden, zu knüpfen. Sie sind somit eine wichtige Ergänzung zu den nationalen Maßnahmen in den begünstigten Ländern, da sie diesen Ländern einen breiteren Bezugsrahmen für die praktische Durchführung des Vertrags bieten. Darüber hinaus bieten Studienaufenthalte aufgrund der engen Interaktion zwischen Vertretern des Gastgeberlandes und den Bediensteten, die den Studienaufenthalt wahrnehmen, insbesondere für künftige Experten und künftige Ausbilder ein hohes Ausbildungspotenzial. Studienaufenthalte werden daher Regierungsbediensteten jedes begünstigten Landes gemäß Abschnitt 3.1.2.3, einschließlich derjenigen Regierungsbediensteten, die für Ausfuhrkontrollpolitik, die Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen und die Durchsetzung von Ausfuhrkontrollen zuständig sind, angeboten.

Beschreibung der Maßnahme

Jeder Studienaufenthalt wird eine maximale Dauer von drei Tagen haben und wird generell einem einzigen begünstigten Land angeboten; wenn es jedoch für angemessen erachtet und/oder von den Ländern selbst gewünscht wird, können auch mehrere begünstigte Länder zur Teilnahme an demselben Studienaufenthalt eingeladen werden.

Studienaufenthalte sollte angesichts ihres Charakters als Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden. Sie können in einem Mitgliedstaat oder in einem Drittland durchgeführt werden (bei den Drittländern muss es sich nicht unbedingt um im Rahmen des vorliegenden Ratsbeschlusses begünstigte Länder handeln). Die Studienaufenthalte werden jeweils von der Durchführungsstelle organisiert, die für das Partnerland, das in den Genuss des Studienaufenthalts kommt, zuständig ist.

Multilaterale Workshops können für bis zu zwei Tage angesetzt werden und in einem der an der Maßnahme beteiligten begünstigten Länder, in einem Mitgliedstaat oder online stattfinden.

4.3.2. Regionale und regionenübergreifende Konferenzen

Ziel der Maßnahme

Regionale Maßnahmen werden ein immer wichtigeres Format, um die Sache der Universalisierung des Vertrags voranzubringen. Eine wichtige Beobachtung aus den Erfahrungen im Rahmen früherer Projektphasen besteht darin, dass Partnerländer sich dabei wohler fühlen und motivierter sind, die Durchführung des Vertrags voranzubringen, wenn sie in den Kontext ihrer umliegenden Region, die gemeinsame politische, wirtschaftliche und kulturelle Merkmale aufweist, eingebettet wird (d. h. die Partnerländer an den umliegenden Staaten gemessen werden). Daher sollte die regionale Dynamik genutzt werden, um einen sich selbst verstärkenden Zyklus des regionalen Austauschs und der gegenseitigen Unterstützung zu fördern. Regional ausgerichtete Maßnahmen richten sich an mehrere Länder einer Region oder verschiedener Regionen (regionenübergreifende und internationale Maßnahmen) und dienen dazu, Erfahrungen auszutauschen und Fragen und Anliegen von gemeinsamem Interesse im Zusammenhang mit der Durchführung des ATT und der Kontrolle des Waffenhandels zu erörtern. Die begünstigten Länder, die bereits im Rahmen des Beschlusses 2013/768/GASP des Rates und/oder des Beschlusses (GASP) 2017/915 des Rates und des Beschlusses (GASP) 2021/2309 des Rates unterstützt wurden und bei der Durchführung des ATT umfangreiche Fortschritte erzielt und großes Engagement gezeigt haben, werden bei diesen Maßnahmen als Vorbilder für ihre jeweiligen Regionen eine besonders wichtige Rolle spielen. Die langfristigen Kapazitäten etablierter Partnerländer werden ihnen gegebenenfalls dabei helfen, Multiplikatoren und „regionale Vorreiter“ für die Universalisierung des Vertrags in ihren jeweiligen Regionen zu werden. Hierdurch könnte die Eigenverantwortung in Bezug auf die Durchführung des ATT auf regionaler Ebene verstärkt und auf lange Sicht die Süd-Süd-Kooperation gefördert werden.

Die regionenübergreifenden und internationalen Maßnahmen wurden als Antwort auf Ersuchen von begünstigten Ländern, die von den Erfahrungen von Ländern in anderen Teilen der Welt profitieren möchten, in den vorliegenden Beschluss aufgenommen. Auf diese Weise können die regionenübergreifenden und internationalen Maßnahmen dazu beitragen, Impulse für einen globaleren Austausch von Konzepten und Vorgehensweisen im Zusammenhang mit dem ATT zu geben und diesen Austausch zu unterstützen.

Beschreibung der Maßnahme

Regionale Maßnahmen werden als zwei- oder dreitägige Veranstaltungen durchgeführt und werden den einzelnen Regionen zugewiesen. An diesen Maßnahmen sollten mindestens drei teilnehmende Länder beteiligt sein. Diese Maßnahmen sollten nicht nur den begünstigten Ländern gemäß Abschnitt 3 offenstehen, sondern sich, soweit erforderlich, auch an Drittländer richten, die anderweitig nicht unter diesen Beschluss fallen, und insbesondere an Nichtvertragsstaaten. Darüber hinaus empfiehlt es sich, nach Möglichkeit mindestens eines der weiter fortgeschrittenen begünstigten Länder (d. h. Länder, die, wie in Abschnitt 3 dargelegt, im Rahmen des Beschlusses 2013/768/GASP des Rates und/oder des Beschlusses (GASP) 2017/915 des Rates und des Beschlusses (GASP) 2021/2309 des Rates unterstützt wurden und deren System für die Kontrolle des Waffenhandels einen gewissen Grad der Ausgereiftheit erreicht hat) in die Maßnahmen einzubeziehen, damit dieses Land als Multiplikator agieren kann, und/oder Experten aus diesen Ländern zur Teilnahme an der Maßnahme einzuladen, um den Aufbau von regionaler Expertise und die Süd-Süd-Kooperation zu fördern.

Regionale Maßnahmen werden nach Bedarf und entsprechend der Verfügbarkeit der Gastgeberländer durchgeführt. Dem Präsenzformat wird für diese Maßnahmen der Vorzug gegeben, da es die größtmögliche Wirkung erlaubt; je nach den Gegebenheiten und den Präferenzen der Teilnehmer kann jedoch auch auf Online-Formate oder hybride Formate zurückgegriffen werden.

Regionale Maßnahmen sind nicht auf einzelne Regionen begrenzt, sondern es wird auch begünstigten Ländern aus anderen Regionen die Möglichkeit gegeben, an regionenübergreifenden Maßnahmen teilzunehmen. Während der Durchführung der vorangegangenen Projektphasen wurde deutlich, dass die Partnerländer sehr interessiert sind, nicht nur von den Ländern der eigenen Regionen zu lernen und Informationen innerhalb der eigenen Region auszutauschen, sondern dabei auch über die eigene Region hinaus zu gehen.

4.4. Internationale Nebenveranstaltung

Ziel der Maßnahme

Um eine möglichst breite Zielgruppe zu erreichen und nicht nur die Universalisierung des ATT, sondern auch die Anstrengungen der EU im Hinblick auf die Verwirklichung dieses Ziels zu fördern, werden das BAFA und Expertise France gemeinsam eine internationale Nebenveranstaltung am Rande einer multilateralen Konferenz auf VN-Ebene veranstalten, zum Beispiel während der Jahrestagung des ersten Ausschusses der VN-Generalversammlung in New York.

Beschreibung der Maßnahme

Die internationale Nebenveranstaltung wird aus einer eintägigen Veranstaltung bestehen, an der ausgewählte Vertreter der Partnerländer, internationale Experten (insbesondere aus den begünstigten Ländern oder ehemaligen begünstigten Ländern — vorzugsweise diejenigen, die am Modul „Ausbildung der Ausbilder“ teilgenommen haben) sowie Vertreter internationaler und regionaler Organisationen und Akteure der Zivilgesellschaft, die sich für die Umsetzung und Universalisierung des ATT einsetzen, teilnehmen.

4.4.1. Nebenveranstaltungen am Rande der Konferenz der Vertragsstaaten des ATT (CSP)

Ziel der Maßnahme

Die Jahreskonferenzen der Vertragsstaaten des ATT bieten eine einzigartige Gelegenheit, Kontakt zu den maßgeblichen Beamten und Interessenträgern mit Zuständigkeit für ATT-Belange aufzunehmen. Die von der Union finanzierten Nebenveranstaltungen ermöglichen es insbesondere, die von der Union durchgeführten Maßnahmen zur Durchführungsunterstützung stärker ins Bewusstsein zu rücken, die Kontaktaufnahme zu Ländern, die in der Folge um Unterstützung ersuchen können, zu erleichtern und die bewährten Verfahren insbesondere durch die begünstigten Länder besser bekannt zu machen.

Beschreibung der Maßnahme

Während der Programmlaufzeit werden drei Nebenveranstaltungen durchgeführt, d. h. je eine bei jeder der Jahreskonferenzen der Vertragsparteien des ATT; diese Veranstaltungen werden von den Durchführungsstellen gemeinsam organisiert. Mit den von der Union bereitgestellten Mittel können insbesondere die Reisekosten für eine bestimmte Zahl von Experten oder Beamten aus begünstigten Ländern gedeckt werden.

4.5. Abschlusskonferenz

Ziel der Maßnahme

Ziel der Abschlusskonferenz ist die Stärkung des Bewusstseins und der Eigenverantwortlichkeit in Bezug auf den ATT nicht nur bei den Partnerländern, sondern auch bei den einschlägigen Interessenträgern wie beispielsweise den nationalen Parlamenten, regionalen und internationalen Organisationen sowie bei Vertretern der Zivilgesellschaft, die an der weiterreichenden Wirkung, die der Vertrag haben sollte, interessiert sind. Da Vertreter aus vielen verschiedenen Teilen der Welt eingeladen werden, wird die Konferenz zudem als Forum zur Stärkung des internationalen Netzes und der Gemeinschaft der Akteure, die mit der Durchführung des Vertrags befasst sind und auf seine Universalisierung hinarbeiten, dienen.

Beschreibung der Maßnahme

Diese Maßnahme wird in Form einer zweitägigen Konferenz im hybriden Format (online nur mit Zustimmung des EAD und der Durchführungsstellen) durchgeführt, die gegen Ende der Geltungsdauer dieses Beschlusses und möglicherweise im Anschluss an eine Sitzung der Gruppe COARM veranstaltet wird. Für die Organisation dieser Konferenz sind beide Durchführungsstellen gemeinsam zuständig. Auf dieser Konferenz werden einschlägige Vertreter der von Maßnahmen gemäß Abschnitt 4 begünstigten Länder sowie andere Interessenträger, die mit der Förderung des Vertrags und der damit verfolgten Ziele befasst sind, zusammenkommen.

Die Konferenz dient dem leichteren Erfahrungsaustausch der begünstigten Länder, der Darlegung ihrer Standpunkte in Bezug auf den ATT, der Information über den Stand der Ratifizierung und der Durchführung des ATT sowie dem Austausch einschlägiger Informationen mit Vertretern der nationalen Parlamente, regionaler Organisationen und der Zivilgesellschaft.

Neben Vertretern der Partnerländer können an der Abschlusskonferenz auch Experten, die zu den Projektmaßnahmen beigetragen haben, sowie Vertreter anderer einschlägiger Organisationen und Akteure der Zivilgesellschaft, die sich für die Durchführung und Universalisierung des ATT einsetzen, teilnehmen.

5. Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft der Experten

5.1. Expertensitzungen

Ziel der Maßnahme

Bei den Expertensitzungen liegt der Schwerpunkt auf der Vertiefung der Zusammenarbeit mit Experten aus dem Projekt-Expertenpool, der im Rahmen der Beschlüsse 2013/768/GASP, (GASP) 2017/915 und (GASP) 2021/2309 des Rates eingerichtet wurde, sowie auf der Vertiefung der Zusammenarbeit dieser Experten untereinander, aber auch auf der Vertiefung der Zusammenarbeit mit neuen Experten, insbesondere aus begünstigten Ländern und ehemals begünstigten Ländern, die am in Abschnitt 4.1.3 beschriebenen Modul „Ausbildung der Ausbilder“ teilgenommen haben. Durch die Maßnahmen wird ein konstruktiver Austausch über die Projektdurchführung und die Projektergebnisse gefördert; hierdurch wird zu einem langfristigen Engagement in das Projekt ermutigt und Fachwissen in der gesamten ATT-Gemeinschaft mobilisiert. Zudem wird durch die Maßnahmen zu einer Süd-Süd-Kooperation beigetragen, indem je nach Bedarf Experten aus begünstigten Ländern und aus ehemals begünstigten Ländern selbst einbezogen werden.

Beschreibung der Maßnahme

Die Durchführungsstellen werden Expertensitzungen einberufen (wobei jede Durchführungsstelle für die Organisation einer Sitzung zuständig sein wird), die sich im Wesentlichen, aber nicht ausschließlich, an Experten richten, die in die vorhergehenden Projektphasen eingebunden waren und/oder häufig an Projektmaßnahmen teilgenommen haben. Mit den Sitzungen werden insbesondere folgende Ziele verfolgt:

- unter den Experten ein gemeinsames Verständnis der Probleme und Lösungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Unterstützung der Durchführung des ATT zu entwickeln; die Kernbotschaften, die im Zuge der Outreach-Maßnahmen verbreitet werden, aufeinander abzustimmen und zu vereinheitlichen;
- den Experten Informationen über die von den Partnerländern bei der Durchführung des ATT erzielten Fortschritte sowie über die im Rahmen des Projektes gewährte Unterstützung zu liefern;
- je nach Bedarf gemeinsame Ansätze zu entwickeln und/oder zu überarbeiten, die bei der Unterstützung durch die Experten verfolgt werden können, sodass von den Experten kohärente Ratschläge erteilt werden und die Ratschläge an die Bedürfnisse der begünstigten Länder angepasst sind.

Für die Zusammenarbeit mit Experten wird ein zweigliedriger Ansatz verfolgt, der Folgendes umfasst:

- zwei Online-Sitzungen unter Teilnahme von Experten des Expertenpools, um gemeinsame Ziele und Ansätze für die Zusammenarbeit mit begünstigten Ländern auszuarbeiten;
- gegebenenfalls Nutzung der Online-Plattform (ursprünglich während der zweiten Projektphase entwickelt) und der zugehörigen Instrumente, um die Kommunikation zwischen den Experten zu verbessern und den Austausch von Informationen über den ATT und die Projektdurchführung (Maßnahmen, Experten usw.) zu unterstützen.

6. Unterstützung der Universalisierung

Im Rahmen des vorliegenden Beschlusses soll nicht nur begünstigten Ländern technische Unterstützung bei der Durchführung des ATT gewährt werden; der Beschluss soll auch dazu dienen, die Universalisierung des Vertrags zu fördern und voranzutreiben, wodurch zu den umfassenden multilateralen Anstrengungen zur Verhinderung der Umleitung von konventionellen Waffen und zur Verhinderung des unerlaubten Handels mit konventionellen Waffen beigetragen und größere Sicherheit für alle geschaffen wird.

Hierfür wird bei den im Rahmen dieses Beschlusses durchgeführten Maßnahmen auch ein Schwerpunkt auf die Aufnahme einer Zusammenarbeit mit Staaten, die nicht Vertragsparteien des ATT sind, und auf die Förderung des Beitritts zum ATT gelegt. Durch die damit zusammenhängenden Maßnahmen wird die Sichtbarkeit des Vertrags erhöht, ferner wird die Öffentlichkeit verstärkt für die mit der Umleitung von konventionellen Waffen und dem unerlaubten Handel mit solchen Waffen einhergehenden Risiken und Bedrohungen sensibilisiert, während gleichzeitig der Dialog zwischen Vertragsstaaten und Nichtvertragsstaaten vorangebracht wird, um dazu beizutragen, Vertrauen aufzubauen und Transparenz herzustellen.

Sofern angezeigt erhalten Staaten, die noch nicht Vertragsparteien des ATT sind, im Rahmen dieses Beschlusses daher gegebenenfalls Unterstützung in Form von technischen Unterstützungsmaßnahmen gemäß Abschnitt 4. Diese Maßnahmen werden auf Ersuchen dieser Staaten und entsprechend dem Bedarf und der Verfügbarkeit von Ressourcen organisiert.

Ergänzend hierzu und zur weiteren Förderung der Universalisierung des Vertrags werden die beschriebenen Maßnahmen auf regionaler und internationaler Ebene durchgeführt, die darauf abzielen,

- verstärkt für die mit der Umleitung von konventionellen Waffen und dem unerlaubten Handel mit diesen Waffen einhergehenden Risiken und Bedrohungen zu sensibilisieren,
- eine Plattform für Experten und Beamte einschlägiger Behörden in verschiedenen Ländern zu bieten, auf denen sie sich über strategische Fragen des Waffenhandels austauschen können,
- die Verwirklichung der Ziele einer weltweiten Anwendung, vollständigen Umsetzung und Verbesserung des ATT zu fördern.

Die Maßnahmen werden in enger Zusammenarbeit mit den Behörden der jeweiligen nationalen Regierung und je nach Bedarf in enger Zusammenarbeit mit einschlägigen akademischen Kreisen, Nichtregierungsorganisationen und/oder regionalen Organisationen durchgeführt. Soweit angemessen und anwendbar, werden die Maßnahmen von Mitgliedern der EU-Delegationen unterstützt, um zusätzliche politische Impulse zu verleihen.

7. Durchführungsstellen

Aufgrund des Arbeitsvolumens, das sich aus den im Rahmen des vorliegenden Beschlusses durchzuführenden Maßnahmen ergibt, ist es ratsam, zwei zuständige Durchführungsstellen einzusetzen: das BAFA und Expertise France. Sie werden gegebenenfalls mit den Ausfuhrkontrollstellen der Mitgliedstaaten, maßgeblichen regionalen und internationalen Organisationen, Reflexionsgruppen, Forschungsinstituten und NRO zusammenarbeiten und/oder die Durchführung von Maßnahmen an sie delegieren.

Das BAFA und Expertise France wurden bereits mit der Durchführung des Beschlusses (GASP) 2017/915 und des Beschlusses (GASP) 2021/2309 sowie anderer vorhergehender und laufender Outreach-Programme der EU betraut. Beide Durchführungsstellen gemeinsam bieten somit die nachweislich vorhandene Erfahrung, Qualifikation und notwendige Expertise, die die gesamte Bandbreite der einschlägigen Maßnahmen der Union auf dem Gebiet der Kontrolle der Ausfuhr sowohl von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck als auch von Waffen abdecken.

8. Koordinierung mit anderen einschlägigen Unterstützungsmaßnahmen

Die Durchführungsstellen sorgen für eine angemessene Koordinierung mit den verschiedenen Instrumenten der Union, um

- einen kohärenten Ansatz der Outreach-Maßnahmen der Union gegenüber Drittländern zu gewährleisten,
- Überschneidungen bei Zeitplänen und Inhalt der Maßnahmen zu vermeiden,
- Erfahrungen im Zusammenhang mit der Projektdurchführung weiterzugeben und potenzielle Synergien zwischen den verschiedenen Unterstützungsprojekten im Bereich der Ausfuhrkontrolle zu ermitteln,
- gegebenenfalls Synergien und Komplementarität mit Hilfsprojekten anderer Geber anzustreben.

Zu diesem Zweck findet im Rahmen eines festgelegten und formalisierten Koordinierungsverfahrens ein jährlicher Online-Austausch von Informationen zwischen den für die Durchführung der Outreach-Maßnahmen der Union im Bereich der Ausfuhrkontrollen zuständigen Stellen sowie mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst statt. Die Teilnahme von Experten aus anderen Mitgliedstaaten sollte gefördert werden, sofern dies angezeigt ist. Für die Durchführung der Maßnahme sind die Durchführungsstellen gemeinsam zuständig.

Die Durchführungsstellen sollten zudem Aufmerksamkeit auf Maßnahmen im Zusammenhang mit dem ATT richten, die im Rahmen des VN-Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten und dem entsprechenden System zur Unterstützung der Durchführung (PoA-ISS), der Resolution 1540/2004 des VN-Sicherheitsrats, des Freiwilligen Treuhandfonds des ATT und der UNSCAR sowie im Rahmen bilateraler Unterstützungsmaßnahmen durchgeführt werden. Die Durchführungsstellen sollten in geeigneter Weise mit anderen Hilfeleistenden in Kontakt stehen, um Informationen auszutauschen, sicherzustellen, dass es nicht zu Doppelarbeit kommt, und um für größtmögliche Kohärenz und Komplementarität zu sorgen.

Ziel dieses Projekts ist es unter anderem, die begünstigten Länder verstärkt auf die Instrumente der Union hinzuweisen, mit denen die Süd-Süd-Kooperation im Bereich der Ausfuhrkontrollen gefördert werden kann. In diesem Zusammenhang sollte im Rahmen der Unterstützungsmaßnahmen, soweit angezeigt, über die verfügbaren Instrumente, wie beispielsweise die Initiative der CBRN-Exzellenzzentren der EU und weitere EU-P2P-Programme, informiert und für diese Instrumente geworben werden.

9. Öffentlichkeitswirksamkeit der Maßnahmen der Union und Verfügbarkeit von Hilfsmaterialien

Bei Materialien und Instrumenten, die im Zusammenhang mit dem Projekt erstellt werden, einschließlich der Online-Plattform gemäß Abschnitt 3.1.2.2, wird für die öffentliche Wahrnehmbarkeit der Union gesorgt und auf eine bessere öffentliche Wahrnehmbarkeit der Union hingewirkt. Bei allen diesen Materialien und Instrumenten wird das Logo und das Konzept für die graphische Aufmachung gemäß den Leitlinien für die Kommunikation und die Sichtbarkeit des auswärtigen Handelns der Europäischen Union verwendet; hierzu gehört auch die Verwendung des Logos des EU-P2P-Ausfuhrkontrollprogramms („EU P2P export control programme“). Die Unionsdelegationen sollten in Veranstaltungen in Drittländern einbezogen werden, um die politische Begleitung und die Öffentlichkeitswirksamkeit zu verbessern.

Die Erstellung und elektronische Verbreitung eines Newsletters zum EU-Unterstützungsprogramm, der in Phase III des Projekts entwickelt wurde, wird fortgesetzt, um ein zunehmend breiteres Publikum in den Partnerländern, den Mitgliedstaaten und der internationalen ATT-Expertengemeinschaft zu erreichen.

10. Folgenabschätzung

Die Auswirkungen der in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen sollten nach deren Abschluss fachlich analysiert werden. Die Folgenabschätzung wird von den Durchführungsstellen vorgenommen, die dabei mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst, gegebenenfalls auch mit den Delegationen der Union in den begünstigten Ländern, sowie mit anderen maßgeblichen Interessenträgern zusammenarbeitet. Bei der Folgenabschätzung sollte ein besonderes Augenmerk auf die Zahl der begünstigten Länder, die den ATT ratifiziert haben, und auf die Entwicklung ihrer Kapazitäten für die Kontrolle von Waffentransfers gerichtet werden. Bei der Bewertung der Kapazitäten der begünstigten Länder zur Kontrolle von Waffentransfers sollte insbesondere die Ausarbeitung und der Erlass einschlägiger nationaler Rechtsvorschriften, die Fähigkeit zur Einhaltung der Meldevorschriften des ATT und die Befugnisausstattung der maßgeblichen, für die Waffentransferkontrollen zuständigen Behörde berücksichtigt werden.

11. Berichterstattung

Die Durchführungsstellen werden regelmäßig und nach Abschluss jeder der beschriebenen Maßnahmen einen Bericht vorlegen. Die Berichte sollten dem Hohen Vertreter spätestens sechs Wochen nach Abschluss der betreffenden Maßnahmen übermittelt werden.

Es werden länderspezifische Fortschrittsberichte eingeführt, die der Gruppe COARM jährlich bis zum Ende jedes Jahres vorgelegt werden. Die Durchführungsstellen entwickeln eine Berichtsvorlage, die dem Vorsitz der Gruppe COARM spätestens drei Monate nach Inkrafttreten dieses Beschlusses zur Prüfung vorgelegt wird.

12. Laufzeit

Die Laufzeit der Maßnahme wird auf insgesamt 36 Monate veranschlagt.

*Anlage***Die Partnerländer werden wie folgt von den Durchführungsstellen betreut:**

BAFA-Partnerländer im Rahmen der Phase IV des ATT-Outreach-Projekts der EU:

Botsuana
Chile
Kolumbien
Costa Rica
Ecuador
Kasachstan
Malaysia
Peru
Thailand
Sambia

Expertise-France-Partnerländer im Rahmen der Phase IV des ATT-Outreach-Projekts der EU:

Benin
Kamerun
Côte d'Ivoire
Guyana
Liberia
Madagaskar
Mexiko
Philippinen
Senegal
Sierra Leone
Togo
Union der Komoren



2025/443

3.3.2025

BESCHLUSS (GASP) 2025/443 DES RATES

vom 28. Februar 2025

zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Nahost-Friedensprozess

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 33 in Verbindung mit Artikel 31 Absatz 2, auf Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Rat ist am 25. November 1996 übereingekommen, einen Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Nahost-Friedensprozess (im Folgenden „Sonderbeauftragter“) zu ernennen.
- (2) Die Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist für die Union eine strategische Priorität, und sie muss sich weiterhin aktiv engagieren, bis dieser Konflikt auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung beigelegt worden ist.
- (3) Die Union setzt sich für einen umfassenden und dauerhaften Frieden im gesamten Nahen Osten ein und steht bereit, um dafür mit regionalen und internationalen Partnern zusammenzuarbeiten.
- (4) Ein Sonderbeauftragter sollte für einen Zeitraum von drei Monaten ernannt werden.
- (5) Der Sonderbeauftragte wird das Mandat in einer schwierigen Situation in der Region ausüben, die sich verschlechtern und die Erreichung der Ziele des auswärtigen Handelns der Union nach Artikel 21 des Vertrags behindern könnte —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Sonderbeauftragte der Europäischen Union

Herr Luigi DI MAIO wird für den Zeitraum vom 1. März 2025 bis zum 1. Juni 2025 zum Sonderbeauftragten der Europäischen Union (im Folgenden „Sonderbeauftragter“) für den Nahost-Friedensprozess ernannt. Der Rat kann auf der Grundlage einer Bewertung des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) und auf Vorschlag des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (im Folgenden „Hoher Vertreter“) beschließen, dass das Mandat des Sonderbeauftragten (im Folgenden „Mandat“) eher endet.

Artikel 2

Politische Ziele

Das Mandat beruht auf dem folgenden politischen Ziel für den Nahost-Friedensprozess:

- a) Übergeordnetes Ziel ist ein gerechter, dauerhafter und umfassender Frieden, der auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung erreicht werden sollte, wonach Israel und ein demokratischer, zusammenhängender, lebensfähiger, friedlicher und souveräner palästinensischer Staat Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen leben und normale Beziehungen zu ihren Nachbarn unterhalten, wie dies in den einschlägigen Resolutionen 242 (1967) und 338 (1973) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen — wobei auch auf andere einschlägige Resolutionen, einschließlich der Resolution 2334 (2016), zu verweisen ist —, den Grundsätzen von Madrid einschließlich des Grundsatzes „Land für Frieden“, dem Nahost-Fahrplan, den bislang von den Parteien erzielten Vereinbarungen, der arabischen Friedensinitiative und den Empfehlungen des Nahost-Quartetts (im Folgenden „Quartett“) vom 1. Juli 2016 vorgesehen ist; in Anbetracht der unterschiedlichen Aspekte der israelisch-arabischen Beziehungen ist die regionale Dimension ein wesentliches Element eines umfassenden Friedens;
- b) bei der Verwirklichung des unter Buchstabe a ausgeführten Ziels sind das Festhalten an der Zwei-Staaten-Lösung und die Neubelebung und Unterstützung des Friedensprozesses politische Prioritäten; vor diesem Hintergrund sind klare Parameter, die die Grundlage für die Verhandlungen definieren, Schlüsselfaktoren für einen erfolgreichen Ausgang, und die Union hat ihren Standpunkt in Bezug auf diese Parameter, für die sie sich auch weiterhin aktiv einsetzen wird, in den Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2009, Dezember 2010 und Juli 2014 ausgeführt;

- c) die Union ist entschlossen, mit den Parteien und den Partnern in der internationalen Gemeinschaft im Nahen Osten zusammenzuarbeiten und geeignete internationale Initiativen zur Schaffung einer neuen Dynamik für die Verhandlungen aktiv zu verfolgen.

Artikel 3

Mandat

- (1) Damit das politische Ziel gemäß Absatz 2 erreicht wird, besteht das Mandat darin,
 - a) einen aktiven und effizienten Unionsbeitrag zu Aktionen und Initiativen zu leisten, die zu einer endgültigen Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf der Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung sowie gemäß den Parametern der Union und den einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats, einschließlich der Resolution 2334 (2016), führen, und entsprechende Vorschläge für Aktionen der Union vorzulegen;
 - b) enge Kontakte mit allen am Friedensprozess beteiligten Parteien zu fördern und zu pflegen, insbesondere mit Israel und der Palästinensischen Behörde, den relevanten politischen Akteuren und Ländern des Nahen Ostens und anderen betroffenen Ländern sowie den Vereinten Nationen und anderen relevanten internationalen Organisationen, einschließlich der Liga der Arabischen Staaten und des Golf-Kooperationsrates, um mit ihnen zusammenzuarbeiten, um den Friedensprozess zu stärken;
 - c) die sich entwickelnde regionale Lage im Nahen Osten und insbesondere die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und einer Reihe arabischer Länder zu nutzen, um den Friedensprozess weiter voranzubringen und so zur Stabilität der Region beizutragen;
 - d) den Faktoren, die die regionale Dimension des Friedensprozesses beeinflussen, einschließlich der Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Konflikt im Gazastreifen bzw. in der gesamten Region nach den brutalen und willkürlichen Terrorangriffen der Hamas gegen Israel vom 7. Oktober 2023, der Zusammenarbeit mit den arabischen Partnern und der Umsetzung der Arabischen Friedensinitiative besondere Aufmerksamkeit zu widmen;
 - e) die Friedensverhandlungen zwischen den Parteien aktiv zu unterstützen und einen Beitrag dazu zu leisten, auch indem im Rahmen dieser Verhandlungen im Namen der Union im Einklang mit ihrer gefestigten, langjährigen Politik Vorschläge vorgelegt werden;
 - f) für eine kontinuierliche Präsenz der Union in den relevanten internationalen Gremien zu sorgen;
 - g) zur Bewältigung von Krisen und zu Frühwarnungen beizutragen;
 - h) zur Umsetzung der zwischen den Parteien ausgehandelten internationalen Übereinkünfte beizutragen und mit den Parteien auf diplomatischer Ebene Kontakt aufzunehmen, wenn diese Übereinkünfte nicht eingehalten werden;
 - i) zu den politischen Bemühungen um eine nachhaltige Lösung für die Zeit nach dem Krieg im Gazastreifen, der integraler Bestandteil eines künftigen palästinensischen Staates ist, beizutragen, die Rückkehr der Palästinensischen Behörde nach Gaza zu unterstützen, auch durch die Förderung von Gesprächen zwischen Israel und der Palästinensischen Behörde, und die humanitären Bemühungen zu fördern;
 - j) mit den Unterzeichnern von Übereinkünften im Rahmen des Friedensprozesses konstruktive Beziehungen zu unterhalten, um so die Einhaltung der grundlegenden demokratischen Normen, einschließlich der Achtung des humanitären Völkerrechts, der Menschenrechte und des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit, zu fördern;
 - k) Vorschläge für Interventionen der Union im Rahmen des Nahost-Friedensprozesses und zu der Frage vorzulegen, wie die Initiativen der Union und ihre laufenden Bemühungen im Zusammenhang mit dem Friedensprozess, wie etwa der Unionsbeitrag zu den palästinensischen Reformen, die Globale Allianz für die Umsetzung der Zweistaatenlösung und die politischen Aspekte der relevanten Entwicklungsvorhaben der Union, am besten weiterverfolgt werden können;
 - l) die Parteien zu ersuchen, einseitige Maßnahmen zu unterlassen, welche die Durchführbarkeit der Zwei-Staaten-Lösung gefährden, insbesondere in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich durch Siedlungspolitik und die Aufstachelung zu Gewalt und Hetze;
 - m) in Kooperation mit dem Sonderbeauftragten der Europäischen Union für Menschenrechte einen Beitrag zu leisten zur Umsetzung der Menschenrechtspolitik der Union, einschließlich der Leitlinien der Union zu den Menschenrechten, insbesondere der Leitlinien der Union zum Thema Kinder und bewaffnete Konflikte sowie betreffend Gewalt gegen Frauen und Mädchen und die Bekämpfung aller Formen ihrer Diskriminierung, und der Politik der Union hinsichtlich der Resolution des VN-Sicherheitsrats 1325 (2000) bezüglich Frauen, Frieden und Sicherheit;

- n) einen Beitrag zum besseren Verständnis der Rolle der Union und ihrer besseren Sichtbarkeit unter den für die Meinungsbildung maßgeblichen Personen im Nahen Osten zu leisten;
 - o) mit Vertretern der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauen und junger Menschen, sowie mit Akteuren zusammenzuarbeiten, die an Maßnahmen zur Vertrauensbildung zwischen den Parteien beteiligt sind.
- (2) Der Sonderbeauftragte unterstützt die Arbeit des Hohen Vertreters und behält dabei alle Aktivitäten der Union im Zusammenhang mit dem Nahost-Friedensprozess im Blick.

Artikel 4

Ausführung des Mandats

- (1) Der Sonderbeauftragte ist für die Ausführung des Mandats verantwortlich und handelt unter der Aufsicht des Hohen Vertreters.
- (2) Das PSK unterhält eine enge Verbindung zum Sonderbeauftragten und ist dessen vorrangige Anlaufstelle im Rat. Unbeschadet der Befugnisse des Hohen Vertreters erhält der Sonderbeauftragte im Rahmen des Mandats strategische Leitlinien und politische Vorgaben vom PSK.
- (3) Der Sonderbeauftragte gewährleistet ein Handeln und eine Zusammenarbeit mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und dessen einschlägigen Dienststellen, die regelmäßig, systematisch, gründlich und klar sowie kohärent und einheitlich sind.
- (4) Der Sonderbeauftragte wird den Nahen Osten regelmäßig besuchen und für eine enge Abstimmung mit den relevanten Delegationen der Union in dieser Region, einschließlich des Vertretungsbüros der Union in Jerusalem, der Delegation der Union in Tel Aviv, und über diese für eine enge Abstimmung mit den diplomatischen Vertretungen der Mitgliedstaaten sorgen.

Artikel 5

Finanzierung

- (1) Der als finanzieller Bezugsrahmen dienende Betrag zur Deckung der Ausgaben in Verbindung mit dem Mandat (im Folgenden „Ausgaben“) im Zeitraum vom 1. März 2025 bis zum 1. Juni 2025 beläuft sich auf 273 229,68 EUR.
- (2) Die Ausgaben werden nach den für den Gesamthaushaltsplan der Union geltenden Verfahren und Vorschriften verwaltet.
- (3) Über die Verwaltung der Ausgaben wird ein Vertrag zwischen dem Sonderbeauftragten und der Kommission geschlossen. Der Sonderbeauftragte ist gegenüber der Kommission für alle Ausgaben rechenschaftspflichtig.

Artikel 6

Aufstellung und Zusammensetzung des Arbeitsstabs

- (1) Im Rahmen des Mandats und der entsprechend bereitgestellten Finanzmittel ist der Sonderbeauftragte dafür verantwortlich, einen Arbeitsstab zusammenzustellen. In diesem Arbeitsstab muss die für das Mandat erforderliche Fachkompetenz in spezifischen politischen Fragen vorhanden sein. Der Sonderbeauftragte unterrichtet den Rat und die Kommission stets umgehend über die Zusammensetzung des Arbeitsstabs.
- (2) Die Mitgliedstaaten, die Organe der Union und der EAD können vorschlagen, Personal zum Arbeitsstab des Sonderbeauftragten abzuordnen. Die Gehälter dieses abgeordneten Personals gehen zulasten des abordnenden Mitgliedstaats, des betreffenden Organs der Union beziehungsweise des EAD. Von den Mitgliedstaaten zu den Organen der Union oder zum EAD abgeordnete Sachverständige können ebenfalls zum Arbeitsstab des Sonderbeauftragten abgeordnet werden. Internationales Vertragspersonal besitzt die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats.
- (3) Alle abgeordneten Mitglieder des Personals unterstehen weiterhin der Aufsicht des abordnenden Mitgliedstaats, des abordnenden Organs der Union oder des EAD und erfüllen ihre Pflichten und handeln im Interesse des Mandats.
- (4) Der Arbeitsstab des Sonderbeauftragten wird bei den einschlägigen Dienststellen des EAD, der Delegation der Union in Tel Aviv und dem Vertretungsbüro der Union in Jerusalem untergebracht, damit die Kohärenz und Einheitlichkeit ihrer jeweiligen Tätigkeiten gewährleistet sind.

*Artikel 7***Vorrechte und Befreiungen des Sonderbeauftragten und seines Arbeitsstabs**

Die Vorrechte, Immunitäten und sonstigen Garantien des Sonderbeauftragten und seines Arbeitsstabs, die für die Erfüllung und das reibungslose Funktionieren der Mission des Sonderbeauftragten erforderlich sind, werden gegebenenfalls mit den Gastparteien vereinbart. Die Mitgliedstaaten und der EAD gewähren die hierfür erforderliche Unterstützung.

*Artikel 8***Sicherheit von EU-Verschlussachen**

Der Sonderbeauftragte und die Mitglieder des Arbeitsstabs des Sonderbeauftragten beachten die Grundsätze und Mindeststandards für die Sicherheit, die in dem Beschluss 2013/488/EU des Rates ⁽¹⁾ niedergelegt sind.

*Artikel 9***Zugang zu Informationen und logistische Unterstützung**

(1) Die Mitgliedstaaten, die Kommission und das Generalsekretariat des Rates stellen sicher, dass der Sonderbeauftragte Zugang zu allen relevanten Informationen erhält.

(2) Die Delegationen der Union und die diplomatischen Vertretungen der Mitgliedstaaten im Nahen Osten leisten gegebenenfalls logistische Unterstützung in dieser Region.

*Artikel 10***Zugang zu Dokumenten und Datenschutz**

(1) Der Sonderbeauftragte wendet die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁾ an. Der Hohe Vertreter erlässt die den Sonderbeauftragten betreffenden Durchführungsbestimmungen.

(2) Der Sonderbeauftragte schützt natürliche Personen bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽³⁾. Der Hohe Vertreter erlässt die den Sonderbeauftragten betreffenden Durchführungsbestimmungen.

*Artikel 11***Sicherheit**

Gemäß dem Konzept der Union für die Sicherheit des im Rahmen des Titels V des Vertrags in operativer Funktion außerhalb der Union eingesetzten Personals trifft der Sonderbeauftragte entsprechend dem Mandat und aufgrund der Sicherheitslage in dem Zuständigkeitsgebiet alle nach vernünftigem Ermessen durchführbaren Maßnahmen für die Sicherheit des dem Sonderbeauftragten direkt unterstellten Personals, indem er insbesondere:

- a) auf der Grundlage der Vorgaben des EAD einen spezifischen Sicherheitsplan aufstellt, der spezifische objekt-, organisations- und verfahrensbezogene Sicherheitsmaßnahmen für die sichere Abwicklung des Transports des Personals in das Zuständigkeitsgebiet und innerhalb dieses Gebiets und die Bewältigung von sicherheitsrelevanten Zwischenfällen enthält und indem er einen Notfall- und Evakuierungsplan für die Mission aufstellt;
- b) sicherstellt, dass das gesamte außerhalb der Union eingesetzte Personal einen an die Bedingungen im Zuständigkeitsgebiet angepassten Versicherungsschutz gegen hohe Risiken genießt;
- c) sicherstellt, dass das gesamte außerhalb der Union einzusetzende Personal, einschließlich des vor Ort verpflichteten Personals, vor oder bei Ankunft im Zuständigkeitsgebiet eine angemessene Sicherheitsausbildung erhalten hat, und zwar auf der Grundlage der Risikoeinstufungen, die dem jeweiligen Gebiet vom EAD zugewiesen wurden;

⁽¹⁾ Beschluss 2013/488/EU des Rates vom 23. September 2013 über die Sicherheitsvorschriften für den Schutz von EU-Verschlussachen (ABl. L 274 vom 15.10.2013, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dec/2013/488/oj>).

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2001/1049/oj>).

⁽³⁾ Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2018/1725/oj>).

- d) sicherstellt, dass alle vereinbarten Empfehlungen, die im Anschluss an die regelmäßigen Sicherheitsbewertungen abgegeben wurden, umgesetzt werden, und dem Hohen Vertreter, dem Rat und der Kommission im Rahmen der regelmäßigen Zwischenberichte und des Abschlussberichts über die Ausführung des Mandats schriftlich über die Umsetzung dieser Empfehlungen sowie über andere sicherheitsrelevante Fragen Bericht erstattet.

Artikel 12

Berichterstattung

Der Sonderbeauftragte erstattet dem Hohen Vertreter und dem PSK regelmäßig Bericht. Der Sonderbeauftragte erstattet entsprechend den Erfordernissen auch den Arbeitsgruppen des Rates Bericht. Die regelmäßigen Berichte werden über das COREU-Netz verteilt. Der Europäische Auswärtige Dienst wird zu jedem Zeitpunkt und in vollem Umfang unterrichtet. Der Sonderbeauftragte kann dem Rat (Auswärtige Angelegenheiten) Bericht erstatten. Gemäß Artikel 36 des Vertrags kann der Sonderbeauftragte an der Unterrichtung des Europäischen Parlaments beteiligt werden.

Artikel 13

Koordinierung

(1) Zur Erreichung der politischen Ziele der Union trägt der Sonderbeauftragte zu einem einheitlichen, kohärenten und wirksamen Vorgehen der Union bei und dazu, dass alle Instrumente der Union und das Handeln der Mitgliedstaaten kohärent zusammenwirken. Gegebenenfalls setzt er sich mit den Mitgliedstaaten ins Benehmen. Die Tätigkeiten des Sonderbeauftragten werden mit jenen des Europäischen Auswärtigen Dienstes und der Dienststellen der Kommission abgestimmt. Der Sonderbeauftragte unterrichtet die Delegationen der Union und die diplomatischen Vertretungen der Mitgliedstaaten, einschließlich des Vertretungsbüros der Union in Jerusalem und der Delegation der Union in Tel Aviv, regelmäßig über seine Arbeit.

(2) Vor Ort hält er engen Kontakt zu den Missionschefs der diplomatischen Vertretungen der Mitgliedstaaten, den Leitern der Delegationen der Union und den Leitern von Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diese unterstützen den Sonderbeauftragten nach allen Kräften bei der Ausführung seines Mandats. Der Sonderbeauftragte gibt — in enger Absprache mit dem Leiter der Delegation der Union in Tel Aviv und dem Vertretungsbüro der Union in Jerusalem — den Leitern der Polizeimission der Europäischen Union für die Palästinensischen Gebiete (EUPOL COPPS) und der Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EU BAM Rafah) vor Ort politische Handlungsempfehlungen. Der Sonderbeauftragte stimmt sich auch mit den anderen internationalen und regionalen Akteuren vor Ort ab.

Artikel 14

Unterstützung im Zusammenhang mit Ansprüchen

Der Sonderbeauftragte und der Arbeitsstab des Sonderbeauftragten leisten Unterstützung bei der Bearbeitung von Ansprüchen und Pflichten, die auf den Mandaten früherer Sonderbeauftragter der Europäischen Union für den Nahost-Friedensprozess beruhen, und gewähren administrative Hilfe und Zugang zu den entsprechenden Dokumenten.

Artikel 15

Überprüfung

Die Durchführung dieses Beschlusses und seine Kohärenz mit anderen von der Union in der Region geleisteten Beiträgen wird regelmäßig überprüft. Der Sonderbeauftragte unterbreitet dem Hohen Vertreter, dem Rat und der Kommission regelmäßig Zwischenberichte.

Artikel 16

Inkrafttreten

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 28. Februar 2025.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. SZŁAPKA



DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/445 DER KOMMISSION

vom 27. Februar 2025

zur 345. Änderung der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit den ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen in Verbindung stehen

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates vom 27. Mai 2002 über die Anwendung bestimmter spezifischer restriktiver Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Organisationen, die mit den ISIL (Da'esh)- und Al-Qaida-Organisationen in Verbindung stehen ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a und Artikel 7a Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 enthält die Liste der Personen, Gruppen und Organisationen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen mit der Verordnung eingefroren werden.
- (2) Am 21. Februar 2025 hat der Sanktionsausschuss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der gemäß den Resolutionen 1267(1999), 1989(2011) und 2253(2015) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eingesetzt wurde, nach abschließender Prüfung des über das gemäß der Resolution 1904 (2009) des Sicherheitsrates eingerichtete Büro der Ombudsperson gestellten Antrags auf Streichung von der Liste einen Eintrag aus der Liste der Personen, Gruppen und Organisationen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen einzufrieren sind, gestrichen.
- (3) Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 27. Februar 2025

*Für die Kommission,
im Namen der Präsidentin,*

*Der Generaldirektor
Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen
und Kapitalmarktunion*

⁽¹⁾ ABl. L 139 vom 29.5.2002, S. 9, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2002/881/oj>.

ANHANG

In Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 wird der folgende Eintrag unter „Natürliche Personen“ gestrichen:

„Lionel Dumont (auch: a) Jacques Brougere, b) Abu Hamza, c) Di Karlo Antonio, d) Merlin Oliver Christian Rene, e) Arfauni Imad Ben Yousset Hamza, f) Imam Ben Yussuf Arfaj, g) Abou Hamza, h) Arfauni Imad, i) Bilal, j) Hamza, k) Koumkal, l) Kumkal, m) Merlin, n) Tinet, o) Brugere, p) Dimon). Anschrift: Frankreich. Geburtsdatum: 29.1.1971. Geburtsort: Roubaix, Frankreich. Staatsangehörigkeit: französisch. Weitere Angaben: seit Mai 2004 in Frankreich in Haft. Tag der Benennung nach Artikel 7d Absatz 2 Buchstabe i: 25.6.2003.“



DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/446 DER KOMMISSION

vom 28. Februar 2025

zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für Bosnien und Herzegowina, Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in den Listen der Drittländer, Gebiete oder Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 230 Absatz 1 und Artikel 232 Absätze 1 und 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 dürfen Sendungen von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs nur dann in die Union verbracht werden, wenn sie aus einem Drittland oder Gebiet oder einer Zone oder einem Kompartiment desselben stammen, das bzw. die gemäß Artikel 230 Absatz 1 der genannten Verordnung gelistet ist.
- (2) In der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission ⁽²⁾ sind die Tiergesundheitsanforderungen festgelegt, die Sendungen bestimmter Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs aus Drittländern oder Gebieten oder aus Zonen derselben bzw. — im Fall von Tieren aus Aquakultur — Kompartimenten derselben erfüllen müssen, damit sie in die Union verbracht werden dürfen.
- (3) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission ⁽³⁾ wurden die Listen von Drittländern, Gebieten oder Zonen derselben festgelegt, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen der in den Geltungsbereich der Delegierten Verordnung (EU) 2020/692 fallenden Arten und Kategorien von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs zulässig ist. Diese Listen und bestimmte allgemeine Vorschriften in Bezug auf diese Listen sind in den Anhängen I bis XXII der genannten Durchführungsverordnung enthalten.
- (4) Insbesondere enthalten die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 die Listen der Drittländer oder Gebiete oder Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist.
- (5) Kanada hat der Kommission einen Ausbruch der hochpathogenen Aviären Influenza (HPAI) bei Geflügel in der Provinz Neufundland und Labrador gemeldet, der am 12. Februar 2025 durch Laboranalyse (RT-PCR) bestätigt wurde.
- (6) Darüber hinaus hat das Vereinigte Königreich der Kommission drei Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Grafschaften Devon und Yorkshire, England, gemeldet, die am 18. Februar 2025 bzw. am 19. Februar 2025 durch Laboranalyse (RT-PCR) bestätigt wurden.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/692 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für den Eingang von Sendungen von bestimmten Tieren, bestimmtem Zuchtmaterial und bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Union und für deren anschließende Verbringung und Handhabung (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 379, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/692/oj).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 der Kommission vom 24. März 2021 zur Festlegung der Listen von Drittländern, Gebieten und Zonen derselben, aus denen der Eingang in die Union von Tieren, Zuchtmaterial und Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates zulässig ist (ABl. L 114 vom 31.3.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2021/404/oj).

- (7) Ferner haben die Vereinigten Staaten der Kommission 29 Ausbrüche der HPAI bei Geflügel in den Bundesstaaten Indiana (1), Missouri (3), New York (6), Pennsylvania (9) und Ohio (10) gemeldet, die zwischen dem 4. Februar 2025 und dem 11. Februar 2025 durch Laboranalyse (RT-PCR) bestätigt wurden.
- (8) Nach diesen jüngsten Ausbrüchen der HPAI haben die Veterinärbehörden Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten im Umkreis von mindestens 10 km eine Sperrzone um die betroffenen Betriebe herum eingerichtet sowie ein Tilgungsprogramm zur Bekämpfung der HPAI und zur Eindämmung der Ausbreitung dieser Seuche durchgeführt.
- (9) Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten haben der Kommission Informationen zur Seuchenlage in ihren Hoheitsgebieten und zu den Maßnahmen vorgelegt, die sie zur Verhütung einer weiteren Ausbreitung der HPAI nach diesen jüngsten HPAI-Ausbrüchen ergriffen haben.
- (10) Diese Informationen wurden von der Kommission bewertet. Die Kommission ist der Auffassung, dass angesichts der Tiergesundheitslage in den Gebieten, für die die Veterinärbehörden Kanadas, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten Beschränkungen erlassen haben, der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild aus diesen von den jüngsten Ausbrüchen betroffenen Gebieten ausgesetzt werden sollte, um den Tiergesundheitsstatus der Union zu schützen.
- (11) Kanada hat der Kommission ferner aktualisierte Informationen zur Seuchenlage in Bezug auf die HPAI in seinem Hoheitsgebiet vorgelegt, die zur Aussetzung des Eingangs in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild aus der betroffenen Zone in der Provinz Ontario geführt hat, was in den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 in der durch die Durchführungsverordnung (EU) 2025/80 der Kommission (*) geänderten Fassung festgelegt wurde.
- (12) Am 17. Februar 2025 hat Kanada aktualisierte Informationen zur Tiergesundheitslage und zu den Maßnahmen vorgelegt, die es in Bezug auf den Ausbruch der HPAI bei Geflügel in der Provinz Ontario ergriffen hat, der am 14. Dezember 2024 durch Laboranalyse (RT-PCR) bestätigt worden war.
- (13) Kanada hat der Kommission mitgeteilt, dass es nach dem genannten Ausbruch der HPAI ein Tilgungsprogramm durchgeführt hat, um diese Seuche zu bekämpfen und ihre Ausbreitung einzudämmen, sowie auch die erforderliche Reinigung und Desinfektion nach der Durchführung des Tilgungsprogramms im infizierten Geflügelhaltungsbetrieb abgeschlossen hat.
- (14) Die Kommission hat die von Kanada vorgelegten Informationen bewertet und ist der Auffassung, dass es angemessene Garantien dafür geboten hat, dass die Tiergesundheitslage, die zur Aussetzung des Eingangs in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild aus der betroffenen Zone in der Provinz Ontario gemäß den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 geführt hat, keine Gefahr mehr für die Gesundheit von Mensch oder Tier in der Union darstellt und dass folglich der Eingang in die Union dieser Sendungen aus der betroffenen Zone in der Provinz Ontario in Kanada, aus der der Eingang in die Union ausgesetzt worden war, wieder zulässig sein sollte.
- (15) Daher sollten die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 dahin gehend geändert werden, dass den neuen HPAI-Ausbrüchen in Kanada, im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten sowie dem getilgten HPAI-Ausbruch in Kanada Rechnung getragen wird.

(*) Durchführungsverordnung (EU) 2025/80 der Kommission vom 13. Januar 2025 zur Änderung der Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für Kanada, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in den Listen der Drittländer, Gebiete und Zonen, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel sowie von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild zulässig ist (ABl. L, 2025/80, 15.1.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2025/80/oj).

- (16) Kanada hat der Kommission ferner am 14. Januar 2025 mitgeteilt, dass sich die Beschreibungen bestimmter Zonen im Fraser Valley in der Provinz British Columbia aufgrund eines neuen Konzepts für die Zonenabgrenzung in Bezug auf die HPAI in dem genannten Gebiet geändert haben. Damit diese neue Zonenabgrenzung in der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 korrekt wiedergegeben wird, hat Kanada die Kommission ersucht, in Anhang V Teil 2 der genannten Verordnung die Beschreibungen der Zonen CA-2.236, CA-2.237, CA-2.239, CA-2.240, CA-2.242 und CA-2.245 im Eintrag für Kanada abzuändern. Die Kommission hat die übermittelten Informationen bewertet und sich davon überzeugt, dass die neuen Grenzen der genannten Zonen ausreichend weit von den Betrieben entfernt sind, in denen die HPAI-Ausbrüche bestätigt wurden. Die Beschreibungen der genannten Zonen im Eintrag für Kanada in Anhang V Teil 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 sollten daher entsprechend geändert werden.
- (17) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2025/361 der Kommission⁽⁵⁾ wurde Anhang XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 unter anderem dahin gehend geändert, dass der Eingang in die Union von Sendungen von frischem Fleisch von Geflügel aus Bosnien und Herzegowina in Reaktion auf einen HPAI-Ausbruch ausgesetzt wurde. In Anhang XIV Teil 1 Abschnitt B der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 wurde in Spalte 4 der Tabelle jedoch versäumt, die spezifische Bedingung „P1“ einzufügen, um kenntlich zu machen, dass die Aussetzung auf einen HPAI-Ausbruch in dem genannten Drittland zurückzuführen ist. Im Interesse der Klarheit sollte in den Eintrag für das genannte Drittland die spezifische Bedingung „P1“ eingefügt werden. Anhang XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (18) Unter Berücksichtigung der neuen HPAI-Ausbrüche in Kanada, im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten und um unnötige Störungen des Handels mit Kanada zu verhindern, sollten die mit der vorliegenden Verordnung an den Anhängen V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 vorzunehmenden Änderungen unverzüglich wirksam werden.
- (19) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 2

Inkrafttreten und Anwendbarkeit

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 28. Februar 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

⁽⁵⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2025/361 der Kommission vom 17. Februar 2025 zur Änderung der Anhänge V, XIV und XV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 hinsichtlich der Einträge für Bosnien und Herzegowina, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in den Listen der Drittländer, Gebiete und Zonen, aus denen der Eingang in die Union von Sendungen von Geflügel und Zuchtmaterial von Geflügel, von frischem Fleisch von Geflügel und Federwild sowie von Fleischerzeugnissen von Geflügel zulässig ist (ABl. L, 2025/361, 18.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2025/361/oj).

ANHANG

Die Anhänge V und XIV der Durchführungsverordnung (EU) 2021/404 werden wie folgt geändert:

1. Anhang V wird wie folgt geändert:

a) in Teil 1 wird Abschnitt B wie folgt geändert:

i) im Eintrag für Kanada erhält die Zeile für die Zone CA-2.248 folgende Fassung:

„CA Kanada	CA-2.248	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		14.12.2024	17.2.2025“
---------------	----------	---	-------	--	------------	------------

ii) im Eintrag für Kanada wird nach der Zeile für die Zone CA-2.256 die folgende Zeile für die Zone CA-2.257 angefügt:

„CA Kanada	CA-2.257	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		12.2.2025“	
---------------	----------	---	-------	--	------------	--

iii) im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach der Zeile für die Zone GB-2.358 die folgenden Zeilen für die Zonen GB-2.359, GB-2.360 und GB-2.361 angefügt:

„GB Vereinig- tes König- reich	GB-2.359	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		18.2.2025	
	GB-2.360		N, P1		18.2.2025	
	GB-2.361		N, P1		19.2.2025“	

iv) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Zeile für die Zone US-2.914 die folgenden Zeilen für die Zonen US-2.915 bis US-2.943 angefügt:

„US Vereinigte Staaten	US-2.915	BPP, BPR, DOC, DOR, SP, SR, POU-LT20, HEP, HER, HE-LT20	N, P1		4.2.2025	
	US-2.916		N, P1		5.2.2025	
	US-2.917		N, P1		6.2.2025	
	US-2.918		N, P1		6.2.2025	
	US-2.919		N, P1		6.2.2025	
	US-2.920		N, P1		7.2.2025	
	US-2.921		N, P1		11.2.2025	
	US-2.922		N, P1		7.2.2025	
	US-2.923		N, P1		11.2.2025	
	US-2.924		N, P1		6.2.2025	
	US-2.925		N, P1		5.2.2025	
	US-2.926		N, P1		5.2.2025	
	US-2.927		N, P1		7.2.2025	
	US-2.928		N, P1		7.2.2025	
	US-2.929		N, P1		8.2.2025	
	US-2.930		N, P1		8.2.2025	

	US-2.931		N, P1		7.2.2025	
	US-2.932		N, P1		7.2.2025	
	US-2.933		N, P1		4.2.2025	
	US-2.934		N, P1		4.2.2025	
	US-2.935		N, P1		5.2.2025	
	US-2.936		N, P1		6.2.2025	
	US-2.937		N, P1		5.2.2025	
	US-2.938		N, P1		4.2.2025	
	US-2.939		N, P1		6.2.2025	
	US-2.940		N, P1		4.2.2025	
	US-2.941		N, P1		4.2.2025	
	US-2.942		N, P1		4.2.2025	
	US-2.943		N, P1		11.2.2025“	

b) Teil 2 wird wie folgt geändert:

- i) im Eintrag für Kanada erhalten die Zeilen für die Beschreibungen der Zonen CA-2.236 und CA-2.237 folgende Fassung:

„Kanada	CA-2.236	British Columbia The municipalities involved are: Arnold, Lindell, Lindell Beach, Kilgard, Barrowtown, Atchelitz, West Chilliwack, South Sumas, West Baker Trails, Cultus Lake, East Baker Trails, Slesse Park, East Chilliwack, Popkum, Bridal Falls, Agassiz, Lake Errock, Harrison Mills and Harrison Hot Springs.
	CA-2.237	British Columbia The municipalities involved are: West Abbotsford, Aberdeen, Gifford, Glen Valley, East Abbotsford, Arnold, Lindell, Lindell Beach, Kilgard, Barrowtown, Atchelitz, West Chilliwack, South Sumas, West Baker Trails and Cultus Lake“

- ii) im Eintrag für Kanada erhalten die Zeilen für die Beschreibungen der Zonen CA-2.239 und CA-2.240 folgende Fassung:

„Kanada	CA-2.239	British Columbia The municipalities involved are: Arnold, Lindell, Lindell Beach, Kilgard, Barrowtown, Atchelitz, West Chilliwack, South Sumas, West Baker Trails, Cultus Lake, East Baker Trails, Slesse Park, East Chilliwack, Popkum, Bridal Falls, Agassiz, Lake Errock, Harrison Mills, Harrison Hot Springs, Dewdney, Deroche, Durieu and Miracle Valley
	CA-2.240	British Columbia The municipalities involved are: Langley, Langley Township, Forest Knolls, West Abbotsford, Aberdeen, Gifford, Glen Valley, East Abbotsford, Arnold, Lindell, Lindell Beach, Kilgard, Barrowtown, Atchelitz, Chilliwack, South Sumas, Baker Trails and Cultus Lake“

- iii) im Eintrag für Kanada erhält die Zeile für die Beschreibung der Zone CA-2.242 folgende Fassung:

„Kanada	CA-2.242	British Columbia The municipalities involved are: East Baker Trails, Slesse Park, East Chilliwack, Popkum, Bridal Falls, Agassiz, Lake Errock, Harrison Mills and Harrison Hot Springs“
---------	----------	--

- iv) im Eintrag für Kanada erhält die Zeile für die Beschreibung der Zone CA-2.245 folgende Fassung:

„Kanada	CA-2.245	British Columbia The municipalities involved are: West Abbotsford, Arnold, Lindell, Lindell Beach, Kilgard, Barrowtown, Atchelitz, West Chilliwack, South Sumas, West Baker Trails, Cultus Lake, Dewdney, Deroche, Durieu and Miracle Valley“
---------	----------	--

- v) im Eintrag für Kanada wird nach der Zeile für die Beschreibung der Zone CA-2.256 die folgende Beschreibung der Zone CA-2.257 angefügt:

„Kanada	CA-2.257	Newfoundland and Labrador- Latitude 49.32, Longitude -54.48 The municipalities involved are: 3km PZ: Wings Point and Gander Bay 10km SZ: Gander Bay North, Victoria Cove, Davidsville, Main Point and Gander Bay South“
---------	----------	--

- vi) im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach der Zeile für die Beschreibung der Zone GB-2.358 die folgenden Beschreibungen der Zonen GB-2.359, GB-2.360 und GB-2.361 angefügt:

„Vereinigtes Königreich	GB-2.359	Near Market Weighton, East Riding of Yorkshire, Yorkshire, England, GB The area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N53.85 and Long: W0.76
	GB-2.360	Near Market Weighton, East Riding of Yorkshire, Yorkshire, England, GB The area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N53.83 and Long: W0.79
	GB-2.361	Near Teignmouth, Teignbridge, Devon, England, GB The area contained with a circle of a radius of 10 km, centred on WGS84 dec, coordinates Lat: N50.52 and Long: W3.52“

- vii) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach der Beschreibung der Zone US-2.914 die folgenden Beschreibungen der Zonen US-2.915 bis US-2.943 angefügt:

„Vereinigte Staaten	US-2.915	State of Pennsylvania Dauphin 02 Dauphin County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 76.7173874°W 40.3310949°N)
------------------------	----------	---

US-2.916	State of Pennsylvania Cumberland 01 Cumberland County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 77.4163421°W 40.2768778°N)
US-2.917	State of Pennsylvania Lebanon 01 Lebanon County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 76.4297328°W 40.5250620°N)
US-2.918	State of Pennsylvania Lancaster 33 Lancaster County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 76.1852864°W 40.1325563°N)
US-2.919	State of Pennsylvania Lancaster 34 Lancaster County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 76.2203816°W 40.2946113°N)
US-2.920	State of Pennsylvania Lancaster 35 Lancaster County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 76.2055027°W 40.1305006°N)
US-2.921	State of Pennsylvania Lancaster 36 Lancaster County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 76.1977370°W 40.3383058°N)
US-2.922	State of Pennsylvania Lebanon 02 Lebanon County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 76.3618529°W 40.5354076°N)
US-2.923	State of Pennsylvania Cumberland 02 Cumberland County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 77.1381320°W 40.2411724°N)
US-2.924	State of Ohio Darke 22 Darke County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.4223467°W 40.3141941°N)
US-2.925	State of Ohio Mercer 31 Mercer County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.6489879°W 40.4564599°N)
US-2.926	State of Ohio Mercer 32 Mercer County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.6400176°W 40.4979082°N)

US-2.927	State of Ohio Mercer 33 Mercer County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.6926853°W 40.4983646°N)
US-2.928	State of Ohio Mercer 34 Mercer County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.6670441°W 40.4423124°N)
US-2.929	State of Ohio Mercer 35 Mercer County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.4587912°W 40.5577149°N)
US-2.930	State of Ohio Mercer 36 Mercer County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.7437142°W 40.5309403°N)
US-2.931	State of Ohio Mercer 37 Mercer County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.7348922°W 40.6759770°N)
US-2.932	State of Ohio Mercer 38 Mercer County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.7503933°W 40.5288312°N)
US-2.933	State of Ohio Darke 21 Darke County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.4954787°W 40.4169816°N)
US-2.934	State of New York Queens 04 Queens County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.8110491°W 40.7686723°N)
US-2.935	State of New York Queens 05 Queens County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.7068527°W 40.8036570°N)
US-2.936	State of New York Queens 06 Queens County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.8783956°W 40.8380572°N)
US-2.937	State of New York Kings 06 Kings County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.8423152°W 40.7770896°N)

US-2.938	State of New York Bronx 01 Bronx County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.8928984°W 40.9239394°N)
US-2.939	State of New York Bronx 03 Bronx County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 73.8679094°W 40.9414732°N)
US-2.940	State of Missouri Newton 08 Newton County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 94.3508609°W 37.0249938°N)
US-2.941	State of Missouri Jasper 05 Jasper County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 94.2442198°W 37.3319872°N)
US-2.942	State of Missouri Lawrence 04 Lawrence County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 93.8918679°W 37.1782322°N)
US-2.943	State of Indiana Jay 04 Jay County: A circular zone of a 10 km radius starting with North point (GPS coordinates: 84.8051046°W 40.5728571°N)“

2. in Anhang XIV Teil 1 wird Abschnitt B wie folgt geändert:

a) der Eintrag zu Bosnien und Herzegowina erhält folgende Fassung:

„BA Bosnien und Herzegowina	BA-0	POU	P1		10.2.2025“	
--	------	-----	----	--	------------	--

b) im Eintrag für Kanada erhalten die Zeilen für die Zone CA-2.248 folgende Fassung:

„CA Kanada	CA-2.248	POU, RAT	N, P1		14.12.2024	17.2.2025
		GMB	N, P1		14.12.2024	17.2.2025“

c) im Eintrag für Kanada erhält die Zeile für die Zone CA-2.256 folgende Fassung:

„CA Kanada	CA-2.256	POU, RAT	N, P1		31.1.2025	
		GMB	N, P1		31.1.2025“	

d) im Eintrag für Kanada werden nach den Zeilen für die Zone CA-2.256 die folgenden Zeilen für die Zone CA-2.257 eingefügt:

„CA Kanada	CA-2.257	POU, RAT	N, P1		12.2.2025	
		GMB	N, P1		12.2.2025“	

- e) im Eintrag für das Vereinigte Königreich werden nach den Zeilen für die Zone GB-2.358 die folgenden Zeilen für die Zonen GB-2.359, GB-2.360 und GB-2.361 angefügt:

„GB Vereinigtes Königreich	GB-2.359	POU, RAT	N, P1		18.2.2025	
		GBM	P1		18.2.2025	
	GB-2.360	POU, RAT	N, P1		18.2.2025	
		GBM	P1		18.2.2025	
	GB-2.361	POU, RAT	N, P1		19.2.2025	
		GBM	P1		19.2.2025“	

- f) im Eintrag für die Vereinigten Staaten werden nach den Zeilen für die Zone US-2.914 die folgenden Zeilen für die Zonen US-2.915 bis US-2.943 angefügt:

„US Vereinigte Staaten	US-2.915	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	
		GBM	P1		4.2.2025	
	US-2.916	POU, RAT	N, P1		5.2.2025	
		GBM	P1		5.2.2025	
	US-2.917	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	
		GBM	P1		6.2.2025	
	US-2.918	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	
		GBM	P1		6.2.2025	
	US-2.919	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	
		GBM	P1		6.2.2025	
	US-2.920	POU, RAT	N, P1		7.2.2025	
		GBM	P1		7.2.2025	
	US-2.921	POU, RAT	N, P1		11.2.2025	
		GBM	P1		11.2.2025	
	US-2.922	POU, RAT	N, P1		7.2.2025	
		GBM	P1		7.2.2025	
	US-2.923	POU, RAT	N, P1		11.2.2025	
		GBM	P1		11.2.2025	
	US-2.924	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	
		GBM	P1		6.2.2025	
	US-2.925	POU, RAT	N, P1		5.2.2025	
		GBM	P1		5.2.2025	
	US-2.926	POU, RAT	N, P1		5.2.2025	
		GBM	P1		5.2.2025	
	US-2.927	POU, RAT	N, P1		7.2.2025	
		GBM	P1		7.2.2025	

US-2.928	POU, RAT	N, P1		7.2.2025	
	GBM	P1		7.2.2025	
US-2.929	POU, RAT	N, P1		8.2.2025	
	GBM	P1		8.2.2025	
US-2.930	POU, RAT	N, P1		8.2.2025	
	GBM	P1		8.2.2025	
US-2.931	POU, RAT	N, P1		7.2.2025	
	GBM	P1		7.2.2025	
US-2.932	POU, RAT	N, P1		7.2.2025	
	GBM	P1		7.2.2025	
US-2.933	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	
	GBM	P1		4.2.2025	
US-2.934	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	
	GBM	P1		4.2.2025	
US-2.935	POU, RAT	N, P1		5.2.2025	
	GBM	P1		5.2.2025	
US-2.936	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	
	GBM	P1		6.2.2025	
US-2.937	POU, RAT	N, P1		5.2.2025	
	GBM	P1		5.2.2025	
US-2.938	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	
	GBM	P1		4.2.2025	
US-2.939	POU, RAT	N, P1		6.2.2025	
	GBM	P1		6.2.2025	
US-2.940	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	
	GBM	P1		4.2.2025	
US-2.941	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	
	GBM	P1		4.2.2025	
US-2.942	POU, RAT	N, P1		4.2.2025	
	GBM	P1		4.2.2025	
US-2.943	POU, RAT	N, P1		11.2.2025	
	GBM	P1		11.2.2025"	



DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2025/448 DER KOMMISSION

vom 28. Februar 2025

**zur Änderung der Anhänge I und II der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit besonderen
Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“) ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 71 Absatz 3 und Artikel 259 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Afrikanische Schweinepest ist eine ansteckende Viruserkrankung, die gehaltene Schweine und Wildschweine befällt und schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffene Tierpopulation sowie die Rentabilität der Landwirtschaft haben kann, was zu Störungen bei Verbringungen von Sendungen dieser Tiere und daraus gewonnener Erzeugnisse innerhalb der Union sowie bei Ausfuhren dieser Sendungen in Drittländer führen kann.
- (2) Mit der Delegierten Verordnung 2020/687 der Kommission ⁽²⁾ wurden die Vorschriften zur Bekämpfung der gelisteten Seuchen gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben a, b und c der Verordnung (EU) 2016/429 ergänzt, die in der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1882 der Kommission als Seuchen der Kategorien A, B und C definiert sind. Insbesondere sind in den Artikeln 63 bis 66 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 bestimmte Maßnahmen vorgesehen, die im Falle einer amtlichen Bestätigung eines Ausbruchs einer Seuche der Kategorie A bei wild lebenden Tieren, einschließlich der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen, zu ergreifen sind. Diese Bestimmungen sehen insbesondere die Einrichtung einer infizierten Zone sowie Verbote der Verbringung wild lebender Tiere gelisteter Arten und daraus gewonnener Erzeugnisse tierischen Ursprungs vor.
- (3) Die Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 der Kommission ⁽³⁾ enthält besondere Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest, die für einen begrenzten Zeitraum von den Mitgliedstaaten, die in deren Anhängen I und II gelistet sind oder die über in den genannten Anhängen gelistete Gebiete verfügen (im Folgenden „betroffene Mitgliedstaaten“), anzuwenden sind. Die genannte Durchführungsverordnung enthält Vorschriften für die Listung auf Unionsebene von Sperrzonen I, II und III nach Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest in Anhang I sowie Vorschriften für die Listung auf Unionsebene nach einem Ausbruch dieser Seuche in einem zuvor seuchenfreien Mitgliedstaat oder einer zuvor seuchenfreien Zone in Anhang II der genannten Verordnung.
- (4) Darüber hinaus ist im Fall eines Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in einem Mitgliedstaat gemäß Artikel 3 Buchstabe b der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 von der zuständigen Behörde dieses Mitgliedstaats eine infizierte Zone gemäß Artikel 63 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 einzurichten.
- (5) Nachdem sich die Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Polen geändert hatte, wurde Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 zuletzt durch die Durchführungsverordnung (EU) 2025/268 der Kommission ⁽⁴⁾ geändert.

⁽¹⁾ ABl. L 84 vom 31.3.2016, S. 1, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2016/429/oj>.

⁽²⁾ Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen (ABl. L 174 vom 3.6.2020, S. 64, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_del/2020/687/oj).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 der Kommission vom 16. März 2023 mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2021/605 (ABl. L 79 vom 17.3.2023, S. 65, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2023/594/oj).

⁽⁴⁾ Durchführungsverordnung (EU) 2025/268 der Kommission vom 4. Februar 2025 zur Änderung des Anhangs I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit besonderen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ABl. L, 2025/268, 6.2.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2025/268/oj).

- (6) Änderungen der Sperrzonen I, II und III in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 sollten sich auf die Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in den von dieser Seuche betroffenen Gebieten und die allgemeine Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in dem betroffenen Mitgliedstaat, auf das Risikoniveau hinsichtlich der weiteren Ausbreitung dieser Seuche sowie auf wissenschaftlich fundierte Grundsätze und Kriterien für die geografische Abgrenzung von Zonen aufgrund der Afrikanischen Schweinepest gemäß der Bekanntmachung der Kommission über die Leitlinien für die Prävention, Bekämpfung und Tilgung der Afrikanischen Schweinepest in der Union (ASP-Leitlinien) ⁽⁵⁾ stützen. Diese Änderungen tragen auch internationalen Standards wie dem Gesundheitskodex für Landtiere ⁽⁶⁾ der Weltorganisation für Tiergesundheit (WOAH) und den von den zuständigen Behörden des betroffenen Mitgliedstaats vorgelegten Begründungen für die Abgrenzung der Zonen Rechnung.
- (7) Seit dem Erlass der Durchführungsverordnung (EU) 2025/268 ist es zu neuen Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in Italien, Lettland, Polen und der Slowakei gekommen, und die Seuchenlage bei gehaltenen Schweinen und Wildschweinen hat sich in bestimmten Gebieten Deutschlands, Italiens und Polens verbessert.
- (8) Im Februar 2025 wurden mehrere Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in der Region Toskana in Italien in einem Gebiet festgestellt, das in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone II gelistet ist, sich jedoch in unmittelbarer Nähe eines in dem genannten Anhang als Sperrzone I gelisteten Gebietes befindet. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dieses derzeit als Sperrzone I gelistete Gebiet in Italien sollte in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone II gelistet werden; zudem müssen auch die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und II neu festgelegt werden, um diesen Ausbrüchen Rechnung zu tragen.
- (9) Darüber hinaus wurde im Februar 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein im Landkreis Riga in Lettland in einem Gebiet festgestellt, das nicht in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelistet ist, sich jedoch in unmittelbarer Nähe einer Sperrzone II befindet. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Zum Zweck der Sicherstellung der territorialen Kontinuität gemäß Artikel 6 Absatz 2 der genannten Durchführungsverordnung sollte dieses Gebiet in Lettland, das derzeit nicht gelistet und von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone II gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzone II neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (10) Außerdem wurde im Februar 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein in der Woiwodschaft Pomorskie in Polen in einem Gebiet festgestellt, das nicht in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelistet ist, sich jedoch in unmittelbarer Nähe von Sperrzonen I und II befindet. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Zum Zweck der Sicherstellung der territorialen Kontinuität gemäß Artikel 6 Absatz 2 der genannten Durchführungsverordnung sollte dieses Gebiet in Polen, das derzeit nicht gelistet und von diesem jüngsten Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest betroffen ist, in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone II gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und II neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (11) Ferner wurden im Februar 2025 mehrere Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in den Woiwodschaften Kujawsko-Pomorskie, Podlaskie, Podkarpackie, Pomorskie und Świętokrzyskie in Polen in Gebieten festgestellt, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzonen I gelistet sind und sich in unmittelbarer Nähe von Sperrzonen II befinden. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Zum Zweck der Sicherstellung der territorialen Kontinuität gemäß Artikel 6 Absatz 2 der genannten Durchführungsverordnung sollten diese Gebiete in Polen, die derzeit als Sperrzonen I gelistet und von diesen jüngsten Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest betroffen sind, in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzonen II gelistet werden; zudem müssen die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und II neu festgelegt werden, um diesen Ausbrüchen Rechnung zu tragen.

⁽⁵⁾ C/2023/7855 (ABl. C, C/2023/1504, 18.12.2023, ELI: <http://data.europa.eu/eli/C/2023/1504/oj>).

⁽⁶⁾ WOAH-Gesundheitskodex für Landtiere, 31. Ausgabe, 2023. Bände I und II, ISBN 978-92-95121-74-4; <https://www.woah.org/en/what-we-do/standards/codes-and-manuals/terrestrial-code-online-access/>.

- (12) Im Februar 2025 wurden mehrere Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in der Woiwodschaft Pomorskie in Polen in einem Gebiet festgestellt, das in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone II gelistet ist, sich jedoch in unmittelbarer Nähe einer in dem genannten Anhang gelisteten Sperrzone I befindet. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dieses derzeit als Sperrzone I gelistete Gebiet in Polen sollte in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone II gelistet werden; zudem müssen auch die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und II neu festgelegt werden, um diesen Ausbrüchen Rechnung zu tragen.
- (13) Des Weiteren wurde im Februar 2025 ein Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein in der Woiwodschaft Zachodniopomorskie in Polen in einem Gebiet festgestellt, das in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone III gelistet ist, sich jedoch in unmittelbarer Nähe einer in dem genannten Anhang gelisteten Sperrzone I befindet. Durch diesen neuen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Dieses derzeit als Sperrzone I gelistete Gebiet in Polen sollte in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzone II gelistet werden; zudem müssen auch die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und II neu festgelegt werden, um diesem Ausbruch Rechnung zu tragen.
- (14) Darüber hinaus wurden im Februar 2025 mehrere Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen in den Bezirken Nitriansky und Trenčiansky in der Slowakei in Gebieten festgestellt, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzonen II gelistet sind, sich jedoch in unmittelbarer Nähe von in dem genannten Anhang gelisteten Sperrzonen I befinden. Durch diese neuen Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen erhöht sich das Risiko, was sich in dem genannten Anhang widerspiegeln sollte. Diese derzeit als Sperrzonen I gelisteten Gebiete in der Slowakei sollte in dem genannten Anhang nun stattdessen als Sperrzonen II gelistet werden; zudem müssen auch die derzeitigen Grenzen der Sperrzonen I und II neu festgelegt werden, um diesen Ausbrüchen Rechnung zu tragen.
- (15) Aufgrund der von Deutschland vorgelegten Informationen und Begründung und angesichts der Wirksamkeit der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in einer in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelisteten Sperrzone III, die in Deutschland gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und insbesondere gemäß deren Artikeln 22, 25 und 40 sowie in Übereinstimmung mit den Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß dem WOA-H-Kodex ergriffen werden, sollte die Zone in den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz in Deutschland, die derzeit in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzone III gelistet ist, in dem genannten Anhang nun als Sperrzone II gelistet werden, da in dieser Sperrzone III in den letzten drei Monaten keine Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen aufgetreten sind, während die Seuche bei Wildschweinen weiterhin auftritt.
- (16) Zudem sollten aufgrund der von Italien vorgelegten Informationen und Begründung und angesichts der Wirksamkeit der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen in bestimmten in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelisteten Sperrzonen I, die in Italien gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und insbesondere gemäß deren Artikeln 64, 65 und 67 sowie in Übereinstimmung mit den Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß dem WOA-H-Gesundheitskodex für Landtiere ergriffen werden, die Zonen in der Region Emilia Romagna in Italien, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 derzeit als Sperrzonen I gelistet sind, nun aus dem genannten Anhang gestrichen werden, da in diesen Sperrzonen I in den letzten zwölf Monaten keine Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen und Wildschweinen aufgetreten sind.
- (17) Außerdem sollte aufgrund der von Polen vorgelegten Informationen und Begründung und angesichts der Wirksamkeit der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest bei gehaltenen Schweinen in bestimmten in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelisteten Sperrzonen III, die in Polen gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und insbesondere gemäß deren Artikeln 22, 25 und 40 sowie in Übereinstimmung mit den Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß dem WOA-H-Gesundheitskodex für Landtiere ergriffen werden, die Zonen in den Woiwodschaften Lubelskie und Zachodniopomorskie in Polen, die derzeit in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 als Sperrzonen III gelistet sind, in dem genannten Anhang nun als Sperrzonen II gelistet werden, da in diesen Sperrzonen III in den letzten drei Monaten keine Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen aufgetreten sind, während die Seuche bei Wildschweinen weiterhin auftritt.

- (18) Des Weiteren sollten aufgrund der von Polen vorgelegten Informationen und Begründung und angesichts der Wirksamkeit der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen in den in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelisteten Sperrzonen II, die in Polen gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und insbesondere gemäß deren Artikeln 64, 65 und 67 sowie in Übereinstimmung mit den Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß dem WOA-H-Gesundheitskodex für Landtiere ergriffen werden, die Gebiete in den polnischen Woiwodschaften Małopolskie, Mazowieckie, Podkarpackie und Wielkopolskie, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 derzeit als Sperrzonen II gelistet sind, in dem genannten Anhang nun als Sperrzonen I gelistet werden, da in diesen Sperrzonen II in den letzten zwölf Monaten keine Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen und Wildschweinen aufgetreten sind und da diese Zonen immer noch an Sperrzonen II angrenzen.
- (19) Ferner sollten aufgrund der von Polen vorgelegten Informationen und Begründung und angesichts der Wirksamkeit der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen in bestimmten in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelisteten Sperrzonen I, die in Polen gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und insbesondere gemäß deren Artikeln 64, 65 und 67 sowie in Übereinstimmung mit den Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß dem WOA-H-Gesundheitskodex für Landtiere ergriffen werden, die Zonen in den Woiwodschaften Mazowieckie und Zachodniopomorskie in Polen, die in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 derzeit als Sperrzonen I gelistet sind, nun aus dem genannten Anhang gestrichen werden, da in diesen Sperrzonen I in den letzten zwölf Monaten keine Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen und Wildschweinen aufgetreten sind.
- (20) Deutschland hat die Kommission über die Lage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in seinem Hoheitsgebiet nach einem am 22. November 2024 bestätigten Ausbruch dieser Seuche bei einem Wildschwein in einer zuvor seuchenfreien Zone im Bundesland Brandenburg unterrichtet. Gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 hat Deutschland eine infizierte Zone eingerichtet, in der die allgemeinen Seuchenbekämpfungsmaßnahmen gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 durchgeführt wurden, um eine weitere Ausbreitung dieser Seuche zu verhindern.
- (21) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2976 der Kommission⁽⁷⁾ wurde erlassen, nachdem Deutschland Informationen über diesen Ausbruch bei einem Wildschwein im deutschen Bundesland Brandenburg vorgelegt hatte.
- (22) Ferner wurde die von der zuständigen Behörde Deutschlands im Bundesland Brandenburg eingerichtete infizierte Zone in Anhang II Teil A der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelistet, und der Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2976 wurde durch die Durchführungsverordnung 2024/3245 der Kommission⁽⁸⁾ aufgehoben. Die genannte infizierte Zone galt bis zum 21. Februar 2025.
- (23) Aufgrund der von Deutschland vorgelegten Informationen und Begründung und angesichts der Wirksamkeit der Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen in einer in Anhang II Teil A der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelisteten infizierten Zone, die in Deutschland gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und insbesondere gemäß deren Artikeln 64, 65 und 67 sowie in Übereinstimmung mit den Risikominderungsmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest gemäß dem WOA-H-Gesundheitskodex für Landtiere ergriffen werden, sollten die Zonen im Bundesland Brandenburg in Deutschland, die in Anhang II Teil A der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 derzeit als infizierte Zone gelistet sind, nun aus dem genannten Anhang gestrichen werden, da in diesen infizierten Zonen in den letzten drei Monaten keine Ausbrüche der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen und Wildschweinen aufgetreten sind.

(7) Durchführungsbeschluss (EU) 2024/2976 der Kommission vom 27. November 2024 betreffend bestimmte vorläufige Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Deutschland (ABl. L, 2024/2976, 28.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec_impl/2024/2976/oj).

(8) Durchführungsverordnung (EU) 2024/3245 der Kommission vom 19. Dezember 2024 zur Änderung der Anhänge I und II der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 mit besonderen Maßnahmen zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest und zur Aufhebung des Durchführungsbeschlusses (EU) 2024/2976 betreffend bestimmte vorläufige Sofortmaßnahmen in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in Deutschland (ABl. L, 2024/3245, 31.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg_impl/2024/3245/oj).

- (24) Um den jüngsten Entwicklungen der Seuchenlage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union Rechnung zu tragen und die mit der Ausbreitung dieser Seuche verbundenen Risiken proaktiv anzugehen, sollten daher in Deutschland, Lettland, Italien, Polen und der Slowakei neue, ausreichend große Sperrzonen abgegrenzt und als Sperrzonen I und II in Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 aufgenommen und bestimmte Sperrzonen I sollten für Italien und Polen aus dem genannten Anhang gestrichen werden.
- (25) Außerdem sollte die in Anhang II Teil A der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 gelistete infizierte Zone im deutschen Bundesland Brandenburg nun aus dem genannten Anhang gestrichen werden.
- (26) Da sich die Lage in Bezug auf die Afrikanische Schweinepest in der Union laufend ändert, wurde bei der Abgrenzung dieser neuen Sperrzonen der Seuchenlage in den umliegenden Gebieten Rechnung getragen.
- (27) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest ist es wichtig, dass die mit der vorliegenden Verordnung an Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 vorzunehmenden Änderungen so bald wie möglich wirksam werden.
- (28) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594

Die Anhänge I und II der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 erhalten die Fassung des Anhangs der vorliegenden Verordnung.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 28. Februar 2025

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) 2023/594 erhält folgende Fassung:

„ANHANG I

SPERRZONEN I, II UND III

TEIL I

1. Deutschland

Die folgenden Sperrzonen I in Deutschland:

Bundesland Brandenburg:

— Landkreis Märkisch-Oderland:

- Gemeinde Bleyen-Genschmar mit der Gemarkung Bleyen und mit Teilen der Gemarkung Genschmar,
- Gemeinde Küstriner Vorland mit der Gemarkung Neu Manschnow und mit Teilen der Gemarkungen Gorgast, Manschnow und Küstrin-Kietz,
- Gemeinde Alt Tucheband mit Teilen der Gemarkung Rathstock,
- Gemeinde Reitwein mit Teilen der Gemarkung Reitwein,
- Gemeinde Podelzig mit Teilen der Gemarkung Podelzig,
- Gemeinde Lebus mit Teilen der Gemarkungen Lebus und Wüste Kunersdorf,
- Stadt Bad Freienwalde mit den Gemarkungen Altglietzen, Hohenwutzen, Hohensaaten und mit Teilen der Gemarkungen Bralitz, Schiffmühle und Neuenhagen,
- Gemeinde Oderaue mit den Gemarkungen Neuküstrinchen, Neurüdnitz, Zäckericker Loose und mit Teilen der Gemarkungen Neuranft, Neuwustrow, Altwustrow, Neureetz und Altreeetz,
- Gemeinde Neulewin mit der Gemarkung Güstebieser Loose und mit Teilen der Gemarkungen Neulietzegöricke, Karlshof, Kerstenbruch und Neulewin,
- Gemeinde Letschin mit den Gemarkungen Zelliner Loose, Mehrin Graben, Ortwig Graben und mit Teilen der Gemarkungen Ortwig, Groß Neuendorf, Kienitz, Sophienthal und Neubarnim,
- Gemeinde Zechin mit Teilen der Gemarkung Zechin,

— Landkreis Barnim:

- Gemeinde Lunow-Stolzenhagen,
- Gemeinde Parsteinsee,
- Gemeinde Oderberg,
- Gemeinde Liepe,
- Gemeinde Hohenfinow (nördlich der B167),
- Gemeinde Niederfinow,
- Gemeinde (Stadt) Eberswalde mit den Gemarkungen Eberswalde nördlich der B167 und östlich der L200, Sommerfelde und Tornow nördlich der B167,
- Gemeinde Chorin mit den Gemarkungen Brodowin, Chorin östlich der L200, Serwest, Neuehütte, Buchholz, Sandkrug östlich der L200,

- Gemeinde Ziethen,
- Landkreis Uckermark:
 - Stadt Schwedt/Oder mit den Gemarkungen Briest, Passow, Schönow, Grünow, Schönermark, Landin nördlich der B2,
 - Gemeinde Angermünde mit den Gemarkungen Frauenhagen, Mürow, Angermünde nördlich und nordwestlich der B2, Dobberzin nördlich der B2, Kerkow, Welsow, Bruchhagen, Greiffenberg, Günterberg, Biesenbrow, Görlsdorf, Wolletz und Altkünkendorf,
 - Gemeinde Zichow,
 - Gemeinde Casekow mit den Gemarkungen Blumberg, Wartin, Luckow-Petershagen und den Gemarkungen Biesendahlshof und Casekow westlich der L272 und nördlich der L27,
 - Gemeinde Hohenselchow-Groß Pinnow mit der Gemarkung Hohenselchow nördlich der L27,
 - Gemeinde Tantow,
 - Gemeinde Mescherin mit der Gemarkung Radekow, der Gemarkung Rosow südlich der K 7311 und der Gemarkung Neurochlitz westlich der B2,
 - Gemeinde Gartz (Oder) mit der Gemarkung Geesow westlich der B2 sowie den Gemarkungen Gartz und Hohenreinkendorf nördlich der L27 und der B2 bis zur Kastanienallee, dort links abbiegend dem Schülerweg folgend bis Höhe Bahnhof, von hier in östlicher Richtung den Salveybach kreuzend bis zum Tantower Weg, diesen in nördlicher Richtung bis zu Stettiner Straße, diese weiter folgend bis zur B2, dieser in nördlicher Richtung folgend,
 - Gemeinde Pinnow nördlich und westlich der B2,
- Landkreis Oder-Spree:
 - Gemeinde Brieskow-Finkenheerd mit Teilen der Gemarkung Brieskow-Finkenheerd,
 - Stadt Eisenhüttenstadt mit Teilen der Gemarkung Eisenhüttenstadt,
 - Gemeinde Lawitz mit Teilen der Gemarkung Lawitz,
 - Gemeinde Neißemünde mit den Gemarkungen Breslack, Coschen, Ratzdorf und Teilen der Gemarkung Wellmitz,
 - Gemeinde Neuzelle mit der Gemarkung Steinsdorf und Teilen der Gemarkung Neuzelle,
 - Gemeinde Vogelsang mit Teilen der Gemarkung Vogelsang,
 - Gemeinde Wiesenau mit Teilen der Gemarkung Wiesenau,
 - Gemeinde Ziltendorf mit Teilen der Gemarkung Ziltendorf,
- Teile der kreisfreien Stadt Frankfurt/Oder,
- Teile der kreisfreien Stadt Cottbus,
- Landkreis Spree-Neiße:
 - Gemeinde Tauer,
 - Gemeinde Peitz,
 - Gemeinde Teichland,

- Gemeinde Heinersbrück,
- Gemeinde Turnow-Preilack mit der Gemarkung Preilack,
- Gemeinde Drachhausen mit Teilen der Gemarkung Drachhausen,
- Gemeinde Drehnow mit Teilen der Gemarkung Drehnow,
- Gemeinde Guhrow mit Teilen der Gemarkung Guhrow,
- Gemeinde Werben mit Teilen der Gemarkung Werben,
- Gemeinde Dissen-Striesow mit Teilen der Gemarkungen Dissen und Striesow,
- Gemeinde Briesen mit Teilen der Gemarkung Briesen,
- Gemeinde Kolkwitz mit den Gemarkungen Limberg und Gulben und mit Teilen der Gemarkungen Krieschow, Glinzig, Kolkwitz, Hänchen, Eichow, Milkersdorf, Papitz und Klein Gaglow,
- Gemeinde Schenkendöbern mit den Gemarkungen Reicherskreuz, Staakow, Pinnow, Lübbinchen, Bärenklau, Krayne, Groß Drewitz, Sembten, Lauschütz, Grabko und mit Teilen der Gemarkungen Grano, Schenkendöbern, Atterwasch, Kerkwitz und Groß Gastrose,
- Gemeinde Guben mit Teilen der Gemarkung Guben,
- Gemeinde Jänschwalde mit den Gemarkungen Drewitz und Jänschwalde und mit Teilen der Gemarkung Griefen,
- Stadt Forst mit Teilen der Gemarkungen Horno, Briesnig, Weißagk und Bohrau,
- Gemeinde Wiesengrund mit Teilen der Gemarkung Gosda und Jethe,
- Gemeinde Neuhausen/Spree mit den Gemarkungen Haasow und Kathlow und mit Teilen der Gemarkungen Roggosen und Sergen,
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz:
 - Gemeinde Lauchhammer,
 - Gemeinde Schwarzheide westlich der BAB 13,
 - Gemeinde Schipkau mit den Gemarkungen Annahütte, Drochow und den Gemarkungen Klettwitz und Schipkau westlich der BAB 13,
 - Gemeinde Großräschen mit den Gemarkungen Wormlage, Saalhausen, Barzig, Freienhufen, Großräschen,
 - Gemeinde Vetschau/Spreewald mit den Gemarkungen Koßwig, Repten, Tornitz, Missen Laasow, Wüstehain und Orgosen mit Teilen der Gemarkungen Vetschau, Göritz und Raddusch,
 - Gemeinde Calau mit den Gemarkungen: Kalkwitz, Mlode, Saßleben, Reuden, Bolschwitz, Säritz, Calau, Kemmen, Werchow und Gollnitz,
 - Gemeinde Luckaitztal,
 - Gemeinde Bronkow,
 - Gemeinde Altdöbern,
 - Gemeinde Tettau,
 - Gemeinde Frauendorf,
 - Gemeinde Ruhland,
 - Gemeinde Hermsdorf,

- Gemeinde Kroppen,
- Gemeinde Ortrand,
- Gemeinde Großmehlen,
- Gemeinde Lindenau,
- Landkreis Elbe-Elster:
 - Gemeinde Sallgast mit den Gemarkungen Dollenchen, Zürchel und Sallgast,
 - Gemeinde Lichterfeld-Schacksdorf mit der Gemarkung Bergheide,
 - Gemeinde Finsterwalde mit der Gemarkung Finsterwalde östlich der L60,
 - Gemeinde Großthiemig,
 - Gemeinde Hirschfeld,
 - Gemeinde Gröden,
 - Gemeinde Schraden,
 - Gemeinde Merzdorf,
 - Gemeinde Röderland mit der Gemarkung Wainsdorf, Präsen, Stolzenhain a.d. Röder,
 - Gemeinde Plessa mit der Gemarkung Plessa,

Bundesland Sachsen:

- Landkreis Bautzen:
 - Gemeinde Arnsdorf,
 - Gemeinde Burkau, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Cunewalde,
 - Gemeinde Demitz-Thumitz,
 - Gemeinde Doberschau-Gaußig,
 - Gemeinde Frankenthal,
 - Gemeinde Göda, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Großharthau,
 - Gemeinde Großnaundorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Großpostwitz/O.L.,
 - Gemeinde Hochkirch,
 - Gemeinde Kubschütz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Laußnitz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Lichtenberg, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Malschwitz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Neukirch, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Neukirch/Lausitz,

- Gemeinde Obergurig,
- Gemeinde Ohorn, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Ottendorf-Okrilla,
- Gemeinde Rammenau, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Schmölln-Putzkau,
- Gemeinde Schwepnitz, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Sohland a. d. Spree,
- Gemeinde Stadt Bautzen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Stadt Bischofswerda,
- Gemeinde Stadt Großröhrsdorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Stadt Königsbrück, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Stadt Radeberg,
- Gemeinde Stadt Schirgiswalde-Kirschau,
- Gemeinde Stadt Weißenberg, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Stadt Wilthen,
- Gemeinde Steinigtwolmsdorf,
- Gemeinde Wachau, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Kreisfreie Stadt Dresden:
 - Stadtgebiet östlich der BAB13 und der BAB4 in südliche Richtung bis zur Abfahrt AS Dresden-Hellerau, dann östlich der B170 in südliche Richtung bis zur B6, dann nördlich der B6 in Richtung Osten,
- Landkreis Görlitz:
 - Gemeinde Beiersdorf,
 - Gemeinde Bertsdorf-Hörnitz,
 - Gemeinde Dürrehennersdorf,
 - Gemeinde Großschönau,
 - Gemeinde Großschweidnitz,
 - Gemeinde Hainewalde,
 - Gemeinde Kottmar,
 - Gemeinde Kurort Jonsdorf,
 - Gemeinde Lawalde,
 - Gemeinde Leutersdorf,
 - Gemeinde Markersdorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Mittelherwigsdorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Oderwitz,
 - Gemeinde Olbersdorf, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,

- Gemeinde Oppach,
- Gemeinde Oybin, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Rosenbach,
- Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Schönbach,
- Gemeinde Stadt Bernstadt a. d. Eigen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Stadt Ebersbach-Neugersdorf,
- Gemeinde Stadt Herrnhut,
- Gemeinde Stadt Löbau,
- Gemeinde Stadt Neusalza-Spremberg,
- Gemeinde Stadt Reichenbach/O.L., sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Stadt Seifhennersdorf,
- Gemeinde Stadt Zittau, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Vierkirchen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Landkreis Meißen:
 - Gemeinde Ebersbach östlich der BAB13,
 - Gemeinde Lampertswalde,
 - Gemeinde Schönfeld,
 - Gemeinde Stadt Radeburg östlich der BAB13,
 - Gemeinde Thiendorf außer Ortsteil Tauscha,
 - Gemeinde Thiendorf, Ortsteil Tauscha östlich der BAB13,

Bundesland Mecklenburg-Vorpommern:

- Landkreis Vorpommern Greifswald:
 - Gemeinde Penkun,
 - Gemeinde Nadrensee,
 - Gemeinde Krackow,
 - Gemeinde Glasow,
 - Gemeinde Grambow,
 - Gemeinde Ramin mit der Gemarkung Bismark östlich der B113 bis Ortslage Linken, nordwestlich der Ortslage Linken nördlich der B104 (Flur 6) und nördlich Flur 6 in 500m Abstand zur deutsch-polnischen Grenze auf Flur 102 sowie 103 bis Gemeindegrenze Ramin-Blankensee,

- Gemeinde Blankensee mit der Gemarkung Blankensee nördlich der Gemeindegrenze Ramin-Blankensee in 1000 m Abstand zur deutsch-polnischen Grenze über die Fluren 5, 6 und 3 bis einschließlich Ortslage Blankensee sowie nördlich der Ortslage Blankensee zwischen der deutsch-polnischen Grenze bis 10 m westlich der Kreisstraße K81 bis Gemarkungsgrenze Blankensee-Pampow und der Gemarkung Pampow nördlich der Gemarkungsgrenze Blankensee-Pampow von der deutsch-polnischen Grenze bis 10 m westlich der Kreisstraße K81 bis einschließlich Ortslage Pampow sowie nordwestlich der Ortslage Pampow nördlich der Kreisstraße K80 mit den Fluren 8, 9, 101, 102, 103, 104, 106 sowie 7 (Ost),
- Gemeinde Hintersee mit der Gemarkung Hintersee mit den Fluren 1, 4 und 10,
- Gemeinde Luckow mit der Gemarkung Luckow mit den Fluren 2 und 6, mit der Gemarkung Rieth mit den Fluren 1, 2 und 3 sowie mit der Gemarkung Riether Werder mit der Flur 1,
- Gemeinde Altwarp-Fischerdorf mit der Gemarkung Altwarp mit den Fluren 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10,
- Gemeinde Vogelsang-Warsin mit der Gemarkung Vogelsang mit den Fluren 1, 2, 3 und 5,

Bundesland Hessen:

- Landkreis Rheingau-Taunus-Kreis:
 - Teile der Gemeinde Taunusstein,
 - Gemeinde Niedernhausen,
 - Teile der Gemeinde Schlangenbad,
 - Teile der Gemeinde Bad Schwalbach,
 - Teile der Gemeinde Hohenstein,
 - Teile der Gemeinde Idstein,
 - Teile der Gemeinde Heidenrod,
 - Teile der Gemeinde Oestrich-Winkel,
 - Teile der Gemeinde Geisenheim,
 - Gemeinde Rüdesheim,
 - Teile der Gemeinde Lorch,
- Landkreis Hoch-Taunus-Kreis:
 - Stadt Königstein im Taunus,
 - Stadt Kronberg im Taunus,
 - Stadt Steinbach (Taunus),
 - Teile der Gemeinde Glashütten,
 - Teile der Stadt Oberursel im Taunus,
- Landkreis Main-Taunus-Kreis:
 - Stadt Eppstein,
 - Stadt Kelkheim (Taunus),
 - Stadt Bad Soden am Taunus,
 - Gemeinde Liederbach am Taunus,

- Gemeinde Sulzbach (Taunus),
- Stadt Schwalbach am Taunus,
- Stadt Eschborn,
- Teile der Stadt Hofheim am Taunus,
- Stadt Offenbach am Main:
 - Teile des Stadtteils Rosenhöhe,
 - Teile des Stadtteils Tempelsee,
 - Teile des Stadtteils Buchrain,
- Landkreis Offenbach:
 - Teile der Stadt Dreieich,
 - Stadt Dietzenbach,
 - Teile der Stadt Neu-Isenburg,
 - Teile der Stadt Rödermark,
 - Stadt Heusenstamm,
 - Teile der Stadt Obertshausen,
 - Teile der Stadt Rodgau,
 - Teile der Gemeinde Hainburg,
 - Teile der Stadt Seligenstadt,
 - Teile der Gemeinde Mainhausen,
- Landkreis Odenwaldkreis:
 - Stadt Breuberg,
 - Gemeinde Höchst i. Odw.,
 - Teile der Gemeinde Lützelbach,
 - Teile der Stadt Bad König,
 - Gemeinde Brombachtal,
 - Teile der Gemeinde Brensbach,
 - Teile der Gemeinde Fränkisch-Crumbach,
 - Teile der Gemeinde Reichelsheim (Odenwald),
 - Gemeinde Mossautal,
 - Teile der Stadt Erbach,
 - Teile der Stadt Michelstadt,
 - Teile der Stadt Oberzent,
- Landkreis Darmstadt-Dieburg:
 - Teile der Gemeinde Eppertshausen,
 - Teile der Stadt Babenhausen,

- Teile der Gemeinde Münster (Hessen),
- Gemeinde Schaafheim,
- Teile der Stadt Groß-Umstadt,
- Teile der Gemeinde Otzberg,
- Landkreis Bergstraße:
 - Teile der Stadt Lindenfels,
 - Teile der Gemeinde Fürth,
 - Teile der Gemeinde Grasellenbach,
 - Teile der Gemeinde Wald-Michelbach,
 - Stadt Hirschhorn (Neckar),
 - Gemeinde Michelbuch,
 - Stadt Neckarsteinach,
- Stadt Wiesbaden:
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Rambach,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Heßloch,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Naurod,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Dotzheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Nordost,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Bierstadt,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Sonnenberg,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Kloppenheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Auringen,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Medenbach,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Klarenthal,
- Stadt Frankfurt am Main:
 - Stadtteil Niederrad,
 - Bezirk 32,
 - Bezirk 33,
 - Stadtteil Oberrad,
 - Stadtteil Nied,
 - Stadtteil Griesheim,
 - Bezirk 16,
 - Bezirk 15,
 - Bezirk 9,
 - Bezirk 10,

- Bezirk 17,
- Bezirk 18,
- Bezirk 11,
- Bezirk 1,
- Bezirk 12,
- Bezirk 13,
- Bezirk 14,
- Bezirk 19,
- Bezirk 20,
- Bezirk 21,
- Bezirk 22,
- Bezirk 23,
- Bezirk 24,
- Bezirk 25,
- Bezirk 26,
- Stadtteil Sossenheim,
- Stadtteil Nied,
- Stadtteil Rödelheim,
- Stadtteil Bockenheim,
- Stadtteil Praunheim,
- Stadtteil Hausen,
- Stadtteil Eschersheim,
- Stadtteil Eckenheim,
- Stadtteil Heddernheim,
- Stadtteil Niederursel F.,
- Stadtteil Niederursel H.,
- Teile des Stadtteils Wald,
- Teile des Stadtteils Schwanheim,
- Teile des Stadtteils Höchst,
- Teile des Stadtteils Unterliedbach,

Bundesland Rheinland-Pfalz:

- Landkreis Mainz-Bingen:
 - Stadt Bingen, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
 - Gemeinde Münster-Sarmsheim,
 - Gemeinde Niederheimbach,

- Gemeinde Trechtingshausen,
- Gemeinde Waldalgesheim,
- Gemeinde Weiler bei Bingen,
- Gemeinde Appenheim,
- Gemeinde Essenheim,
- Gemeinde Stackeden-Elsheim,
- Gemeinde Bubenheim,
- Gemeinde Nieder-Hilbersheim,
- Gemeinde Ober-Hilbersheim,
- Gemeinde Ockenheim,
- Gemeinde Engelstadt,
- Gemeinde Jugenheim in Rheinhessen,
- Gemeinde Aspishem,
- Gemeinde Gensingen,
- Gemeinde Grolsheim,
- Gemeinde Horrweiler,
- Gemeinde Sankt Johann,
- Gemeinde Sprendlingen,
- Gemeinde Welgesheim,
- Gemeinde Wolfsheim,
- Gemeinde Zotzenheim,
- Gemeinde Nieder-Olm, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Ober-Olm, sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Landkreis Alzey-Worms:
 - Gemeinde Partenheim,
 - Gemeinde Saulheim,
 - Gemeinde Udenheim,
 - Gemeinde Vendersheim,
 - Gemeinde Gau-Weinheim,
 - Gemeinde Wallertheim,
 - Gemeinde Sulzheim,
 - Gemeinde Wörrstadt,
 - Gemeinde Schornsheim,
 - Gemeinde Gau-Bickelheim,
 - Gemeinde Armsheim,

- Gemeinde Ensheim,
- Gemeinde Spiesheim,
- Gemeinde Gabsheim,
- Gemeinde Gumbsheim,
- Gemeinde Wöllstein,
- Gemeinde Siefersheim,
- Gemeinde Eckelsheim,
- Gemeinde Flonheim,
- Gemeinde Biebelnheim,
- Gemeinde Bornheim,
- Gemeinde Lonsheim,
- Gemeinde Bermersheim v.d. Höhe,
- Gemeinde Albig,
- Stadt Alzey,
- Gemeinde Gau-Heppenheim,
- Gemeinde Mauchenheim,
- Gemeinde Freimersheim,
- Gemeinde Wahlheim,
- Gemeinde Kettenheim,
- Gemeinde Esselborn,
- Gemeinde Dintesheim,
- Gemeinde Eppelsheim,
- Gemeinde Hangen-Weisheim,
- Gemeinde Hochborn,
- Gemeinde Flomborn,
- Gemeinde Ober-Flörsheim,
- Gemeinde Gundersheim,
- Gemeinde Bermersheim,
- Gemeinde Mölsheim,
- Gemeinde Flörsheim-Dalsheim,
- Gemeinde Gundheim,
- Gemeinde Mörsstadt,
- Gemeinde Wachenheim,
- Gemeinde Monsheim,
- Gemeinde Hohen-Sülzen,

- Gemeinde Offstein,
- Landkreis Bad Dürkheim:
 - Stadt Bad Dürkheim östlich der S-Bahnlinie bis zur B 37, nördlich der B 37 und A 650,
 - Stadt Grünstadt mit den Gemarkungen RLP. 853 und Gemarkung 1420 Asselheim,
 - Gemeinde Dackenheim mit Gemarkung RLP. 2118,
 - Gemeinde Ebertsheim,
 - Gemeinde Freinsheim mit Gemarkung RLP. 1655,
 - Gemeinde Herxheim am Berg,
 - Gemeinde Kirchheim mit Gemarkung RLP. 191,
 - Gemeinde Neuleiningen nördlich der L 453/Tiefenthaler Straße/Schlossberg/Sausenheimer Straße, nördlich der Mittelgasse und östlich der Verbindung zwischen Mittelgasse und Talstraße,
 - Gemeinde Quirnheim,
 - Gemeinde Weisenheim am Sand mit Gemarkung RLP. 806,
 - Gemeinde Bockenheim,
 - Gemeinde Dirmstein,
 - Gemeinde Obrigheim,
 - Gemeinde Kindenheim,
 - Gemeinde Bissersheim,
 - Gemeinde Ellerstadt in Teilen,
 - Gemeinde Erpolzheim mit Gemarkung RLP. 1454,
 - Gemeinde Gönnheim,
 - Gemeinde Gerolsheim,
 - Gemeinde Großkarlbach,
 - Gemeinde Laumersheim,
 - Gemeinde Obersülzen,
 - Gemeinde Mertesheim,
 - Gemeinde Sausenheim,
 - Gemeinde Kleinkarlbach,
- Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis:
 - Gemeinde Heuchelheim bei Frankenthal,
 - Gemeinde Heßheim,
 - Gemeinde Lambsheim,
 - Gemeinde Maxdorf,
 - Gemeinde Birkenheide,

- Gemeinde Fußgönnheim,
- Gemeinde Mutterstadt,
- Gemeinde Limburgerhof,
- Gemeinde Neuhofen,
- Gemeinde Altrip,
- Stadt Frankenthal (Pfalz), sofern nicht bereits Teil der Sperrzone II,
- Gemeinde Otterstadt,
- Gemeinde Schifferstadt: Gebiet im Westen an Grenze nach Böhl-Iggelheim das Gebiet nördlich der L454 bis zum Kurzgraben und dann dem Scheidegraben nach Süden folgend bis zur A 61 nach Süden folgend bis zum Staudamm Rehbach/ Neugraben. Dann dem Neugraben nach Südosten folgend der bebauten Grenze von Schifferstadt entlang bis zur Waldseer Straße im Osten folgend. Entlang der Waldseer Straße nach Osten bis zur südlichen Grenze des Kiesabgrabungsgebietes (Flurbezeichnung Heuplatte) folgend bis zum Ranschgraben. Dem Ranschgraben nach Nordosten folgend bis zur Gemeindegrenze Neuhofen,
- Gemeinde Waldsee,
- Stadt Ludwigshafen am Rhein, sofern nicht Teil der Sperrzone II,
- Stadt Speyer, gesamtes Gebiet nördlich der AB61, sowie das Teichgebiet südlich der AB61, westlich begrenzt durch Spitzenreierhofgraben und Franzosengraben, einschließlich Steinhäuserwühlsee, Wammsee und Kläranlage der Stadt Speyer,
- Landkreis Donnersbergkreis:
 - Gemeinde Ilbesheim,
 - Gemeinde Stetten,
 - Gemeinde Albisheim,
 - Gemeinde Einselthum,
 - Gemeinde Zellertal mit den Ortsteilen Zell, Harxheim und Niefernheim,
 - Gemeinde Bubenheim,
 - Gemeinde Immesheim,
 - Gemeinde Morschheim,
 - Gemeinde Rittersheim,
 - Gemeinde Gauersheim,
 - Gemeinde Ottersheim,
 - Gemeinde Rüßingen,
 - Gemeinde Biedesheim,
 - Gemeinde Lautersheim,
- Bundesland Baden-Württemberg:
 - Stadt Heidelberg:
 - Gesamtes Stadtgebiet,

- Landkreis Rhein-Neckar-Kreis:
 - Gemeinde Brühl,
 - Stadt Schwetzingen,
 - Gemeinde Plankstadt,
 - Stadt Eppelheim,
 - Gemeinde Ketsch,
 - Gemeinde Oftersheim,
 - Stadt Hockenheim,
 - Stadt Leimen (Stadt),
 - Stadt Leimen (St. Ilgen),
 - Gemeinde Sandhausen,
 - Gemeinde Gaiberg,
 - Gemeinde Bammental,
 - Stadt Neckargemünd,
 - Gemeinde Wiesenbach,
 - Gemeinde Schönaue,
 - Gemeinde Heddesbach,
 - Gemeinde Schönbrunn (Schönbrunn),
 - Gemeinde Schönbrunn (Moosbrunn),
 - Stadt Eberbach (Pleutersbach),
 - Stadt Eberbach (Brombach),
 - Stadt Eberbach (Gebiet westlich der B45).

2. **Estland**

Die folgenden Sperrzonen I in Estland:

- Hiiu maakond.

3. **Lettland**

Die folgenden Sperrzonen I in Lettland:

- Dienvidkurzemes novads, Nīcas pagasta daļa uz ziemeļiem no apdzīvotas vietas Bernāti, autoceļš V1232, A11, V1222, Bārtas upes, Otaņķu pagasts,
- Ropažu novads Stopiņu pagasta daļa, kas atrodas uz rietumiem no autoceļš V36, P4 un P5, Acones ielas, Dauguļupes ielas un Dauguļupītes.

4. Ungarn

Die folgenden Sperrzonen I in Ungarn:

- Békés vármegye 950150, 950250, 950350, 950450, 950550, 950650, 950660, 950750, 950850, 950860, 951050, 951150, 951250, 951260, 951350, 951450, 951460, 951550, 951650, 951750, 952150, 952250, 952350, 952450, 952550, 952650, 953250, 953260, 953270, 953350, 953450, 953550, 953560, 953950, 954050, 954060, 954150, 954950, 955050, 955550, 955650, 955750, 955760, 955950, 956050, 956060, 956150, 956160, 956250, 956350, 956450, 956550, 956650 és 956750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Bács-Kiskun vármegye 600150, 600850 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Budapest 1 kódszámú, vadgazdálkodási tevékenységre nem alkalmas területe,
- Fejér vármegye 400150, 400250, 400351, 400352, 400450, 400550, 401150, 401250, 401350, 402050, 402350, 402360, 402850, 402950, 403050, 403450, 403550, 403650, 403750, 403950, 403960, 403970, 404650, 404750, 404850, 404950, 404960, 405050, 405750, 405850, 405950,
- 406050, 406150, 406550, 406650 és 406750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Győr-Moson-Sopron vármegye 100550, 100650, 100950, 101050, 101350, 101450, 101550, 101560 és 102150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Jász-Nagykun-Szolnok vármegye 750150, 750160, 750260, 750350, 750450, 750460, 750850, 750970, 750980, 751050, 751150, 751160, 751250, 751260, 751350, 751360, 751450, 751460, 751470, 751550, 751650, 751750, 751850, 751950, 752250, 752350, 752650, 752750, 752850, 752950, 753070, 753060, 753150, 753250, 753310, 753450, 753550, 753650, 753660, 753750, 753850, 753950, 753960, 754050, 754150, 754250, 754360, 754370, 754850, 755550, 755650 és 755750 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Komárom-Esztergom vármegye 250150, 250250, 250450, 250460, 250550, 250650, 250750, 251050, 251150, 251250, 251350, 251360, 251650, 251750, 251850, 252250, kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Pest vármegye 571550, 572150, 572250, 572350, 572550, 572650, 572750, 572850, 572950, 573150, 573250, 573260, 573350, 573360, 573450, 573850, 573950, 573960, 574050, 574150, 574350, 574360, 574550, 574650, 574750, 574850, 574860, 574950, 575050, 575150, 575250, 575350, 575550, 575650, 575750, 575850, 575950, 576050, 576150, 576250, 576350, 576450, 576650, 576750, 576950, 577050, 577150, 577250, 577350, 577450, 577650, 578050, 578150, 578250, 578350, 578360, 578450, 578550, 579050, 580250 és 580450 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe.

5. Polen

Die folgenden Sperrzonen I in Polen:

w województwie kujawsko - pomorskim:

- gmina Bartniczka, Brzozie, Górzno, Świdziebna, część gminy Osiek położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dzierżno – Kretki Małe – Osiek – Łapinówek w powiecie brodnickim,
- gminy Brzuze, Rypin, z miastem Rypin, część gminy Wąpielsk położona na południe od drogi łączącej miejscowości Osiek – Łapinówek – Radziki Małe – Radziki Duże – Szczawniki – Pólka Duże – Pusta Dąbrówka w powiecie rypińskim,
- gmina Radzyń Chełmiński w powiecie grudziądzkim,
- gminy Dębowa Łąka, Książki, Płużnica w powiecie wąbrzeskim,

- gmina Radomin, część gminy wiejskiej Golub - Dobrzyń położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pólka Duże – Pusta Dąbrówka – Cieszyny- Wrocki – Łobdowo oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 534 biegnącą od północnej granicy gminy do granicy miasta Golub Dobrzyń w powiecie golubsko – dobrzyńskim,
- gminy Jeżewo, Drzycim, Osie, część gminy Pruszcz niewymieniona w części II załącznika I, część gminy Bukowiec niewymieniona w części II załącznika I w powiecie świeckim,
- część gminy Lisewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie chełmińskim,
- część gminy Łubianka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 551 łączącą miejscowości Nawra – Grzybno, część gminy Zławieś Wielka położona na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Bierzgłowską w miejscowości Czarne Błoto biegnącą do granicy miejscowości Górsk, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez północno – zachodnią granicę miasta Górsk biegnącą od przecięcia z linią wyznaczoną przez ul. Bierzgłowską w m. Czarne Błoto do linii wyznaczonej przez rzekę Wisła, część gminy wiejskiej Chełmża położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dubielno – Chełmża biegnącą do granicy miasta Chełmża oraz na południe od linii wyznaczonej linię kolejową łączącą miejscowości Chełmża - Unisław biegnącą od zachodniej granicy miasta Chełmża do przecięcia z linią wyznaczoną przez rzekę Fryba, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Fryba biegnącą od przecięcia z linią kolejową do południowej granicy gminy, miasto Chełmża w powiecie toruńskim,
- gmina Osielsko, część powiatu miejskiego Bydgoszcz położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Pruszcz– Bydgoszcz – Chełmża, część gminy Dąbrowa Chełmińska niewymieniona w części II załącznika I, część gminy Dobrcz niewymieniona w części II załącznika I w powiecie bydgoskim,
- gminy Janowiec Wielkopolski i Rogowo w powiecie żnińskim,

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gmina Rozogi w powiecie szczycieńskim,
- gminy Lidzbark i Iłowo – Osada w powiecie działdowskim,
- gmina Grodziczno, część gminy Kurzętnik położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowe Miasto Lubawskie – Marzęcice – Małe Bałówki – Tereszewo – Szafarnia – Strzemiuszczek w powiecie nowomiejskim,

w województwie podlaskim:

- część powiatu wysokomazowieckiego niewymieniona w części II załącznika I,
- część powiatu łomżyńskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- część powiatu kolneńskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- część powiatu zambrowskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- powiat miejski Łomża,
- gminy Grodzisk, Perlejewo w powiecie siemiatyckim,
- gminy Brańsk, miasto Brańsk, Rudka w powiecie bielskim,

w województwie mazowieckim:

- powiat ostrołęcki,
- powiat miejski Ostrołęka,
- gminy Gołymin-Ośrodek, Grudusk, Opinogóra Górna, Regimin w powiecie ciechanowskim,

- powiat pułtowski,
 - powiat nowodworski,
 - część powiatu żyrardowskiego niewymieniona w części II załącznika I,
 - gminy Grodzisk Mazowiecki, Jaktorów, Żabia Wola, miasto Milanówek, miasto Podkowa Leśna w powiecie grodziskim,
 - gminy Kuczbork-Osada, Lubowidz w powiecie żuromińskim,
 - powiat ostrowski,
 - gminy Dzierzgowo, Lipowiec Kościelny, miasto Mława, Stupsk, Szydłowo, Wiśniewo, Wieczfnia Kościelna w powiecie mławskim,
 - gmina Nowe Miasto nad Pilicą w powiecie grójeckim,
 - część powiatu przysuskiego nie wymieniona w części II załącznika I,
 - powiat przasnyski,
 - powiat makowski,
 - powiat wyszkowski,
 - powiat węgrowski,
 - część powiatu wołomińskiego niewymieniona w części II załącznika I,
 - część powiatu siedleckiego niewymieniona w części II załącznika I,
 - powiat miejski Siedlce,
 - część powiatu mińskiego niewymieniona w części II załącznika I,
 - gminy Bielany, Ceranów, Jabłonna Lacka, Kosów Lacki, Repki, Sabnie, Stedryń, gmina wiejska Sokołów Podlaski w powiecie sokołowskim,
 - gmina Ciepiałów w powiecie lipskim,
 - gminy Tczów, Zwoleń w powiecie zwoleniskim,
 - gminy Borowie, Górzno, Miastków Kościelny, Żelechów, miasto Garwolin, część gminy wiejskiej Garwolin położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy wiejskiej Łaskarzew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część miasta Łaskarzew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Sobolew położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Trojanów położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie garwolińskim,
 - powiat warszawski zachodni,
 - powiat pruszkowski,
- w województwie podkarpackim:
- powiat jasielski,
 - gminy, Leżajsk, miasto Leżajsk, część gminy Nowa Sarzyna położona na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie leżajskim,
 - gminy Jarocin, Jeżowe, Nisko, część gminy Ulanów położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie nizańskim,
 - gminy Bojanów, Stalowa Wola w powiecie stalowowolskim,
 - gmina Ostrów, część gminy Sędziszów Małopolski położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr A4 w powiecie ropczycko – sędziszowskim,

- gminy Chłopice, Pawłosiów, Jarosław z miastem Jarosław w powiecie jarosławskim,
- gminy Fredropol, Krasieczyn, Krzywca, Przemyśl, Medyka, Żurawica, część gminy Orły położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 77, w powiecie przemyskim,
- powiat miejski Przemyśl,
- gminy Adamówka, Sieniawa, Tryńcza, Przeworsk z miastem Przeworsk, część gminy Zarzecze położona na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Mlecza w powiecie przeworskim,
- gminy Cmolas, Dzikowiec, Kolbuszowa, Majdan Królewski, Niwiska w powiecie kolbuszowskim,
- gmina Czarna, część gminy Żyraków położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Róża – Zasów – Mokre – Żyraków - Wola Żyrakowska – Bobrowa - Brzeźnica, część gminy wiejskiej Dębica położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Dębicę – Sędziszów Małopolski, część miasta Dębica położona na północ do linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Dębicę – Sędziszów Małopolski w powiecie dębickim,
- gminy Chorkówka, Dukla, Iwonicz – Zdrój, Jaśliska, Jedlicze, Miejsce Piastowe, Krościenko Wyżne, Rymanów w powiecie krośnieńskim,
- powiat miejski Krosno,
- gmina Ostrów, część gminy Sędziszów Małopolski położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr A4 w powiecie ropczycko – sędziszowskim,
- gminy Bukowsko, Komańcza, Zagórz, Zarszyn, Besko, część gminy wiejskiej Sanok położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 886 biegnącą od północnej granicy gminy do granicy gminy miejskiej Sanok oraz na południe od granicy miasta Sanok, w powiecie sanockim,
- gmina Cisna w powiecie leskim,
- gminy Lutowiska, Czarna, Ustrzyki Dolne w powiecie bieszczadzkim,
- gmina Haczów, część gminy Brzozów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 886 biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie brzozowskim,
- gmina Wadowice Górne w powiecie mieleckim,

w województwie świętokrzyskim:

- gmina Pacanów w powiecie buskim,
- część powiatu skarżyskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- część powiatu opatowskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- część powiatu sandomierskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- gminy Bogoria, Łubnice, Oleśnica, Połaniec, Rytwiany, Staszów w powiecie staszowskim,
- część powiatu ostrowieckiego niewymieniona w części II załącznika I,
- gminy Bieliny, Górno, Nowa Słupia, Miedziana Góra, Mniów, Masłów, Strawczyn, część gminy Bodzentyn położona na południowy-zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 751 w powiecie kieleckim,
- gminy Końskie, Smyków w powiecie koneckim

w województwie łódzkim:

- gmina Kowiesy w powiecie skierniewickim,
- gminy Biała Rawska, Regnów i Sadkowiec w powiecie rawskim,
- gminy Białaczów, Drzewica, Opoczno w powiecie opoczyńskim,

w województwie pomorskim:

- gminy Linia, Łęczycze, część gminy Gniewino położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Prusewo – Bychowo – Perlino – Gniewino – Mierzyno – Tadzino – Kostkowo – Chynowie – Świetlino, część gminy Luzino położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 468 w powiecie wejherowskim,
- gminy Chmielno, Kartusy, Somonino w powiecie kartuskim,
- gminy Nowa Karczma, Liniewo, Stara Kiszewa w powiecie kościerskim,
- gminy Bobowo, Kaliska, Lubichowo, Osiek, Skórcz, miasto Skórcz, część gminy Zblewo położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową powiecie starogardzkim,
- gminy Smołdzino, Damnica, Potęgowo, część gminy Głównice położona na południowy - zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Żelazkowo – Gorzyno - Stowięcino – Szczypkowiec - Warblino do przecięcia z drogą nr 213, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 213 biegnącą od tego skrzyżowania do przecięcia z linią wyznaczoną przez ciek wodny Klęciński, i dalej na zachód od linii wyznaczonej przez ciek wodny Klęciński biegnącej do zachodniej granicy gminy w powiecie słupskim,
- gmina Cewice, miasto Łębork, część gminy Nowa Wieś Lęborska położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Gorzyno – Żelazkowo - Nowa Wieś Lęborska - Kębłowo Nowowiejskie – Kisewo w powiecie lęborskim,

w województwie dolnośląskim:

- gminy Międzybórz, Syców, część gminy wiejskiej Oleśnica położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr S8, część gminy Dobroszyce położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie oleśnickim,
- gminy Jordanów Śląski, Sobótka, część gminy Żórawina położona na zachód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie wrocławskim,
- część gminy Domaniów położona na południowy zachód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie oławskim,
- gminy Borów i Wiązów w powiecie strzelińskim,
- część gminy Pielgrzymka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 do skrzyżowania z drogą w miejscowości Pielgrzymka łączącą miejscowości Wojcieszyn - Pielgrzymka – Proboszczów, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pielgrzymka – Proboszczów – Sokołowiec, część gminy wiejskiej Złotoryja położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 biegnącą od zachodniej granicy gminy do granicy miasta Złotoryja oraz na południe od linii wyznaczonej od południowo-wschodniej granicy miasta Złotoryja, łączącej miejscowości Złotoryja – Leszczyna – Stanisławów w powiecie złotoryjskim,
- gminy Janowice Wielkie, Mysłakowice, Stara Kamienica, Szklarska Poręba w powiecie karkonoskim, część powiatu miejskiego Jelenia Góra położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 366,
- gminy Bolków, Paszowice, część gminy Męcinka położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Leszczyna – Stanisławów - Pomocne - Myślinów – Myślibórz w powiecie jaworskim,

- gminy Dobromierz i Marcinowice w powiecie świdnickim,
 - gminy Dzierżoniów, Pieszyce, miasto Bielawa, miasto Dzierżoniów w powiecie dzierżoniowskim,
 - gmina Nowa Ruda i miasto Nowa Ruda w powiecie kłodzkim,
 - gminy Kamienna Góra, Marciszów i miasto Kamienna Góra w powiecie kamiennogórskim,
- w województwie wielkopolskim:
- gminy Koźmin Wielkopolski, Rozdrażew w powiecie krotoszyńskim,
 - gminy Dolsk, Książ Wielkopolski w powiecie śremskim,
 - gminy Borek Wielkopolski, Gostyń, Piaski, Pogorzela, w powiecie gostyńskim,
 - część gminy Kostrzyn położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5, część gminy Kleszczewo niewymieniona w części II i III załącznika I w powiecie poznańskim,
 - gminy Czarniejewo, Gniezno z miastem Gniezno, Mieleszyn, Niechanowo w powiecie gnieźnieńskim,
 - miasto Czarnków, część gminy Czarnków niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Trzcianka niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Lubasz położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie czarnkowsko – trzciańskim,
 - gminy Margonin i Szamocin w powiecie chodzieskim,
 - gminy Damasławek, Gołańcz, Wapno, miasto Wągrowiec, część gminy Mieścisko położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190, część gminy Wągrowiec położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190 biegnącej od południowej granicy miasta Wągrowiec do południowej granicy gminy oraz na północ i na wschód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od granicy z gminą Budzyń przez miejscowości Kamienica – Bartodzieje do granicy z miastem Wągrowiec w powiecie wągrowieckim,
 - gminy Nekla, Września w powiecie wrzesińskim,
 - gmina Dobrzyca w powiecie pleszewskim,
 - gminy Odolanów, Przygodzice, Raszków, Sośnie, miasto Ostrów Wielkopolski, część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Sulisław – Łąkociny – Wierzbno i na zachód od miasta Ostrów Wielkopolski oraz część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na wschód od miasta Ostrów Wielkopolski w powiecie ostrowskim,
 - gmina Kobyła Góra w powiecie ostrzeszowskim,
 - gminy Baranów, Bralin, Perzów, Łęka Opatowska w powiecie kępińskim,
 - część powiatu średzkiego niewymieniona w części II załącznika I,
 - gminy Białosławie, Miasteczko Krajeńskie, Szydłowo, Wysoka w powiecie pilskim,
 - gminy Krajenka, Tarnówka, Jastrowie w powiecie złotowskim.
- w województwie opolskim:
- gmina Byczyna w powiecie kluczborskim,
 - gminy Praszka, Gorzów Śląski, Radłów, Rudniki w powiecie oleskim,
 - część gminy Grodków położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie brzeskim,

- gminy Łambinowice, Pakosławice, Skoroszyce, część gminy Korfantów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 407 w powiecie nyskim,
- część gminy Biała położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 407 biegnącą od zachodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 414 i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 414 biegnącej od tego skrzyżowania do skrzyżowania z drogą nr 409, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 409 biegnącą od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy w powiecie prudnickim,
- gminy Chrzastowice, Komprachcice, Prószków, część gminy Tarnów Opolski położona na wschód od linii wyznaczonej przez linie kolejową łączącą Opole - Tarnów Opolski – Strzelce Opolskie, część gminy Łubniany położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Świerkle – Masów, ulicę Leśną w miejscowości Masów oraz na południe od ulicy Kolanowskiej biegnącej do wschodniej granicy gminy w powiecie opolskim,
- powiat miejski Opole,
- gmina Strzelce Opolskie, część gminy Izbicko położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową przecinającą gminę, część gminy Ujazd położona na północ od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie strzeleckim.

w województwie zachodniopomorskim:

- gminy Nowogródek Pomorski, Barlinek w powiecie myśliborskim,
- gmina Przelewice w powiecie pyrzyckim,
- gmina Pełczyce w powiecie choszczeńskim,
- część gminy Nowogard położona na północny – wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Wołczenica biegnącą od zachodniej granicy gminy do przecięcia z rzeką Dąbrzyca i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez rzekę Dąbrzyca do przecięcia z linią wyznaczoną przez drogę nr S6 oraz część gminy położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S6 w powiecie goleniowskim,
- gminy Dobra, Węgorzyno w powiecie łobeskim,
- gminy Golczewo, Wolin, Międzyzdroje w powiecie kamieńskim,
- część powiatu miejskiego Świnoujście położona na południe od linii wyznaczonej przez rzekę Stara Świna biegnącą od wschodniej granicy gminy do przecięcia z rzeką Świna, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Świna biegnącą od przecięcia z linią wyznaczoną przez rzekę Stara Świna do ujścia do morza Bałtyckiego,
- część gminy Chociwel niewymieniona w części II załącznika I w powiecie stargardzkim,
- gminy Drawsko Pomorskie, Wierzchowo, część gminy Kalisz Pomorski położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 175, część gminy Złocieniec położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 20, część gminy Czaplinek położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 20 w powiecie drawskim,
- część gminy wiejskiej Wałcz położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr S10 biegnącą od wschodniej granicy gminy do miasta Wałcz oraz na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 163 biegnącej od miasta Wałcz do miejscowości Kłebowiec do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Kłebowiec – Karsibór i dalej na wschód od tej drogi do przecięcia z linią wyznaczoną przez ciek wodny biegnący do Jeziora Bobrowo, a następnie w kierunku północnym do przecięcia z drogą łączącą miejscowości Karsibór – Kolno – Boguszyń – Dębółka – Kłosowo -Lipie do zachodniej granicy gminy w powiecie wałeckim,

w województwie małopolskim:

- powiat gorlicki,
- powiat nowosądecki,

- gminy Czorsztyn, Krościenko nad Dunajcem, Ochotnica Dolna, Szczawnica w powiecie nowotarskim,
- powiat miejski Nowy Sącz,
- gminy Radgoszcz, Szczucin w powiecie dąbrowskim,
- gmina Szerzyny, część gminy Lisia Góra położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 984 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania się z drogą w kierunku miejscowości Stare Żukowice, następnie od tego skrzyżowania z drogą nr 984 na wschód od linii łączącej miejscowości Stare Żukowice – Zaczarnie - Wola Rzędzińska biegnącej do południowej granicy gminy w powiecie tarnowskim,

w województwie lubelskim:

- część powiatu łukowskiego nie wymieniona w części II załącznika I.

w województwie śląskim:

- gminy Krzepice, Panki, Przystajń, część gminy Wręczyca Wielka położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie kłobuckim,
- gminy Herby, Kochanowice, miasto Lubliniec, część gminy Koszęcin położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Doły - Cieszowa, biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 906, a następnie od tego skrzyżowania na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 906 do skrzyżowania się z drogą nr 907, i dalej na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 907 biegnącą od skrzyżowania dróg nr 906 i 907 do południowej granicy gminy w powiecie lublinieckim,
- gmina Krupski Młyn, część gminy Tworóg położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 907 w powiecie tarnogórskim,
- gminy Toszek, Wielowieś w powiecie gliwickim,

6. **Słowakei**

Die folgenden Sperrzonen I in der Slowakei:

- in the district of Nové Zámky, the municipalities of Bruty, Veľký Kýr, Černík, Michal nad Žitavou, Kmeťovo, Maňa, Trávnica, Bardoňovo, Pozba, Dedinka, Svodín, Rúbaň, Dubník, Nové Zámky, Dvory nad Žitavou,
- in the district of Komárno the municipalities of Zlatná na Ostrove, Okoličná na Ostrove, Čalovec, Kameničná, Vrbová nad Váhom, Nesvady, Imeľ,
- in the district of Levice, the municipalities of Preseľany nad Ipľom, Slatina, Tešmak, Tehla, Lula, Veľký Ďur Plavé Vozokany, Málaš, Čaka, Farná, Veľké Ludince,
- the whole district of Ružomberok except municipalities included in zone II
- in the district of Martin, municipalities of Blatnica, Folkušová, Necpaly, Belá-Dulice, Ďanová, Karlová, Laskár, Rakovo, Pribovce, Košťany nad Turcom, Socovce, Turčiansky Ďur, Kláštor pod Znievom, Slovany, Ležiachov, Benice, Vrícko,
- in the district of Dolný Kubín, the municipalities of Kľačany, Žaškov, Jasenová, Vyšný Kubín, Oravská Poruba, Leštiny, Osádka, Malatiná, Chlebnice, Krivá,
- in the district of Tvrdošín, the municipalities of Oravský Biely Potok, Habovka, Zuberec,
- in the district of Žilina, the municipalities of Čičmany, Fačkov,
- the whole district of Nitra, except municipalities included in part II,

- in the district of Bánovce nad Bebravou, the municipalities of Chudá Lehota, Dolné Naštice, Rybany, Pečeňany, Borčany, Šišov, Libichava, Veľké Hoste, Malé Hoste, Pochabany, Zlatníky, Otrhánky, Veľké Chlievany, Haláčovce, Dvorec, Veľké Držkovce, Cimenná, Malá Hradná,
- in the district of Trenčín, the municipalities of Dubodiel, Veľká Hradná, Trenčianske Jastrabie, Neporadza, Trenčianske Mitice, Mníchova Lehota, Soblahov, Trenčín, Trenčianske Teplice, Trenčianska Teplá,
- in the district of Ilava, the municipalities of Nová Dubnica, Dubnica nad Váhom, Ilava, Horná Poruba, Košecké Podhradie, Košeca, Ladce,
- in the district of Púchov, the municipalities of Mojtín, Beluša,
- in the district of Považská Bystrica, the municipalities of Pružina, Dolný Lieskov, Slopná,
- in the district of Nové Mesto nad Váhom, the municipalities of Kálnica, Hôrka nad Váhom, Hrádok, Nová Lehota, Stará Lehota, Modrová,
- in the district of Piešťany, the municipalities of Hubina, Morava nad Váhom, Banka, Ratnovce, Sokolovce, Piešťany, Drahovce,
- in the district of Hlohovec, the municipalities of Jalšové, Horné Otrokovce, Horné Trhovište, Tekoldány, Dolné Otrokovce, Dolné Trhovište, Merašice, Pastuchov, Kľačany, Sasinkovo.

7. **Italien**

Die folgenden Sperrzonen I in Italien:

Piedmont Region:

- in the province of Alessandria the following Municipalities: Balzola, Cella Monte, Frassinello Monferrato, Olivola, Ozzano Monferrato, Rosignano Monferrato, Castelletto Monferrato, Quargnento, Casale Monferrato, Lu e Cuccaro Monferrato, Fubine, Conzano, Vignale Monferrato, Camagna Monferrato, Altavilla Monferrato, San Giorgio Monferrato, Camino, Cereseto, Cerrina Monferrato, Gabiano, Mombello Monferrato, Moncestino, Ponstestura, Sala Monferrato, Solonghello, Treville, Villamiroglio, Morano Sul Po, Coniolo, Serralunga di Crea, Ottiglio, Ponzano Monferrato,
- in the province of Asti the following Municipalities: Antignano, Celle Enomondo, Revigliasco d'Asti, San Martino Alfieri, Asti, Coazzolo, Costigliole D'asti, Castagnole delle Lanze, Refrancore, Azzano d'Asti, Isola d'Asti, Scurzolengo, Portacomaro, Montemagno Monferrato, Mongardino, Castagnole Monferrato, Vigliano d'Asti, Viarigi, Moncalvo, Grazzano Badoglio, Casorzo,
- in the province of Cuneo the following Municipalities: Govone, Levice, Castelletto Uzzone, Castino, Cossano Belbo, Rocchetta Belbo, Gottasecca, Monesiglio, Camerana, Prunetto, Bosia, Torre Bormida, Mango, Gorzegno, Mombarcaro, Borgomale, Cravanzana, Lequio Berria, Cerreto Langhe, Neive, Trezzo Tinella, Feisoglio, Arguello, Neviglie, Bergolo, Saliceto,
- In the Province of Novara, the following Municiplities: Vinzaglio, Marano Ticino, Mezzomerico, Pombia, Agrate Conturbia, Boca, Bogogno, Borgomanero, Borgo Ticino, Briga Novarese, Castelletto Sopra Ticino, Cavallirio, Comignago, Cressa, Cureggio, Divignano, Fontaneto d'Agogna, Ghemme, Grignasco, Maggiore, Prato Sesia, Romagnano Sesia, Suno, Varallo Pombia, Gattico - Veruno,
- In the Province of Vercelli, the following Municipalities: Carisio, Borgo Vercelli, Alice Castello, Balocco, Borgo d'Ale, Buronzo, Cigliano, Crescentino, Fontanetto Po, Lamporo, Livorno Ferraris, Moncrivello, Palazzolo Vercellese, Rovasenda, Saluggia, San Giacomo Vercellese, Gattinara, Lenta, Lozzolo, Roasio, Serravalle Sesia, Valduggia

- In the Province of Torino, the following Municipalities: Azeaglio, Cossano Canavese, Maglione, Verrua Savoia, Settimo Rottaro, Villareggia, Borgomasino, Piverone,
- In the Province of Biella, the following Municipalities: Castelletto Cervo, Cavaglià, Cerrione, Dorzano, Giffenga, Massazza, Mottalciata, Roppolo, Salussola, Villanova Biellese, Viverone, Zimone, Benna, Brusnengo, Candelo, Cossato, Masserano, Sostegno, Verrone, Villa del Bosco, Lessona.

Liguria Region:

- In the Province of La Spezia, the following Municipalities: Pignone, Levanto, Follo, Monterosso al Mare, Riccò del Golfo di Spezia, Bolano, La Spezia, Vezzano Ligure, Bonassola, Vernazza, Riomaggiore, Santo Stefano di Magra.
- in the province of Savona the following Municipalities: Celle Ligure, Pallare, Piana Crixia, Dego, Albisola Superiore, Albissola Marina, Giusvalla, Cosseria, Mallare, Pontinvrea, Varazze, Stella, Savona, Cairo Montenotte, Cengio, Altare, Carcare, Quiliano, Millesimo, Vado Ligure, Mioglia, Plodio, Roccavignale

Emilia-Romagna Region:

- in the Province of Piacenza, the following Municipalities: Besenzone, Caorso, San Pietro in Cerro, Cortemaggiore, Villanova sull'Arda, Monticelli D'Ongina.
- in the Province of Parma, the following Municipalities: Lesignano de' Bagni, Soragna, Fontanellato, Parma (a ovest di via cremonese, a sud della tangenziale sud e a ovest del Torrente Parma), Fidenza, Fontevivo, Langhirano, Tizzano Val Parma, Palanzano, Neviano degli Arduini, Monchio delle Corti, Corniglio, Busseto.

Toscana Region:

- In the Province of Massa Carrara, the following Municipalities: Comano, Lucciana Nardi, Aulla, Podenzana, Fivizzano.

Lombardia Region:

- In the Province of Cremona, the following Municipalities: Pizzighettone, Crotta d'Adda, Agnadello, Bagnolo Cremasco, Capergnanica, Casaletto Ceredano, Casaletto Vaprio, Castelleone, Chieve, Credera Rubbiano, Crema, Cremosano, Dovera, Fiesco, Formigara, Gombito, Madignano, Monte Cremasco, Montodine, Moscazzano, Palazzo Pignano, Pandino, Pieranica, Quintano, Ripalta Arpina, Ripalta Cremasca, Ripalta Guerina, Rivolta D'adda, San Bassano, Spino D'adda, Torlino Vimercati, Trescore Cremasco, Vaiano Cremasco.
- In the Province of Pavia, all Municipalities not included in part II and III.
- In the Province of Milan, the following Municipalities: Albairate, Cassinetta di Lugagnano, Cisliano, Cusago, Cesano Boscone, Bareggio, Settimo Milanese, Corsico, Cornaredo, Sedriano, Milano, Magnago, Arluno, Busto Garolfo, Corbetta, Dairago, San Giorgio su Legnano, Vanzaghella, Santo Stefano Ticino, Vittuone, Villa Cortese, Parabiago, Ossona, Casorezzo, Canegrate, Vizzolo Predabissi, Colturano, Dresano, San Donato Milanese, Tribiano, Mediglia, Pogliano Milanese, Pregnana Milanese, Vanzago, Legnano, San Vittore Olona, Nerviano, Paullo, Pantigliate, Pioltello, Segrate, Rodano, Settala, Peschiera Borromeo,
- In the Province of Lodi, the following Municipalities: Senna Lodigiana, San Rocco al Porto, Somaglia, Guardamiglio, Corno Giovine, Santo Stefano Lodigiano, Caselle Landi, Castelgerundo, Cornovecchio, Maccastorna, San Fiorano, Castelnuovo Bocca d'Adda, Maleo, Fombio, Terranova dei Passerini, Codogno, Meleti, Zelo Buon Persico, Abbazia Cerreto, Bertonico, Castiglione D'adda, Comazzo, Corte Palasio, Crespiatica, Merlino, Turano Lodigiano,
- In the Province of Varese, the following Municipalities: Lonate Pozzolo, Cardano al Campo, Ferno, Fagnano Olona, Busto Arsizio, Castellanza, Cassano Magnago, Gallarate, Samarate, Casorate Sempione, Solbiate Olona, Vizzola Ticino, Somma Lombardo, Olgiate Olona.

Calabria Region:

- In Reggio Calabria Province the following Municipalities: Taurianova, Locri, Cittanova, Gerace, Rizziconi, Canolo, Antonimina, Portigliola, Gioia Tauro, Sant'Ilario dello Ionio, Agnana Calabria, Mammola, Melicucco, Polistena, Rosarno, San Ferdinando, San Giorgio Morgeto, Siderno, Placanica, Riace, San Giovanni di Gerace, Martone, Stilo, Marina di Gioiosa Jonica, Roccella Jonica, Maropati, Laureana di Borrello, Candidoni, Camini, Grotteria, Monasterace, Giffone, Pazzano, Gioiosa Ionica, Bivongi, Galatro, Stignano, San Pietro di Caridà, Serrata, Feroleto della Chiesa, Caulonia, Cinquefrondi, Anoia.

In Basilicata Region:

- In Potenza Province the following Municipalities: Marsico Nuovo, Marsicovetere, Montemurro, Lauria, Rivello, Viggiano, Castelsaraceno, Sarconi, Spinoso, Nemoli, Armento, Sasso di Castalda, Trecchina, San Martino d'Agri, Maratea, Corleto Perticara, Laurenzana, Carbone, Latronico, Calvello, Brienza, San Chirico Raparo, Castelluccio Superiore, Abriola.

In Campania Region:

- In Salerno Province the following Municipalities: Piaggine, Monte San Giacomo, Tortorella (escluso enclave), Teggiano, Sala Consilina, Valle Dell'angelo, San Giovanni a Piro, Vibonati, San Rufo, Roccagloriosa (escluso enclave), Laurito, Roscigno, Futani, Sapri, Polla, Ispani, Montano Antilia, Novi Velia, Laurino, Cannalonga, Celle di Bulgheria, Cuccaro Vetere, Corleto Monforte, Campora, San Pietro al Tanagro, Sacco, Torraca, Sant'angelo a Fasanella, Santa Marina, Sant'Arsenio, Atena Lucana, Bellosguardo, Pisciotta, Camerota, Centola, San Mauro La Bruca, Vallo Della Lucania, Moio Della Civitella, Ceraso, Ascea.

8. **Tschechien**

Die folgenden Sperrzonen I in Tschechien:

Liberecký kraj:

- v okrese Liberec katastrální území obcí Česká Ves v Podještědí, Družcov, Chrástná, Jablonné v Podještědí, Janův Důl, Lázně Kundratice, Markvartice v Podještědí, Osečná, Postřelná, Rozstání pod Ještědem, Heřmanice v Podještědí, Hodkovice nad Mohelkou, Jílové u Hodkovic nad Mohelkou, Paceřice, Petrašovice, Radoňovice, Radostín u Sychrova, Vlčetín u Bílé, Záskaří, Žďárek u Sychrova, Bílá u Českého Dubu, Český Dub, Chvalčovice, Kotel, Modlibohov, Smržov u Českého Dubu, Sobákov, Starý Dub, Zábrdí u Osečné,
- v okrese Česká Lípa katastrální území obcí Brniště, Břevniště pod Ralskem, Dubnice pod Ralskem, Hamr na Jezeře, Hlemýžď, Kamenice u Zákup, Luhov u Mimoně, Noviny pod Ralskem, Stráž pod Ralskem, Velenice u Zákup, Velký Grunov, Velký Valtínov, Mařeničky, Mařenice, Krompach, Horní Světlá pod Luží, Dolní Světlá pod Luží, Svor, Naděje, Cvikov, Kunratice u Cvikova, Trávník u Cvikova, Drnovec, Lindava,
- v okrese Jablonec nad Nisou katastrální území obcí Harrachov, Alšovice, Bezděčín u Jablonce nad Nisou, Bohdalovice, Bratříkov, Bzí u Železného Brodu, Dalešice u Jablonce nad Nisou, Desná II, Držkov, Frýdštejn, Haratice, Horská Kamenice, Hrubá Horka, Huť, Chlístov u Železného Brodu, Jenišovice u Jablonce nad Nisou, Jílové u Držkova, Jirkov u Železného Brodu, Jistebko, Kokonín, Lhotka u Zlaté Olešnice, Líšný, Loužnice, Maršovice u Jablonce nad Nisou, Mukařov u Jablonce nad Nisou, Nová Ves nad Nisou, Odolenovice u Jenišovic, Ondříkovice, Pelkovic, Plavy, Příchovice u Kořenova, Pulečný, Radčice, Rejdice, Rychnov u Jablonce nad Nisou, Skuhrov u Železného Brodu, Sněhov, Stanový, Střevelná, Šumburk nad Desnou, Velké Hamry, Vlastiboř u Železného Brodu, Vranové I, Vranové II, Vráť, Vrkoslavice, Zásada, Zlatá Olešnice Navarovská, Zlatá Olešnice Semilská, Železný Brod,
- v okrese Semily katastrální území obcí Buřany, Dolní Rokytnice, Františkov v Krkonoších, Horní Rokytnice nad Jizerou, Jablonec nad Jizerou, Jesenný, Paseky nad Jizerou, Rokytno v Krkonoších, Roztoky u Semil, Sklenařice, Stará Ves u Vysokého nad Jizerou, Tříč, Vysoké nad Jizerou.

9. Griechenland

Die folgenden Sperrzonen I in Griechenland:

- in the regional unit of Kavala:
 - the municipal departments of Keramoti and Chrisoupoli, the community departments of Agiasma, Nea Karia, Piges, Gravouni, Eratino, Perni, Petropigi, Pontolivado and Chrisochori (Nestos Municipality),
 - the municipal departments of Eleftheroupoli, Nea Peramos and Nikisiani, the community departments of Orfano, Amisianes, Antifilipi, Kipi, Kokinochoma, Chrisokastro, Agios Andreas, Eleochori, Eleftheri, Mirtofito, Nea Iraklitsa, Folea, Akripotamos, Georgiani, Paleochori, Avli, Domatia, Melisokomi, Mesia, Moustheni, Sidirochori, Galipsos, Kariani, Ofrinio, Podochori, Mesoropi and Platanotopos (Paggeo Municipality),
 - the municipal departments of Kavala, Nea Karvali, Zigos and Krinides, the community departments of Chalkero, Amigdaleonas, Korifes, Krioneri, Lidia, Palea Kavala, Polistilos and Filipi (Kavala Municipality),
- in the regional unit of Xanthi:
 - the municipal departments of Kimmerion and Xanthi (Xanthi Municipality),
 - the community departments of Satres, Thermes and the municipal departments of Myki, Echinis and Kotyli (Myki Municipality),
 - the community departments of Sounio, Avdira, Mandra, Mirodato, Nea Kesani, Koutsos, Magiko, Pigadia, Polisito and Selino, the municipal department of Selero, Genisea and Diomidia (Avdira Municipality),
 - the municipal department of Evlalo and the community departments of Avato, Exohi, Erasmio, Maggana and Olvio (Topiros Municipality),
- in the regional unit of Rodopi:
 - the municipal department of Komotini and the community departments of Anthochorio, Grati, Thrylorio, Kalhas, Karydia, Kikidio, Kosmio, Pandrosos, Aigeiros, Meleti, Itea, Sidirades, Stilari and Mega Doukato (in Komotini municipality),
 - the municipal department of Organi and the community departments of Dilina, Kinira, Nikites, Plagia, Skaloma, Strofi, Agra, Ardia, Vragia, Dokos, Drosia, Drimi, Esochi, Kato Drosini, Lampro, Neo Kalintirio, Nevra, Omiriko, Passo, Paterma, Ragada, Skiada, Arriana, Darmeni, Fillyra, Ano Drosini, Kehros and (in Arriana municipality),
 - the municipal departments of Iasmos, Asomatoi, and the community departments of Sostis, Kerasea, Linos, Megas Postos, Mischos, Amvrosia, Amaxades, Polyanthos (in Iasmos municipality),
 - the municipal department of Amaranta and the community department of Nea Santa (in Maroneia Sapon municipality),
- in the regional unit of Evros:
 - the municipal departments of Soufli and Mikro Dereio and the community departments of Amorio, Lavara, Dadia, Kyriaki, Mandra, Mavroklisi, Protokklisi, (in Soufli municipality),
 - the municipal departments of Nea Vyssa, Orestiada and the community departments of Galini, Thourio, Neo Chimonio, Milea, Dikaia, Arzos, Elaia, Therapio, Komara, Marasia, Ormenio, Pentalofos, Petrola, Plati, Ptelea, Kyprinos, Zoni, Fulakio, Spilaio, Kavili, Kastanies, Rizia, Sterna, Ampelakia, Valtos, Megali Doxipara, Neochori and Chondras (in Orestiada municipality),

- the municipal departments of Ellinochori, Didymoteixo and the community departments of Asimenio, Isaakio, Petrades, Praggi, Pithio, Sofiko, Asvestades, Karoti, Koufovouno, Kiani, Mani, Sitochori, Alepochori, Asproneri, Metaxades, Vrysika, Doksa, Elafoxori, Ladi, Paliouri and Poimeniko (in Didymoteixo municipality).
- in the regional unit of Serres:
 - the municipal department of Rodolivos and the community departments of Amfipoli, Iliokomi, Kormisti, Simvoli, Mesolakia, Paleokomi, Nea Mpafra, Aggisti, Krinida, Proti, Mikro Souli and Domiro (Amfipoli Municipality),
 - the community departments of Dafnoudi, Pethelino (Emmanouil Pappas Municipality),
 - the municipal departments of Alistrati, Nea Zichni and the community departments of Sfelino, Agiochori, Lefkothea, Mandili, Skopia, Stathmos Agkistis, Agios Christoforos, Agriani, Anastasia, Gazoros, Dimitra, Draviskos, Tholo, Mavrolofos, Mesorachi, Mirkino, Mirini and Nea Petra (Nea Zichni Municipality),
- in the regional unit of Kilkis:
 - the community departments of Anthofito, Mikrokampos, Neo Agioneri, Paleo Agioneri, Gallikos, Pedino, Mavroneri, Neo Ginekokatsro, Xilokeratea (Kilkis Municipality),
 - the municipal departments of Agios Petros and Axiochori (Peonia Municipality),
- in the regional unit of Thessaloniki:
 - the municipal departments of Lagina, Zagkliveri and part of Langadas and the community departments of Analipsi, Kolchiko, Perivolaki, Sarakina, Agios Vasilios, Ardameri, Vasiloudi, Gerakarou, Lagkadikia, Kavalari, Adam, Nea Kalindia, Petrokerasa (Langadas Municipality),
 - the municipal departments of Panorama, Asvestochori, Filiro, Pilea and Chortiatis and the community department of Exohi (Pilaia-Chortiatis Municipality),
 - the municipal department of Koufalia, Agios Athanasios, Vathilakos, Gefira, Nea Mesimvria, Prochoma, Adendro, Mikro Monastiri, Chalkidona and the community departments of Agchialos, Xirochori, Valtochori, Eleousa and Partheni (Chalkidona Municipality),
 - the community departments of Evagelismos, Scholari, Nikomidino and Stivos (Volvi Municipality),
 - the municipal departments of Vasilika, Thermi and the community departments of Livadi, Peristera, and Nea Redestos (Thermi municipality),
 - the municipal departments of Liti and Oreokastro and the community departments of Nea Filadelfia, Neochorouda, Pentalofofos, Mesaio, Melissochori (Oreokastro Municipality),
 - the municipal departments of Ampelokipoi and Menemenoi (Ampelokipoi-Menemenoi Municipality),
 - the municipal departments of Diavata, Kalochori, Nea Magnisia and Sindos (Delta Municipality),
 - the municipality of Thessaloniki and the municipal department of Triandria (Thessaloniki Municipality)
 - the municipality of Kalamaria (Kalamaria Municipality)
 - the municipal department of Evosmos (Kordelio-Evosmos Municipality)
 - the municipal departments of Agios Pavlos, Neapoli, Pefka and Sikies (Neapoli-Sikeon Municipality)

- the municipal departments of Efkarpia, Polichni and Stavroupoli (Pavlos Melas Municipality)
- in the regional unit of Chalkidiki:
 - the municipal departments of Megali Panagia, Ierisos and the community departments of Gomati, Pirgadikia, Stratoniki and Stratoni (Aristotelis Municipality),
 - the municipal departments of Galatista, Ormilía, Poligiros and the community departments of Vavdos, Galarinos, Doumpia, Geroplatanos, Palaiochora, Riza, Metamorfosi, Agios Prodromos, Vrastama, Palaiokastros, Taxiarchis and Sana (Poligiros Municipality),
 - the community department of Metagkitsi (Sithonia Municipality),
- in the regional unit of Pella:
 - the community departments of Grammatiko, and Flamouria (Edessa Municipality),
 - the municipal departments of Kria Vrisi, Pella and the community departments of Akrolimni, Agrosikia, Athira, Ditiko, Nea Pella, Rachona, (Pella Municipality),
- in the regional unit of Imathia:
 - the municipal departments of Kopanos and Naousa and the community departments of Lefkadia, Monospita, Chariesa, Aggelochori, Zervochori, Poliptalanos, Arkochori, Gianakochori, Rodochori, Stenimachos, Episkopi Naousis, Marina (Naousa municipality),
 - the municipal departments of Alexandria, Korifi, Plati and the community departments of Vrisaki, Kamposchori, Loutros, Neochori, Nisi, Episkopi, Kavasila, Kefalochori, Xechasmeni, Paleo Skilitisi, Stavros, Agathia, Kipseli, Prodromos, Arachos, Lianovegi, Platanos, Prasinada and Trikala (Alexandria Municipality),
 - the municipal departments of Macrochori, Veria and the community departments of Diavatos, Kouloura, Lykogianni, Nea Nikomideia, Kato Vermio, Agia Marina, Agios Georgios, Patrída, Trilofos and Fitia (Veria Municipality)
- in the regional unit of Kozani:
 - the municipal department of Ptolemaida and the community departments of Agios Christoforos, Ermakia, Kariochori, Spilia, Anatoliko, Komnina, Mesovouno, Pirgi, Vlasti, Anarrachi, Ardassa, Emporio, Milochori, Asvestopetra, Pentavrysos, Kardias, Komanos, Mavropigi, Pteleonas and Proastio (Eordea Municipality),
 - the community departments of Livera, Pontokomi, Sideras, Kleitos, Exohi and Charavgi (Kozani Municipality)
 - the municipal department of Galatini and the community departments of Sisani, Eratira, Namata, Pelekanos, Driovouni, Molocha, Platania, Simantro and Dragatsia (Voio Municipality),
- in the regional unit of Florina:
 - the community departments of Antigono, Farangi, Maniaki, Pelargos (Aminteo Municipality),
- in the regional unit of Kastoria:
 - the municipal departments of Mesopotamia, Maniaki, Kastoria and the community departments of Korisos, Lithia, Melisotopos, Metamorfosi, Oxia, Polikeraso, Sidirochori, Tichio, Avgi, Koromilia, Lefki, Omorfoklissia, Pentavriso, Tsakoni, Chiliodenro, Agia Kiriaki, Kalochori, Inoi, Pteria, Agios Antonios, Gavros, Kranionas, Mavrokampos, Chalara, Dispilio, Mavrochori and the community departments of Dendrochori and Ieropigi (Kastoria Municipality),

- the community departments of Polianemo, Dipotamia, Komninades, Chionado, Kotili, Kipseli, Nestorio, Ptelea, Eptachori, Chrisi and Gramos (Nestorio Municipality),
- the municipal departments of Argos Orestiko and the community departments of Ampelokipoi, Vogatsiko, Germa, Kostarazi, Militsa, Vrachos, Kastanofito, Lagka, Lakkomata, Melanthio and Spilea (Orestidos Municipality).
- in the regional unit of Ioannina:
 - the community departments of Agios Minas, Aristi, Elafotopos, Mesovouni, Monodendri, Vradeto, Vrisochori, Kapesovo, Koukouli, Tsepelovo and Papigko (Zagori Municipality),
 - the community departments of Ligopsas, Soulopoulo, Dafnofito, Karitsa, Vrosina, Zaloggo, Vatataides, Vlachatano, Vasilopoulo, Raiko, Zitsa, Lithino, Aetopetra Dodonis, Voutsaras, Vrisoula, Gkrimpovo, Granitsopoula, Despotiko, Ekklishochori, Kalochori, Rizo and Fotino (Zitsa Municipality),
 - the municipal departments of Konitsa and the community departments of Agia Varvara, Agia Paraskevi, Aetopetra Konitsas, Aidonochori, Amarantos, Ganadio, Elefthero, Exochi, Iliorachi, Kavasila, Kallithea, Klidonia, Mazi, Melissopetra, Molista, Molivdoskepastos, Monastiri, Nikanoras, Pades, Paleoselli, Pigi, Pournia, Pirgos, Asimochori, Vourmpiani, Gorgopotamos, Drosopigi, Kastanea, Kefalochori, Lagkada, Oxia, Plagia, Plikati, Pirsogianni, Chionades and the community departments of Aetomilitsa and Fourka (Konitsa Municipality),
 - the community departments of Areti, Vrontismeni, Ieromnimi, Katarraktis, Kouklii, Mazaraki, Mavronoros, Parakalamos, Repetista, Riachovo, Sitaria, Agios Kosmas, Vasiliko, Kakolakkos, Kato Meropi, Kefalovriso, Meropi, Paleopirgos, Roupsia, Oreokastro, Agia Marina, Argirochori, Vissani, Delvinaki, Kastaniani, Kerasovo, Krioneri, Ktismata, Limni, Mavropoulo, Orinos Xirovaltos, Peristeri, Pontikates, Stratinista, Teriachi, Faraggi, Charavgi, Ano Ravenia, Geroplatanos, Doliana, Kalpaki, Kato Ravenia, Mavrovouni, Negrades, Chrisorrachi, Dimokori, Lavdani, Dolo, Drimades, Pogoniani and Stavroskiadi (Pogoni Municipality).
- in the regional unit of Thesprotia:
 - the municipal departments of Igoumenitsa and the community departments of Agia Marina, Dramesa, Koritiani, Agios Vlasios, Grekochori, Kastri, Kriovrisi, Ladochori, Mavroudi, Nea Selekia, Geroplatanos, Drimitsa, Parapotamos and Plataria (Igoumenitsa Municipality),
 - the community departments of Pente Ekklisies, Plakoti and Polidroso (Souli Municipality)
 - the municipal department of Filiates and the community departments of Asprokklisi, Kestrini, Ragio, Sagiada, Smertos, Agios Nikolaos, Agii Pantes, Aetos, Ampelonas, Anavrito, Achladia, Vavouri, Vrisella, Gardiki, Giromeri, Gola, Kallithea Filiaton, Kato Xechoro, Keramitsa, Kerasochori, Kefalochori, Kokkinia, Kokkinolithari, Kouremadi, Krioneri, Kiparisso, Leptokaria, Lia, Lista, Malouni, Milea, Xechoro, Paleokklisi, Paleochori, Palampas, Pigadoulia, Plaisio, Platanos, Raveni, Rizo, Sideri, Trikorifo, Tsamantas, Faneromeni, Finiki and Charavgi (Filiates Municipality)

10. Kroatien

Die folgenden Sperrzonen I in Kroatien:

Karlovačka županija:

- općina Cetingrad
 - Batnoga, Bogovolja, Buhača, Cetingrad, Cetinski Varoš, Delić Poljana, Đurin Potok, Grabarska, Kestenje, Komesarac, Kruškovača, Kuk, Luke, Maljevac, Maljevačko Selište, Pašin Potok, Podcetin, Polojski Varoš, Ruševica, Sadikovac, Srednje Selo, Strmačka, Šiljkovača, Trnovi
- općina Rakovica
 - Basara, Drežnik Grad, Kordunski Ljeskovac, Lipovac, Lipovača, Mašvina, Nova Kršlja, Sadilovac, Jamarje, Koranski Lug, Stara Kršlja
- grad Slunj
 - Čamerovac, Donji Furjan, Gornji Furjan, Salopek Luke, Sastavak, Kosa, Zapoljak
- općina Vojnić
 - Jagrovac, Široka Rijeka

Sisačko-moslavačka županija:

- općina Donji Kukuruzari
 - Donja Velešnja, Donji Kukuruzari, Gornja Velešnja, Gornji Kukuruzari,
- općina Dvor
 - Bansko Vrpolje, Buinja, Ćore, Divuša, Donja Oraovica, Donji Dobretin, Donji Javoranj, Draškovac, Dvor, Glavičani, Golubovac Divuški, Gornja Oraovica, Gornji Dobretin, Gornji Javoranj, Grmušani, Hrtić, Javnica, Javornik, Kepčije, Kotarani, Kozibrod, Kuljani, Ljubina, Majdan, Matijevići, Paukovac, Sočanica, Stanić Polje, Struga Banska, Šakanlije, Šegestin, Unčani, Vanići, Volinja, Zakopa, Zamlača, Zut, Jovac
- općina Hrvatska Dubica
 - Slabinja, Živaja,
- grad Hrvatska Kostajnica
 - Čukur, Hrvatska Kostajnica, Panjani, Rausovac, Rosulje, Selište Kostajničko, Utolica
- općina Majur
 - Gornji Hrastovac, Graboštani, Kostrići, Majur, Mračaj, Srednja Meminska, Stubalj
- općina Sunja
 - Slovinci, Timarci

Brodsko-posavska županija:

- općina Donji Andrijevci
- općina Garčin
- općina Klakar
- općina Gornja Vrba

Osječko-baranjska županija:

- grad Osijek
- općina Antunovac, naselje Antunovac
- općina Bizovac
- općina Drenje
- općina Erdut
- općina Koška
- općina Petrijevci
- općina Podgorač, naselja Bijela Loza, Podgorač, Kelešinka, Kršinci, Ostrošinci, Razbojište i Stipanovci
- općina Satnica Đakovačka, naselje Gašinci
- općina Trnava
- općina Levanjska Varoš

11. Litauen

Die folgenden Sperrzonen I in Litauen:

- Joniškio rajono savivaldybės: Gaižaičių, Gataučių, Joniškio, Kriukių, Rudiškių, Satkūnų, Saugėlaukio, Skaistgirio, Žagarės seniūnijos,
- Ignalinos rajono savivaldybės: Ceikinių, Dūkšto, Ignalinos, Ignalinos miesto, Kazitiškio sen. rytinė dalis nuo 102 kelio, Linkmenų, Naujojo Daugėlišio, Mielagėnų, Rimšės, Tverėčiaus, Vidiškių seniūnijos.
- Panevėžio miesto savivaldybė,
- Panevėžio rajono savivaldybės: Krekenavos seniūnijos vakarinė dalis nuo Nevėžio upės, Naujamiesčio seniūnija.

TEIL II

1. Bulgarien

Die folgenden Sperrzonen II in Bulgarien:

- the whole region of Haskovo,
- the whole region of Yambol,
- the whole region of Stara Zagora,
- the whole region of Pernik,
- the whole region of Kyustendil,
- the whole region of Plovdiv,
- the whole region of Pazardzhik,
- the whole region of Smolyan,
- the whole region of Dobrich,
- the whole region of Sofia city,
- the whole region of Sofia Province,

- the whole region of Blagoevgrad,
- the whole region of Razgrad,
- the whole region of Kardzhali,
- the whole region of Burgas,
- the whole region of Varna,
- the whole region of Silistra,
- the whole region of Ruse,
- the whole region of Veliko Tarnovo,
- the whole region of Pleven,
- the whole region of Targovishte,
- the whole region of Shumen,
- the whole region of Sliven,
- the whole region of Vidin,
- the whole region of Gabrovo,
- the whole region of Lovech,
- the whole region of Montana,
- the whole region of Vratza.

2. **Deutschland**

Die folgenden Sperrzonen II in Deutschland:

Bundesland Brandenburg:

- Teile der kreisfreien Stadt Cottbus,
- Landkreis Spree-Neiße:
 - Gemeinde Schenkendöbern mit Teilen der Gemarkungen Grano, Schenkendöbern, Atterwasch, Kerkwitz und Groß Gastrose,
 - Gemeinde Guben mit den Gemarkungen Bresinchen, Deulowitz und Schlagsdorf und Teile der Gemarkung Guben,
 - Gemeinde Jänschwalde mit Teilen der Gemarkung Grieben,
 - Stadt Forst mit den Gemarkungen Naundorf, Forst, Mulknitz, Klein Jamno, Groß Jamno, Sacro, Groß Bademeusel und Klein Bademeusel und mit Teilen der Gemarkungen Horno, Briesnig, Weißagk und Bohrau,
 - Gemeinde Groß Schacksdorf-Simmersdorf,
 - Gemeinde Neiße-Malxetal,
 - Gemeinde Jämlitz-Klein Düben,
 - Gemeinde Tschernitz,
 - Gemeinde Döbern,
 - Gemeinde Felixsee,

- Gemeinde Wiesengrund mit den Gemarkungen Gahry, Trebendorf und Mattendorf und mit Teilen der Gemarkungen Gosda und Jethe,
- Gemeinde Spremberg,
- Gemeinde Welzow,
- Gemeinde Neuhausen/Spree mit den Gemarkungen Bagenz, Drieschnitz-Kahsel, Frauendorf, Gablenz, Groß Oßnig, Klein Döbbern, Groß Döbbern, Komptendorf, Koppatz, Laubsdorf, Neuhausen und mit Teilen der Gemarkungen Roggosen und Sergen,
- Gemeinde Drebkau,
- Gemeinde Kolkwitz mit Teilen der Gemarkungen Hänchen, Klein Gaglow, Kolkwitz, Glinzig und Krieschow,
- Landkreis Uckermark:
 - Gemeinde Angermünde mit den Gemarkungen Crussow, Stolpe, Gellmersdorf, Neukünkendorf, Bölkendorf, Herzsprung, Schmargendorf und den Gemarkungen Angermünde südlich und südöstlich der B2 und Dobberzin südlich der B2,
 - Stadt Schwedt/Oder mit den Gemarkungen Criewen, Zützen, Schwedt, Stendell, Kummerow, Kunow, Vierraden, Blumenhagen, Oderbruchwiesen, Enkelsee, Gatow, Hohenfelde, Schöneberg, Flemsdorf und der Gemarkung Felchow östlich der B2, Berkholz-Meyenburg, Landin südlich der B2 und Jamikow,
 - Gemeinde Pinnow südlich und östlich der B2,
 - Gemeinde Casekow mit der Gemarkung Woltersdorf und den Gemarkungen Biesendahlshof und Casekow östlich der L272 und südlich der L27,
 - Gemeinde Hohenselchow-Groß Pinnow mit der Gemarkung Groß Pinnow und der Gemarkung Hohenselchow südlich der L27,
 - Gemeinde Gartz (Oder) mit der Gemarkung Friedrichsthal, der Gemarkung Geesow östlich der B2 und den Gemarkungen Gartz und Hohenreinkendorf südlich der L27 und der B2 bis Kastanienallee, dort links abbiegend dem Schülerweg folgend bis Höhe Bahnhof, von hier in östlicher Richtung den Salveybach kreuzend bis zum Tantower Weg, diesen in nördlicher Richtung bis zu Stettiner Straße, diese weiter folgend bis zur B2, dieser in nördlicher Richtung folgend,
 - Gemeinde Mescherin mit der Gemarkung Mescherin, der Gemarkung Neurochlitz östlich der B2 und der Gemarkung Rosow nördlich der K 7311,
- Landkreis Oberspreewald-Lausitz:
 - Gemeinde Großräschen mit den Gemarkungen Woschkow, Dörrwalde, Allmosen,
 - Gemeinde Neu-Seeland,
 - Gemeinde Neupetershain,
 - Gemeinde Senftenberg,
 - Gemeinde Schipkau mit den Gemarkungen Hörlitz und Meuro und mit Teilen der Gemarkungen Schipkau und Klettwitz,
 - Gemeinde Schwarzheide mit Teilen der Gemarkung Schwarzheide,
 - Gemeinde Hohenbocka,
 - Gemeinde Grünewald,
 - Gemeinde Guteborn,
 - Gemeinde Schwarzbach,

Bundesland Sachsen:

- Landkreis Bautzen,
 - Gemeinde Burkau nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Crostwitz,
 - Gemeinde Elsterheide,
 - Gemeinde Göda nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Großdubrau,
 - Gemeinde Großnaundorf östlich der K9253,
 - Gemeinde Haselbachtal,
 - Gemeinde Königswartha,
 - Gemeinde Kubschütz nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Laußnitz östlich des Straßenverlaufes der K9274 nach Süden folgend, dann S56 bis Abzweig K9253, dann K9253,
 - Gemeinde Lichtenberg nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Lohsa,
 - Gemeinde Malschwitz nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Nebelschütz,
 - Gemeinde Neukirch östlich der B97,
 - Gemeinde Neschwitz,
 - Gemeinde Ohorn nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Oßling,
 - Gemeinde Panschwitz-Kuckau,
 - Gemeinde Puschwitz,
 - Gemeinde Räckelwitz,
 - Gemeinde Radibor,
 - Gemeinde Ralbitz-Rosenthal,
 - Gemeinde Rammenau nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Schwepnitz östlich des Straßenverlaufes von der Landesgrenze Lipsiaer Straße nach Süden folgend bis Cosel, Am Wald, K9273, Mühlweg, Kirchsteig bis Schwepnitz, Zum Triemig, dann Ortrander Straße, Schulstraße, dann B97,
 - Gemeinde Spreetal,
 - Gemeinde Stadt Bautzen nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Stadt Bernsdorf,
 - Gemeinde Stadt Elstra,
 - Gemeinde Stadt Großröhrsdorf nördlich der BAB4,
 - Gemeinde Stadt Hoyerswerda,

- Gemeinde Stadt Kamenz,
- Gemeinde Stadt Königsbrück östlich des Straßenverlaufes der B97 nach Süden folgend bis Abzeig K9274, dann K9274,
- Gemeinde Stadt Lauta,
- Gemeinde Stadt Pulsnitz,
- Gemeinde Stadt Weißenberg nördlich der BAB4,
- Gemeinde Stadt Wittichenau,
- Gemeinde Steina,
- Gemeinde Wachau östlich des Straßenverlaufes der K9253 nach Süden folgend bis zur K9252, dann K9252 bis Lomnitz bis zum Abzweig K9253, dann weiter östlich der K9253 in Richtung Süden bis zur BAB4, dann nördlich der BAB4 in Richtung Osten,
- Landkreis Görlitz,
 - Gemeinde Boxberg/O.L.,
 - Gemeinde Gablenz,
 - Gemeinde Groß Düben,
 - Gemeinde Hähnichen,
 - Gemeinde Hohendubrau,
 - Gemeinde Horka,
 - Gemeinde Kodersdorf,
 - Gemeinde Königshain,
 - Gemeinde Krauschwitz i. d. O.L.,
 - Gemeinde Kreba-Neudorf,
 - Gemeinde Markersdorf östlich der S111 in Richtung Süden bis zum Abzweig der Gersdorfer Straße, dann östlich entlang der Gersdorfer Straße bis zum Ortsteil Deutsch-Paulsdorf, dort bis zum Abzweig Am Spitzberg in westliche Richtung, dann östlich des Straßenverlaufs Am Spitzberg in Richtung Süden bis zum Abzweig Waldhausstraße, dann östlich der Waldhausstraße in Richtung Süden,
 - Gemeinde Mittelherwigsdorf östlich des Straßenverlaufes der Verbindungsstraße vom Ortsteil Wittgendorf zur B178 nach Süden, dann südlich der B178 in Richtung Nordwesten folgend bis Abzweig S132, dann östlich der S132 in Richtung Süden,
 - Gemeinde Mücka,
 - Gemeinde Neißeaue,
 - Gemeinde Olbersdorf östlich der S133,
 - Gemeinde Oybin östlich des Straßenverlaufes der S133 nach Süden folgend bis zur Landesgrenze bei Kammloch,
 - Gemeinde Quitzdorf am See,
 - Gemeinde Rietschen,
 - Gemeinde Schleife,

- Gemeinde Schönau-Berzdorf a. d. Eigen östlich der Trockenwerstraße in Richtung Süden bis zum Abzweig der Oberen Straße auf der K8617 in Richtung Osten, dann südlich der K8617 bis zur Gemeindegrenze,
- Gemeinde Schöpstal,
- Gemeinde Stadt Bad Muskau,
- Gemeinde Stadt Bernstadt a. d. Eigen östlich des Verlaufs der Waldhausstraße in Richtung Süden bis zum Abzweig der Reichenbacher Straße nach Westen, dann östlich entlang der Reichenbacher Straße nach Süden bis zum Ortsteil Altbernsdorf a. d. Eigen und Abzweig der Straße Kleine Seite in Richtung Osten, dann nördlich des Verlaufs der Straße Kleine Seite bis zur S128 in Richtung Osten, dann nördlich der S128 bis zum Abzweig Trockenwerkstraße in Richtung Süden bis zur K8617, dann östlich der K8617 in Richtung Süden,
- Gemeinde Stadt Görlitz,
- Gemeinde Stadt Löbau nördlich des Straßenverlaufes der B6 bis zum Abzweig der B178, dann östlich der B178 nach Süden folgend bis zur Gemeindegrenze,
- Gemeinde Stadt Niesky,
- Gemeinde Stadt Ostritz,
- Gemeinde Stadt Reichenbach/O.L. östlich der S124 in Richtung Süden, dann nach der Kreuzung der B6 östlich entlang der Nieskyer Straße in Richtung Süden bis zum Abzweig von Markt und Alter Ring in der Stadt Reichenbach/O.L., ab Abzweig der Von-Seydewitz-Straße östlich der S111 in Richtung Süden,
- Gemeinde Stadt Rothenburg/O.L.,
- Gemeinde Stadt Weißwasser/O.L.,
- Gemeinde Stadt Zittau östlich des Straßenverlaufs der K8617 in Richtung Süden bis zur Hauptstraße im Ortsteil Wittgendorf, dann östlich der Hauptstraße in Richtung Süden bis zum Abzweig auf Höhe Hausnr. 73 in Richtung Süden bis zur Alten Betonstraße, dann östlich der Verbindungsstraße Richtung B178 bis zur Gemeindegrenze, außerdem östlich des Straßenverlaufes der S132 nach Süden folgend bis Abzweig B96, dann östlich der B96 in Richtung Westen über Theaterring, Töpferberg bis zum Abzweig der S133, dann östlich der S133 in Richtung Süden,
- Gemeinde Trebendorf,
- Gemeinde Vierkirchen nördlich der BAB4 in östliche Richtung bis zur Abfahrt AS Nieder Seifersdorf, dann östlich der S122 in Richtung Süden bis zum Abzweig der S124, dann östlich der S124 in Richtung Süden,
- Gemeinde Waldhufen,
- Gemeinde Weißkeißel,

Bundesland Hessen:

- Landkreis Groß-Gerau:
 - Stadt Kelsterbach,
 - Stadt Rüsselsheim,
 - Stadt Raunheim,
 - Gemeinde Bischofsheim,
 - Stadt Ginsheim-Gustavsburg,
 - Gemeinde Trebur,

- Gemeinde Nauheim,
- Stadt Mörfelden-Walldorf,
- Gemeinde Büttelborn,
- Stadt Groß-Gerau,
- Stadt Riedstadt,
- Stadt Gernsheim,
- Gemeinde Biebesheim am Rhein,
- Gemeinde Stockstadt am Rhein
- Landkreis Bergstraße:
 - Stadt Heppenheim (Bergstraße),
 - Stadt Lampertheim,
 - Gemeinde Lautertal (Odenwald),
 - Stadt Viernheim,
 - Teile der Stadt Lindenfels,
 - Gemeinde Mörlenbach,
 - Teile der Gemeinde Fürth,
 - Gemeinde Rimbach,
 - Teile der Gemeinde Grasellenbach,
 - Gemeinde Birkenau,
 - Gemeinde Gornheimertal,
 - Gemeinde Abtsteinach,
 - Teile der Gemeinde Wald-Michelbach,
 - Gemeinde Groß-Rohrheim,
 - Stadt Zwingenberg,
 - Stadt Bensheim,
 - Gemeinde Einhausen,
 - Gemeinde Biblis,
 - Stadt Lorsch,
 - Stadt Bürstadt,
- Landkreis Main-Taunus-Kreis:
 - Gemeinde Hochheim am Main,
 - Stadt Flörsheim,
 - Stadt Hattersheim,
 - Gemeinde Kriftel,
 - Teile der Stadt Hofheim am Taunus,

- Landkreis Offenbach:
 - Teile der Stadt Neu-Isenburg,
 - Stadt Langen,
 - Gemeinde Egelsbach,
 - Teile der Stadt Dreieich,
 - Teile der Stadt Rödermark,
- Stadt Darmstadt:
 - Stadtteil Darmstadt-Arheilgen,
 - Stadtteil Darmstadt-Kranichstein,
 - Stadtteil Darmstadt-Ost,
 - Stadtteil Darmstadt-Wixhausen,
 - Stadtteil Darmstadt-Nord,
 - Stadtteil Darmstadt-Mitte,
 - Stadtteil Darmstadt-Bessungen,
 - Stadtteil Darmstadt-Eberstadt,
 - Stadtteil Darmstadt-West,
- Landkreis Darmstadt-Dieburg:
 - Gemeinde Messel,
 - Stadt Dieburg,
 - Gemeinde Roßdorf,
 - Gemeinde Groß-Zimmern,
 - Stadt Reinheim,
 - Stadt Groß-Biebrau,
 - Gemeinde Fischbachtal,
 - Gemeinde Modautal,
 - Teile der Stadt Groß-Umstadt,
 - Teile der Gemeinde Eppertshausen,
 - Teile der Gemeinde Münster (Hessen),
 - Teile der Stadt Babenhausen,
 - Teile der Gemeinde Otzberg,
 - Stadt Ober-Ramstadt,
 - Gemeinde Mühlthal,
 - Gemeinde Seeheim-Jugenheim,
 - Gemeinde Erzhausen,
 - Stadt Weiterstadt,

- Stadt Griesheim,
- Gemeinde Alsbach-Hähnlein,
- Gemeinde Bickenbach,
- Stadt Pfungstadt,
- Stadt Frankfurt am Main:
 - Stadtteil Sindlingen,
 - Stadtteil Zeilsheim,
 - Teile des Stadtteils Höchst,
 - Teile des Stadtteils Unterliederbach,
 - Teile des Stadtteils Schwanheim,
- Stadt Wiesbaden:
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Biebrich,
 - Ortsbezirk Mainz-Amöneburg,
 - Ortsbezirk Mainz-Kastel,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Erbenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Delkenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Nordenstadt,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Breckenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Igstadt,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Mitte,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Rheingauviertel,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Südost,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Westend,
 - Ortsbezirk Mainz-Kostheim,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Dotzheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Frauenstein,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Bierstadt,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Auringen,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Klarenthal,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Kloppenheim,
 - Ortsbezirk Wiesbaden-Schierstein,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Sonnenberg,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Medenbach,
 - Teile des Ortsbezirkes Wiesbaden-Nordost,

- Landkreis Odenwaldkreis:
 - Teile der Gemeinde Brensbach,
 - Teile der Gemeinde Fränkisch-Crumbach,
 - Teile der Gemeinde Reichelsheim (Odenwald),
- Landkreis Rheingau-Taunus-Kreis:
 - Teile der Gemeinde Schlangenbad,
 - Teile der Gemeinde Taunusstein,
 - Teile der Gemeinde Bad Schwalbach,
 - Gemeinde Eltville am Rhein,
 - Gemeinde Kiedrich,
 - Teile der Gemeinde Oestrich-Winkel,
 - Teile der Gemeinde Geiseheim,
 - Gemeinde Walluf,

Bundesland Rheinland-Pfalz:

- Stadt Mainz
- Landkreis Mainz-Bingen:
 - Stadt Bingen, Naturschutzgebiet-7300-019 „Fulderaue-Ilmenaue“,
 - Gemeinde Budenheim,
 - Stadt Gau-Algesheim,
 - Gemeinde Schwabenheim an der Selz,
 - Stadt Ingelheim am Rhein,
 - Gemeinde Dolgesheim,
 - Gemeinde Dorn-Dürkheim,
 - Gemeinde Hahnheim,
 - Gemeinde Hillesheim,
 - Gemeinde Klein-Winternheim,
 - Gemeinde Nieder-Olm (östlich der A63),
 - Gemeinde Ober-Olm (östlich der A63),
 - Gemeinde Sörrenloch,
 - Gemeinde Undenheim,
 - Gemeinde Weinolsheim,
 - Gemeinde Zornheim,
 - Gemeinde Bodenheim,
 - Gemeinde Dalheim,
 - Gemeinde Dexheim,

- Gemeinde Dienheim,
- Gemeinde Eimsheim,
- Gemeinde Friesenheim,
- Gemeinde Gau-Bischofsheim,
- Gemeinde Guntersblum,
- Gemeinde Harxheim,
- Gemeinde Königsheim,
- Gemeinde Lörzweiler,
- Gemeinde Ludwigshöhe,
- Gemeinde Mommenheim,
- Gemeinde Nackenheim,
- Stadt Nierstein,
- Stadt Oppenheim,
- Gemeinde Selzen,
- Gemeinde Uelversheim,
- Gemeinde Wintersheim,
- Landkreis Alzey-Worms:
 - Gemeinde Bechtolsheim,
 - Gemeinde Dittelsheim-Heßloch,
 - Gemeinde Framersheim,
 - Gemeinde Frettenheim,
 - Gemeinde Gau-Odernheim,
 - Gemeinde Monzernheim,
 - Gemeinde Westhofen,
 - Gemeinde Alsheim,
 - Gemeinde Bechtheim,
 - Gemeinde Mettenheim,
 - Gemeinde Osthofen,
 - Stadt Worms,
 - Gemeinde Eich,
 - Gemeinde Gimbsheim,
 - Gemeinde Hamm am Rhein,

- Landkreis Rhein-Pfalz-Kreis:
 - Stadt Ludwigshafen a. Rh. (BASF Werksgelände, bebaute Ortslage Oppau, Stadtteil Edigheim),
 - Gemeinde Beindersheim,
 - Gemeinde Bobenheim-Roxheim,
 - Stadt Frankenthal (Pfalz) (bebaute Flächen und östlich davon gelegene Freiflächen),
 - Gemeinde Großniedesheim,
 - Gemeinde Kleinniedesheim,

Bundesland Baden-Württemberg:

- Stadt Mannheim,
- Landkreis Rhein-Neckar-Kreis:
 - Gemeinde Laudenbach,
 - Stadt Hemsbach,
 - Stadt Weinheim,
 - Gemeinde Heddesheim,
 - Gemeinde Hirschberg,
 - Gemeinde Ilvesheim,
 - Stadt Ladenburg,
 - Stadt Schriesheim,
 - Gemeinde Wilhelmsfeld,
 - Gemeinde Heiligkreuzsteinach,
 - Gemeinde Dossenheim,
 - Gemeinde Edingen-Neckarhausen.

3. **Estland**

Die folgenden Sperrzonen II in Estland:

- Eesti Vabariik (välja arvatud Hiiu maakond).

4. **Lettland**

Die folgenden Sperrzonen II in Lettland:

- Aizkraukles novads,
- Alūksnes novads,
- Augšdaugavas novads,
- Ādažu novads,
- Balvu novads,
- Bauskas novads,
- Cēsu novads,

- Dienvidkurzemes novada Aizputes, Cīravas, Lažas, Durbes, Dunalkas, Tadaikšu, Vecpils, Bārtas, Sakas, Bunkas, Priekules, Gramzdas, Kalētu, Virgas, Dunikas, Vaiņodes, Gaviezes, Grobiņas, Rucavas, Vērgales, Medzes, Embūtes, Kalvenes, Kazdangas pagasts, Nīcas pagasta daļa uz dienvidiem no apdzīvotas vietas Bernāti, autoceļa V1232, A11, V1222, Bārtas upes, Aizputes, Durbes, Pāvilostas, Priekules, Grobiņas pilsēta,
- Dobeles novads,
- Gulbenes novads,
- Jelgavas novads,
- Jēkabpils novads,
- Krāslavas novads,
- Kuldīgas novads,
- Ķekavas novads,
- Limbažu novads,
- Līvānu novads,
- Ludzas novads,
- Madonas novads,
- Mārupes novads,
- Ogres novads,
- Olaines novads,
- Preiļu novads,
- Rēzeknes novads,
- Ropažu novada Garkalnes, Ropažu pagasts, Stopiņu pagasta daļa, kas atrodas uz austrumiem no autoceļa V36, P4 un P5, Acones ielas, Dauguļupes ielas un Dauguļupītes, Vangažu pilsēta,
- Salaspils novads,
- Saldus novads,
- Saulkrastu novads,
- Siguldas novads,
- Smiltenes novads,
- Talsu novads,
- Tukuma novads,
- Valkas novads,
- Valmieras novads,
- Ventspils novads,
- Daugavpils valstspilsētas pašvaldība,
- Jelgavas valstspilsētas pašvaldība,
- Jūrmalas valstspilsētas pašvaldība,

- Rēzeknes valstspilsētas pašvaldība,
- Rīgas valstspilsētas pašvaldība.

5. **Litauen**

Die folgenden Sperrzonen II in Litauen:

- Alytaus miesto savivaldybė,
- Alytaus rajono savivaldybė,
- Anykščių rajono savivaldybė,
- Akmenės rajono savivaldybė,
- Birštono savivaldybė,
- Biržų miesto savivaldybė,
- Biržų rajono savivaldybė,
- Druskininkų savivaldybė,
- Elektrėnų savivaldybė,
- Ignalinos rajono savivaldybės: Didžiasalio seniūnija,
- Jonavos rajono savivaldybė,
- Joniškio rajono savivaldybės: Kepalių seniūnija,
- Jurbarko rajono savivaldybė,
- Kaišiadorių rajono savivaldybė,
- Kalvarijos savivaldybė,
- Kauno miesto savivaldybė,
- Kauno rajono savivaldybė,
- Kazlų rūdų savivaldybė,
- Kelmės rajono savivaldybė,
- Kėdainių rajono savivaldybė,
- Klaipėdos rajono savivaldybė,
- Kupiškio rajono savivaldybė,
- Kretingos rajono savivaldybė,
- Lazdijų rajono savivaldybė,
- Mažeikių rajono savivaldybė,
- Molėtų rajono savivaldybė,
- Marijampolės savivaldybė,
- Pagėgių savivaldybė,
- Pakruojo rajono savivaldybė,

- Panevėžio rajono savivaldybės: Krekenavos seniūnijos rytinė dalis nuo Nevėžio upės, Karsakiškio, Miežiškių, Pajstrio, Panevėžio, Ramygalos, Raguvos, Smilgių, Upytės, Vadoklių, Velžio seniūnijos
- Palangos miesto savivaldybė,
- Pasvalio rajono savivaldybė,
- Radviliškio rajono savivaldybė,
- Rietavo savivaldybė,
- Prienų rajono savivaldybė,
- Plungės rajono savivaldybė,
- Raseinių rajono savivaldybė,
- Rokiškio rajono savivaldybė,
- Skuodo rajono savivaldybė,
- Šakių rajono savivaldybė,
- Šalčininkų rajono savivaldybė,
- Šiaulių miesto savivaldybė,
- Šiaulių rajono savivaldybė,
- Šilutės rajono savivaldybė,
- Širvintų rajono savivaldybė,
- Šilalės rajono savivaldybė,
- Švenčionių rajono savivaldybė,
- Tauragės rajono savivaldybė,
- Telšių rajono savivaldybė,
- Trakų rajono savivaldybė,
- Ukmergės rajono savivaldybė,
- Utenos rajono savivaldybė,
- Varėnos rajono savivaldybė,
- Vilkaviškio rajono savivaldybė,
- Vilniaus miesto savivaldybė,
- Vilniaus rajono savivaldybė,
- Visagino savivaldybė,
- Širvintų rajono savivaldybė,
- Zarasų rajono savivaldybė.

6. Ungarn

Die folgenden Sperrzonen II in Ungarn:

- Borsod-Abaúj-Zemplén vármegyeye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,

- Fejér vármegye 403150, 403160, 403250, 403260, 403350, 404250, 404550, 404560, 404570, 405450, 405550, 405650, 406450 és 407050 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Hajdú-Bihar vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Heves vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe,
- Jász-Nagykun-Szolnok vármegye 750250, 750550, 750650, 750750, 752150, 752450, 752460, 752550 és 752560 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Komárom-Esztergom vármegye 250350, 250850, 250950, 251450, 251550, 251950, 252050, 252150, 252350, 252450, 252460, 252550, 252650, 252750, 252850, 252860, 252950, 252960, 253050, 253150, 253250, 253350, 253450 és 253550 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Nógrád vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Pest vármegye 570150, 570250, 570350, 570450, 570550, 570650, 570750, 570850, 570950, 571050, 571150, 571250, 571350, 571650, 571750, 571760, 571850, 571950, 572050, 573550, 573650, 574250, 580050 és 580150 kódszámú vadgazdálkodási egységeinek teljes területe,
- Szabolcs-Szatmár-Bereg vármegye valamennyi vadgazdálkodási egységének teljes területe.

7. **Polen**

Die folgenden Sperrzonen II in Polen:

w województwie kujawsko - pomorskim:

- część powiatu grudziądzkiego niewymieniona w części I i III załącznika I,
- gminy Jabłonowo Pomorskie, Bobrowo, Zbiczno, Brodnica z miastem Brodnica, część gminy Osiek położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Dzierżno – Kretki Małe – Osiek – Łapinówek w powiecie brodnickim,
- część gminy Wąpielsk położona na północ od drogi łączącej miejscowości Osiek – Łapinówek – Radziki Małe – Radziki Duże – Szczawniki – Półka Duże – Cieszyń w powiecie rypińskim,
- część gminy wiejskiej Golub - Dobrzyń położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Półka Duże – Pusta Dąbrówka – Cieszyń- Wrocki – Łobdowo w powiecie golubsko – dobrzyńskim,
- część powiatu chełmińskiego niewymieniona w części I załącznika I, ,
- gminy Dragacz, Świecie, Nowe, Warlubie, część gminy Pruszcz położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Bukowiec położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od południowej granicy gminy, łączącej miejscowości Gołuszyce - Różanna – Gawroniec – Dolny Młyn – biegnącej do skrzyżowania z drogą nr 240 i dalej na południe od tej drogi biegnącej od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy, w powiecie świeckim,
- powiat miejski Grudziądz
- część gminy Dąbrowa Chełmińska położona na północny-zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od wschodniej granicy gminy, od przecięcia z drogą łączącą Oktowo – Gzin – Gzin Dolny – Czarze do przecięcia z drogą łączącą miejscowości Boluminek – Janowo – Rafa, a następnie na północ od tej drogi, która biegnie do granicy miejscowości Rafa i dalej na północ od linii wyznaczonej przez południową granicę miejscowości Rafa do zachodniej granicy gminy, część gminy Dobrcz położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę S5 w powiecie bydgoskim,

- część gminy Łubianka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 551 łączącą miejscowości Nawra – Grzybno, część gminy wiejskiej Chełmża niewymieniona w części I załącznika I w powiecie toruńskim,

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gminy Kalinowo, Stare Juchy, Prostki oraz gmina wiejska Ełk w powiecie ełckim,
- powiat elbląski,
- powiat miejski Elbląg,
- powiat gołdapski,
- powiat piski,
- powiat bartoszycki,
- powiat olecki,
- powiat giżycki,
- powiat braniewski,
- powiat kętrzyński,
- powiat lidzbarski,
- gminy Dźwierzuty Jedwabno, Pasym, Świętajno, Wielbark, Szczytno i miasto Szczytno w powiecie szczycieńskim,
- powiat mrągowski,
- powiat węgorzewski,
- powiat olsztyński,
- powiat miejski Olsztyn,
- powiat nidzicki,
- powiat ostródzki,
- część powiatu iławskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- część powiatu działdowskiego niewymieniona w części II załącznika I,
- część powiatu nowomiejskiego niewymieniona w części I i III załącznika I,

w województwie podlaskim:

- część powiatu bielskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat grajewski,
- powiat moniecki,
- powiat sejneński,
- część powiatu siemiatyckiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat hajnowski,
- powiat białostocki,
- powiat suwalski,
- powiat miejski Suwałki,

- powiat augustowski,
 - powiat sokółski,
 - powiat miejski Białystok
 - gmina Rutki w powiecie zambrowskim,
 - gminy Stawiski, Mały Płock w powiecie kolneńskim,
 - gminy Jedwabne, Piątnica, Przytuły, Wizna w powiecie łomżyńskim,
 - gminy Kobylin-Borzemy, Sokoły, Kulesze Kościelne w powiecie wysokomazowieckim,
- w województwie mazowieckim:
- gminy Korczew, Mordy, Paprotnia, Przesmyki w powiecie siedleckim,
 - powiat łosicki,
 - gminy Kazanów, Przylęk, Policzna w powiecie zwoleńskim,
 - powiat kozienicki,
 - powiat radomski,
 - gminy Chotcza, Solec nad Wisłą, Rzecznów, Sienno, Lipsko w powiecie lipskim,
 - powiat miejski Radom,
 - powiat szydłowiecki,
 - gminy Radzymin, Wołomin, miasto Kobyłka, miasto Marki, miasto Ząbki, miasto Zielonka w powiecie wołomińskim,
 - część powiatu garwolińskiego niewymieniona w części I załącznika I,
 - gmina Sulejówek w powiecie mińskim,
 - powiat otwocki,
 - powiat legionowski,
 - powiat piaseczyński,
 - część powiatu grójeckiego niewymieniona w części I załącznika I,
 - gmina Mszczonów w powiecie żyrardowskim,
 - powiat białobrzegi,
 - powiat miejski Warszawa,
 - gminy Borkowice, Gielniów, Przysucha, Wieniawa w powiecie przysuskim,
- w województwie lubelskim:
- powiat bialski,
 - powiat miejski Biała Podlaska,
 - powiat janowski,
 - powiat puławski,
 - powiat rycki,
 - gminy Adamów, Krzywda, Serkomla, Wojcieszków w powiecie łukowskim,

- powiat lubelski,
- powiat miejski Lublin,
- powiat lubartowski,
- powiat łęczyński,
- powiat świdnicki,
- powiat biłgorajski,
- powiat hrubieszowski,
- powiat krasnostawski,
- powiat chełmski,
- powiat miejski Chełm,
- powiat tomaszowski,
- powiat kraśnicki,
- powiat parczewski,
- powiat opolski,
- powiat włodawski,
- powiat radzyński,
- powiat miejski Zamość,
- powiat zamojski

w województwie podkarpackim:

- część powiatu stalowowolskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat lubaczowski,
- gmina Stubno, część gminy Orły położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 77 w powiecie przemyskim,
- gmina Laszki, Wiązownica, Radymno z miastem Radymno w powiecie jarosławskim,
- część powiatu leżajskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- część powiatu niżańskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- powiat tarnobrzeczki,
- powiat miejski Tarnobrzeg,
- część powiatu mieleckiego niewymieniona w części I załącznika I,
- część gminy Żyraków położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Róża – Zasów – Mokre – Żyraków - Wola Żyrakowska – Bobrowa - Brzeźnica w powiecie dębickim,

w województwie pomorskim:

- powiat sztumski,
- część powiatu kwidzyńskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat malborski,

- powiat nowodworski,
- część powiatu miejskiego Gdańsk z wyłączeniem obszaru dzielnicy Nowy Port oraz Wyspy Portowej ograniczonej wodami Zatoki Gdańskiej, Martwej Wisły i Wisły Śmiałej oraz obszaru położonego na północ od linii wyznaczonej przez ulicę: Przemysławą, biegnącą od Kanału Portowego do skrzyżowania z ul. Ignacego Krasickiego, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Ignacego Krasickiego biegnącej od tego skrzyżowania do skrzyżowania z ul. Zdrojową i dalej na wschód od linii wyznaczonej przez ul. Zdrojową biegnącą od skrzyżowania z ul. Ignacego Krasickiego do linii brzegowej Zatoki Gdańskiej,
- powiat gdański,
- powiat miejski Gdynia,
- powiat miejski Sopot,
- powiat pucki,
- gminy Choczewo, Reda, Rumia, Szemud, Wejherowo, miasto Wejherowo, część gminy Luzino położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 468, część gminy Gniewino położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Prusowo – Bychowo – Perlino – Gniewino – Mierzyno – Tadzino – Kostkowo – Chynowie – Świetlino w powiecie wejherowskim,
- gminy Przodkowo, Żukowo w powiecie kartuskim,
- powiat tczewski,
- gmina Smętowo Graniczne, Skarszewy, Starogard Gdański, miasto Starogard Gdański, część gminy Zblewo położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie starogardzkim,
- część gminy Głównice niewymieniona w części I załącznika I w powiecie słupskim,
- gmina Wicko, Miasto Łeba, część gminy Nowa Wieś Lęborska niewymieniona w części I załącznika I w powiecie lęborskim,

w województwie świętokrzyskim:

- gminy Tarłów i Ożarów w powiecie opatowskim,
- gminy Dwikozy, Łoniów, Wilczyce, Zawichost, miasto Sandomierz, część gminy Obrazów położona na wschód od linii wyznaczonej przez ulicę Rolniczą w miejscowości Chwałki w powiecie sandomierskim,
- powiat starachowicki,
- gminy Bałtów, Kunów, część gminy Ćmielów położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 755, część gminy Bodzechów położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową łączącą Ćmielów – Bodzechów – Ostrowiec Świętokrzyski w powiecie ostrowieckim,
- gmina Osiek w powiecie staszowskim,
- gminy Bliżyn, Suchedniów, Skarżysko Kościelne, miasto Skarżysko-Kamienna w powiecie skarżyskim,
- gmina Zagnańsk, część gminy Bodzentyn położona na północny-wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 751 w powiecie kieleckim,
- gminy Gowarczów, Stąporków w powiecie koneckim,

w województwie lubuskim:

- powiat gorzowski,
- powiat miejski Gorzów Wielkopolski,

- powiat żarski,
- powiat słubicki,
- powiat żagański,
- powiat krośnieński,
- powiat zielonogórski
- powiat miejski Zielona Góra,
- powiat nowosolski,
- powiat sulęciński,
- powiat międzyrzecki,
- powiat świebodziński,
- powiat wschowski,
- powiat strzelecko – dreźniecki,

w województwie dolnośląskim:

- powiat zgorzelecki,
- powiat polkowicki,
- powiat wołowski,
- gmina Jeżów Sudecki w powiecie karkonoskim,
- powiat lubiński,
- powiat średzki,
- gmina Mściwojów, Wądroże Wielkie, miasto Jawor, część gminy Męcinka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Leszczyna - Stanisławów – Pomocne – Myślinów - Myślibórz w powiecie jaworskim,
- powiat miejski Legnica,
- powiat legnicki,
- powiat trzebnicki,
- powiat lubański,
- powiat miejski Wrocław,
- gminy Czernica, Długoleka, Siechnice, Mietków, Kąty Wrocławskie, Kobierzyce, część gminy Żórawina położona na wschód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie wrocławskim,
- gminy Jelcz - Laskowice, Oława z miastem Oława i część gminy Domaniów położona na północny wschód od linii wyznaczonej przez autostradę A4 w powiecie oławskim,
- gminy Bierutów, Dziadowa Kłoda, Twardogóra, miasto Oleśnica, część gminy wiejskiej Oleśnica położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr S8, część gminy Dobroszyce położona na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od północnej do południowej granicy gminy w powiecie oleśnickim,
- powiat bolesławiecki,
- powiat milicki,

- powiat górowski,
- powiat głogowski,
- gmina Świerzawa, Wojcieszów, Zagrodno, część gminy Pielgrzymka położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 do skrzyżowania z drogą w miejscowości Pielgrzymka łączącą miejscowości Wojcieszyn - Pielgrzymka - Proboszczów, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Pielgrzymka - Proboszczów - Sokołowiec, miasto Złotoryja, część gminy wiejskiej Złotoryja położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 364 biegnącą od zachodniej granicy gminy do granicy miasta Złotoryja oraz na północ od linii wyznaczonej od południowo-wschodniej granicy miasta Złotoryja, łączącej miejscowości Złotoryja - Leszczyna - Stanisławów w powiecie złotoryjskim,
- powiat lwówecki,
- powiat wałbrzyski,
- powiat miejski Wałbrzych,
- część powiatu świdnickiego niewymieniona w części I załącznika I,

w województwie wielkopolskim:

- powiat wolsztyński,
- powiat grodziski,
- powiat kościański,
- gminy Brodnica, Śrem w powiecie śremskim,
- gmina Zaniemyśl w powiecie średzkim,
- gminy Rychtal, Trzcina w powiecie kępińskim,
- część powiatu międzychodzkiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat nowotomyski,
- gminy Buk, Stęszew, Tarnowo Podgórne, Rokietnica, część gminy Kostrzyn położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5, część gminy Kórnik niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Mosina niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Dopiewo niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Kleszczewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez ulice Leśna - Kalinowa - Sportowa w miejscowości Tulce biegnącą od północnej do południowej granicy gminy oraz na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr S5 biegnącą od północnej granicy gminy do przecięcia z linią wyznaczoną przez drogę nr A2 i dalej na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr A2 biegnącą od tego przecięcia z drogą nr S5 do przecięcia z drogą nr 434, a następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 434 biegnącą od tego skrzyżowania do południowej granicy gminy w powiecie poznańskim,
- powiat rawicki,
- gmina Duszniki, część gminy Wronki niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Kaźmierz niewymieniona w części III załącznika I, część gminy Pniewy niewymieniona w części III załącznika I w powiecie szamotulskim,
- część powiatu gostyńskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- gminy Kobylin, Zduny, Krotoszyn, miasto Sulmierzyce w powiecie krotoszyńskim,
- część gminy wiejskiej Ostrów Wielkopolski położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Sulisław - Łąkociny - Wierzbno w powiecie ostrowskim,

- powiat leszczyński,
- powiat miejski Leszno,
- gminy Krzyż Wielkopolski, Drawsko, Wieleń, część gminy Lubasz położona na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową, część gminy Połajewo niewymieniona w części III załącznika I w powiecie czarnkowsko-trzcianeckim,
- część gminy Mieścisko położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190, część gminy Wągrowiec położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 190 biegnącej od południowej granicy miasta Wągrowiec do południowej granicy gminy oraz na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od granicy z gminą Skoki do południowej granicy miasta Wągrowiec w powiecie wągrowieckim,

w województwie zachodniopomorskim:

- część powiatu myśliborskiego niewymieniona w części I załącznika I,
- część powiatu gryfińskiego niewymieniona w części III załącznika I,
- powiat policki,
- część powiatu miejskiego Szczecin położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr A6,
- gminy Przybiernów, Stepnica, część gminy Osina położona na północ od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od zachodniej do wschodniej granicy gminy, część gminy Nowogard niewymieniona w części I załącznika I, część gminy Goleniów położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogi nr S3 i S6 w powiecie goleniowskim,
- część gminy Kalisz Pomorski położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 175 w powiecie drawskim,
- gminy Bierzwnik, Choszczno, Drawno, Krzęcin, Recz w powiecie choszczeńskim,
- gminy Człopa, Tuczo, Mirosławiec, miasto Wałcz, część gminy wiejskiej Wałcz niewymieniona w części I załącznika I w powiecie wałeckim,
- gminy Dolice, Dobrzany, Ińsko, Suchań, część gminy Chociwel położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Mokrzyca – Karkowo, biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Karkowo – Chociwel, następnie na południe od drogi łączącej miejscowości Karkowo-Chociwel biegnącą od tego skrzyżowania do przecięcia z linią kolejową w miejscowości Chociwel (ul. Zachodnia), dalej na zachód od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od przecięcia z ul. Zachodnią w miejscowości Chociwel do południowej granicy gminy, część gminy Marianowo niewymieniona w części III, załącznika I w powiecie stargardzkim,
- część powiatu przyckiego niewymieniona w części I załącznika I,

w województwie opolskim:

- gminy Brzeg, Lubsza, Lewin Brzeski, Olszanka, Skarbimierz, część gminy Grodków położona na wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową w powiecie brzeskim,
- gminy Dąbrowa, Dobrzeń Wielki, Popielów, Murów, Niemodlin, Tułowice, Turawa, Ozimek, część gminy Łubniany położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Swierkle – Masów, ulicę Leśną w miejscowości Masów oraz na północ od ulicy Kolanowskiej biegnącej do wschodniej granicy gminy w powiecie opolskim,
- gminy Kluczbork, Lasowice Wielkie, Wołczyn w powiecie kluczborskim,
- powiat namysłowski,
- gminy Dobrodzień, Olesno, Zębowice w powiecie oleskim

— gminy Kolonowskie, Jemielnica, Zawadzkie w powiecie strzeleckim,
w województwie śląskim:

— gminy Ciasna, Pawonków w powiecie lublinieckim,

8. **Słowakei**

Die folgenden Sperrzonen II in der Slowakei:

- the whole district of Gelnica,
- the whole district of Poprad
- the whole district of Spišská Nová Ves,
- the whole district of Levoča,
- the whole district of Kežmarok,
- the whole district of Michalovce,
- the whole district of Medzilaborce
- the whole district of Košice-okolie,
- the whole district of Rožnava,
- the whole city of Košice,
- the whole district of Sobrance,
- the whole district of Vranov nad Topľou,
- the whole district of Humenné,
- the whole district of Snina,
- the whole district of Prešov,
- the whole district of Sabinov,
- the whole district of Svidník,
- the whole district of Stropkov,
- the whole district of Bardejov,
- the whole district of Stará Ľubovňa,
- the whole district of Revúca,
- the whole district of Rimavská Sobota,
- the whole district of Veľký Krtíš,
- the whole district of Lučenec,
- the whole district of Poltár,
- the whole district of Zvolen,
- the whole district of Detva,
- the whole district of Krupina,
- the whole district of Banská Štiavnica,
- the whole district of Žarnovica,

- the whole district of Banská Bystrica,
- the whole district of Brezno,
- the whole district of Liptovský Mikuláš,
- in the district of Ružomberok, municipalities of Ružomberok, Liptovská Štiavnica, Štiavnička, Ludrová, Sliače, Likavka, Martinček, Lisková, Turík, Ivachnová, Liptovská Teplá, Liptovský Michal, Bešeňová, Kalameny, Lúčky,
- the whole district of Trebišov,
- the whole district of Zlaté Moravce,
- the whole district of Levice except municipalities included in part I,
- the whole district Turčianske Teplice,
- the whole district Žiar nad Hronom,
- the whole district of Prievidza
- the whole district of Partizánske,
- in the district of Nitra, the municipalities of Pohranice, Hostová, Kolíňany, Malý Lapáš, Dolné Obdokovce, Čeladice, Veľký Lapáš, Babindol, Malé Chyndice, Golianovo, Klasov, Veľké Chyndice, Nová Ves nad Žitavou, Paňa, Vráble, Tajná, Lúčnica nad Žitavou, Žitavce, Melek, Telince, Čifáre, Horné Lefantovce, Dolné Lefantovce, Jelenec, Bádice, Žirany, Podhorany, Nitrianske Hrnčiarovce, Štitáre, Ľudovítová, Kapince, Malé Zálužie, Hruboňovo, Šurianky, Výčapy-Opatovce, Nitra, Jelšovce, Čakajovce, Zbehy, Nové Sady, Čab, Lukáčovce, Lehota, Alekšince, Veľké Zálužie,
- the whole district of Topoľčany,
- the whole district of Bánovce nad Bebravou except the municipalities included in part I,
- in the district of Trenčín, the municipalities of Svinná, Bobot, Horná, Motešice, Petrova Lehota, Omšenie, Dolná Poruba,
- in the district of Ilava, the municipality of Zliechov
- in the district of Nové Zámky, the municipalities of Mužla, Obid, Nána, Štúrovo, Gbelce, Belá, Šarkan, Ľuba, Kamenný most, Nová Vieska, Kamenica nad Hronom, Bajtava, Leľa, Chľaba, Malá nad Hronom, Strekov, Sikenička, Pavlová, Bňa, Kamenín, Salka, Malé Kosihy,
- in the district of Komárno, the municipalities of Kravany nad Dunajom, Búč, Bátorove Kosihy, Moča, Radvaň nad Dunajom, Virt, Šrobárová, Mudroňovo, Modrany, Svätý Peter, Hurbanovo, Dulovce, Pribeta, Bajč, Patince, Iža, Chotín, Marcelová, Komárno, Martovce.

9. Italien

Die folgenden Sperrzonen II in Italien:

Piedmont Region:

- in the Province of Alessandria the following Municipalities: Alessandria, Tortona, Carbonara Scrivia, Frugarolo, Paderna, Spineto Scrivia, Castellazzo Bormida, Bosco Marengo, Castelspina, Casal Cermelli, Alice Bel Colle, Terzo, Bistagno, Cavatore, Castelnovo Bormida, Cabella Ligure, Carrega Ligure, Francavilla Bisio, Carpeneto, Costa Vescovato, Grogna, Orsara Bormida, Pasturana, Melazzo, Mornese, Ovada, Predosa, Lerma, Fraconalto, Rivalta Bormida, Fresonara, Malvicino, Ponzzone, San Cristoforo, Sezzadio, Rocca Grimalda, Garbagna, Tassarolo, Mongiardino Ligure, Morsasco, Montaldo Bormida, Prasco, Montaldeo, Belforte Monferrato, Albera Ligure, Bosio, Cantalupo Ligure, Castelletto D'orba, Cartosio, Acqui Terme, Arquata Scrivia, Parodi Ligure, Ricaldone, Gavi, Cremolino, Brignano-Frascata, Novi Ligure, Molare, Cassinelle, Morbello,

Avolasca, Carezzano, Basaluzzo, Dernice, Trisobbio, Strevi, Sant'Agata Fossili, Pareto, Visone, Voltaggio, Tagliolo Monferrato, Casaleggio Boiro, Capriata D'orba, Castellania Coppi, Carrosio, Cassine, Vignole Borbera, Serravalle Scrivia, Silvano D'orba, Villalvernia, Roccaforte Ligure, Rocchetta Ligure, Sardigliano, Stazzano, Borghetto Di Borbera, Grondona, Cassano Spinola, Montacuto, Gremiasco, San Sebastiano Curone, Fabbrica Curone, Spigno Monferrato, Montechiaro d'Acqui, Castelletto d'Erro, Ponti, Denice, Pozzolo Formigaro, Cerreto Grue, Casasco, Montegioco, Montemarzino, Momperone, Merana, Pozzol Groppo, Villaromagnano, Sarezzano, Monleale, Volpedo, Casalnoceto, Alluvioni Piovera, Alzano Scrivia, Bassignana, Berzano di Tortona, Castellar Guidobono, Castelnuovo Scrivia, Guazzora, Isola Sant'antonio, Molino dei Torti, Montecastello, Pecetto di Valenza, Pietra Marazzi, Pomaro Monferrato, Pontecurone, Rivarone, Sale, San Salvatore Monferrato, Valenza, Viguzzolo, Volpeggino, Gamalero, Bergamasco, Borgoratto Alessandrino, Carentino, Frascaro, Masio, Oviglio, Felizzano, Quattordio, Solero,

- in the province of Asti the following Municipalities: Moasca, Montaldo Scarampi, Castelnuovo Calcea, Calosso, Montegrosso d'Asti, Agliano Terme, Mombaldone, Castel Rocchero, Montabone, Sessame, Monastero Bormida, Roccaverano, Vesime, Cessole, Loazzolo, San Giorgio Scarampi, Olmo Gentile, Bubbio, Rocchetta Palafea, Cassinasco, Castel Boglione, Serole, Calamandrana, Castelletto Molina, Fontanile, Maranzana, Mombaruzzo, Quaranti, Bruno, Canelli, Castelnuovo Belbo, Cortiglione, Incisa Scapaccino, Nizza Monferrato, San Marzano Oliveto, Vaglio Serra, Belveglio, Castello di Annone, Cerro Tanaro, Mombercelli, Rocca d'Arazzo, Rocchetta Tanaro, Vinchio,
- In the Province of Cuneo, the following Municipalities: Castiglione Tinella, Cortemilia, Perletto, Pezzolo Valle Uzzone, Santo Stefano Belbo,

Liguria Region:

- in the province of Genova the following Municipalities: Bogliasco, Arenzano, Ceranesi, Ronco Scrivia, Mele, Isola del Cantone, Lumarzo, Genova, Masone, Serra Riccò, Campo Ligure, Mignanego, Busalla, Bargagli, Savignone, Torriglia, Rossiglione, Sant'Olcese, Valbrevenna, Sori, Tiglieto, Campomorone, Cogoleto, Pieve Ligure, Davagna, Casella, Montoggio, Crocefieschi, Vobbia, Fascia, Gorreto, Propata, Rondanina, Neirone, Montebruno, Uscio, Avegno, Recco, Tribogna, Moconesi, Favale Di Malvaro, Cicagna, Lorsica, Rapallo, Rezzoaglio, Fontanigorda, Rovegno, Coreglia Ligure, Mezzanego, Borzonasca, Orero, Ne, San Colombano Certenoli, Carasco, Santo Stefano D'aveto, Cogorno, Chiavari, Leivi, Camogli, Sestri Levante, Casarza Ligure, Lavagna, Zoagli, Santa Margherita Ligure, Portofino, Castiglione Chiavarese, Moneglia
- in the province of Savona the following Municipalities: Urbe, Sassello,
- In the Province of La Spezia the following Municipality: Varese Ligure, Maissana, Sesta Godano, Brugnato, Carro, Carrodano, Rocchetta di Vara, Zignago, Borghetto di Vara, Beverino, Calice al Cornoviglio, Deiva Marina, Framura

Lombardia Region:

- In the Province of Pavia the following Municipalities: Langosco, Ponte Nizza, Bagnaria, Brallo di Pregola, Menconico, Zavattarello, Romagnese, Varzi, Val di Nizza, Santa Margherita di Staffora, Cecima, Colli Verdi, Godiasco, Casei Gerola, Frascarolo, Gambarana, Mede, Suardi, Torre Beretti e Castellaro, Villa Biscossi, Rocca de' Giorgi, Lomello, Montalto Pavese, Montesegale, Pieve del Cairo, Borgo Priolo, Bressana Bottarone, Barbianello, Ferrera Erbognone, Rivanazzano, Zinasco, Silvano Pietra, Torrazza Coste, Retorbido, Sannazzaro de' Burgondi, Calvignano, Carbonara al Ticino, Cava Manara, Codevilla, Cervesina, Galliavola, Corvino San Quirico, Corana, Mornico Losana, Casatisma, Bastida Pancarana, Castelletto di Branduzzo, Borgoratto Mormorolo, Casteggio, Fortunago, Rocca Susella, Redavalle, Lungavilla, Robecco Pavese, Rabattone, Pinarolo

Po, San Martino Siccomario, Pizzale, Torricella Verzate, Mezzana Bigli, Montebello della Battaglia, Oliva Gessi, Pieve Albignola, Pancarana, Pietra de' Giorgi, Santa Giuletta, Verretto, Sommo, Voghera, Cornale e Bastida, Rea, Verrua Po, Montescano, Canneto Pavese, Casanova Lonati, Bosnasco, Santa Maria della Versa, Stradella, Lirio, Cigognola, Campospinoso, Castana, Broni, Golferenzo, Montù Beccaria, Montecalvo Versiggia, Zenevredo, Rovescala, San Damiano al Colle, Volpara,

Emilia-Romagna Region:

— in the province of Piacenza, the following Municipalities: Vernasca, Ottone, Zerba, Cerignale, Corte Brugnata, Ferriere, Agazzano, Bobbio, Coli, Farini, Pianello Val Tidone, Piozzano, Alta Val Tidone, Borgonovo Val Tidone, Castel San Giovanni, Gragnano Trebbiense, Morfasso, Rottofreno, Sarmato, Ziano Piacentino, Calendasco, Castell'Arquato, Alseno, Fiorenzuola D'Arda, Pontenure, Cadeo, Piacenza, Lugagnano Val d'Arda, Carpaneto Piacentino.

— In the Province of Parma, the following Municipalities: Sala Baganza, Fornovo di Taro, Terenzo, Collecchio, Solignano, Varano de' Melegari, Noceto, Medesano, Felino, Salsomaggiore Terme, Pellegrino Parmense, Calestano, Bore, Tornolo, Bedonia, Compiano, Albareto, Bardi, Borgo Val di Taro, Varsi, Valmozzola, Berceto,

– Toscana Region:

— In the Province of Massa Carrara, the following Municipalities: Zeri, Pontremoli, Mulazzo, Filattiera, Tresana, Bagnone, Villafranca in Lunigiana.

– Calabria Region:

— In Reggio Calabria Province the following Municipalities: Cardeto, Motta San Giovanni, Montebello Ionico, Sant'eufemia D'aspromonte, Sant'Alessio in Aspromonte, Sinopoli, San Roberto, San Lorenzo, San Procopio, Palmi, Melito di Porto Salvo, Laganadi, Calanna, Melicuccà, Santo Stefano in Aspromonte, Seminara, Reggio Calabria, Scilla, Condofuri, Bagaladi, Bagnara Calabria, Fiumara, Bova Marina, Villa San Giovanni, Campo Calabro, Roccaforte del Greco, Plati, Palizzi, Samo, Africo, Benestare, Brancaleone, Ardore, Bianco, Careri, Casignana, Staiti, Scido, Delianuova, Ciminà, Cosoleto, Ferruzzano, Bruzzano Zeffirio, Bova, Bovalino, Caraffa del Bianco, San Luca, Molochio, Roghudi, Oppido Mamertina, Santa Cristina d'Aspromonte, Varapodio, Terranova Sappo Minulio, Sant'Agata del Bianco.

– In Basilicata Region:

— In Potenza Province the following Municipalities: Moliterno, Lagonegro, Grumento Nova, Paterno, Tramutola,

– In Campania Region:

— In Salerno Province the following Municipalities: Sassano, Casaleto Spartano, Montesano sulla Marcellana, Casalbuono, Buonabitacolo, Sanza, Padula, Caselle in Pittari, Rofrano, Torre Orsaia, Alfano, Morigerati, Roccagloriosa (solo enclave), Tortorella (solo enclave).

10. Tschechien

Die folgenden Sperrzonen II in Tschechien:

Liberecký kraj:

— v okrese Liberec katastrální území obcí Andělská Hora u Chrastavy, Arnoltice u Bulovky, Hajniště pod Smrkem, Nové Město pod Smrkem, Dětřichovec, Bulovka, Horní Řasnice, Dlouhý Most, Dolní Hanychov, Dolní Pertoltice, Doubí u Liberce, Františkov u Liberce, Hluboká u Liberce, Horní Hanychov, Horní Růžodol, Horní Suchá u Liberce, Krásný Les u Frýdlantu, Jindřichovice pod Smrkem, Horní Pertoltice, Dolní Řasnice,

Raspenava, Dolní Oldřiš, Ludvíkov pod Smrkem, Lázně Libverda, Háj u Habartic, Habartice u Frýdlantu, Kunratice u Frýdlantu, Víška u Frýdlantu, Poustka u Frýdlantu, Višňová u Frýdlantu, Předláne, Černousy, Boleslav, Ves, Andělka, Frýdlant, Srbská, Hejnice, Bílý Potok pod Smrkem, Horní Vítkov, Dolní Vítkov, Václavice u Hrádku nad Nisou, Mníšek u Liberce, Mlýnice, Nová Ves u Chrastavy, Dolní Chrastava, Horní Chrastava, Chrastava I, Chrastava II, Oldřichov v Hájích, Albrechtice u Frýdlantu, Dětrichov u Frýdlantu, Heřmanice u Frýdlantu, Kristiánov, Polesí u Rynoltic, Loučná, Hrádek nad Nisou, Bílý Kostel nad Nisou, Petrovice v Lužických horách, Rynoltice, Grabštejn, Lvová, Janovice v Podještědí, Janův Důl u Liberce, Javorník u Českého Dubu, Javorník u Dlouhého Mostu, Jeřmanice, Jítrava, Donín u Hrádku nad Nisou, Oldřichov na Hranicích, Karlínky, Kněžice v Lužických horách, Kryštofovo Údolí, Křižany, Chotyně, Dolní Suchá u Chotyně, Dolní Sedlo, Fojtka, Kateřinky u Liberce, Krásná Studánka, Kunratice u Liberce, Liberec, Machnín, Minkovice, Nové Pavlovice, Novina u Liberce, Ostašov u Liberce, Panenská Hůrka, Pilínkov, Proseč pod Ještědem, Radčice u Krásné Studánky, Rašovka, Rochlice u Liberce, Rudolfov, Ruprechtice, Růžodol I, Staré Pavlovice, Starý Harcov, Stráž nad Nisou, Svárov u Liberce, Světlá pod Ještědem, Šimonovice, Vesec u Liberce, Vratislavice nad Nisou, Zdislava, Žibřidice,

- v okrese Jablonec nad Nisou katastrální území obcí Albrechtice v Jizerských horách, Antonínov, Bedřichov u Jablonce nad Nisou, Desná I, Desná III, Dolní Maxov, Horní Maxov, Hraničná nad Nisou, Jablonec nad Nisou, Jablonecké Paseky, Janov nad Nisou, Jindřichov nad Nisou, Jiřetín pod Bukovou, Jizerka, Josefův Důl u Jablonce nad Nisou, Karlov u Josefova Dolu, Loučná nad Nisou, Lučany nad Nisou, Lukášov, Mšeno nad Nisou, Polubný, Proseč nad Nisou, Rádlo, Rýnovice, Smržovka, Tanvald.

11. Griechenland

Die folgenden Sperrzonen II in Griechenland:

- in the regional unit of Serres:
 - the community departments of Ligaria and Sisamia (Visaltia Municipality),
 - the municipal departments of Neo Souli, Chryso, Neos Skopos and the community departments of Agio Pnevma, Emmanouil Pappas, Metalla, Pentapoli, Toumba, Valtotopi, Mesokomi, Monovrisi, Neochori Serron, Paralimni and Psychiko (Emmanouil Pappas Municipality),
 - the community departments of Melenikitsi, Nea Tiroloi, Palaiokastros and Skotousa (Irakleia Municipality),
 - the municipal departments of Mitrousi, Lefkonas, Serres, Skoutari and the community departments of Kala Dendra, Christos, Elaionas, Eptamila, Oinoussa, Agia Eleni, Adelfiko, Vamvakousa, Kato Kamila, Kouvouklia, Koumaria, Konstantinatos, Peponia, Ano Vrontou, Ano Kamila, Monoklisia and community department of Orini (Serres Municipality),
 - part of the municipal department of Sidirokastros and the community departments of Agkistro, Vamvakofito, Achladochori and Kapnofito (Sintiki Municipality),
- in the regional unit of Drama:
 - the community departments of Vathitopos, Granitis, Dasoto, Exohi, Katafito, Kato Vrontou, Ochiro and Perithorio (Kato Nevrokopi Municipality),
 - the community departments of Tholo, Adriani, Ano Pixari, Nikiforos, Platania, Platanovrisi, Ptelea Platania, Ipsili Rachi, Paranesti and Sili (Paranesti Municipality),
 - the municipal departments of Drama, Xiropotamos and Choritsi, the community department of Skaloti, Nikotsara, Kalifito, Kalos Agros, Koudounia, Livadero, Makriplagio, Maurovato, Mikrochorio, Monastiraki, Milopotamos and part of the community department of Sidironero (Drama Municipality),

- the municipal departments of Agios Athanasios, Doxato, Kirgia and Kalampaki, the community departments of Agora, Kefalari, Pigadia, Agia Paraskevi, Kalamonas, Nerofrakto and Ftelia (Doxato Municipality),
- the municipal departments of Petrousi and Prosotsani, the community departments of Anthochori, Grameni, Kali Vrissi, Kalithea, Kokinogia, Mikropoli, Panorama, Pirgi, Charitomeni, Argiroupoli, Mavrolefki, Megalokampos, Mikrokampos, Perichora, Sitagroi and Fotolivos (Prosotsani Municipality).
- in the regional unit of Kavala:
 - the community departments of Limnes and Polinero (Kavala Municipality),
 - the community departments of Agios Kosmas, Dipotamos, Disvato, Elafochori, Kechrokampos, Lekani, Makrichori, Platamonas, Avramilia, Gerontas, Dialektos, Zarkadia, Xeria and Paradisos (Nestos Municipality).
- in the regional unit of Xanthi:
 - the municipal department of Evmiros, the community departments of Gerakas, Dafnonas, Kariofito, Komnina, Neochori, Paschalia and Stavroupoli (Xanthi Municipality),
 - the community department of Oreio (Miki Municipality)
 - the municipal department of Toxotes and the community departments of Galani (Topiros Municipality)
- in the regional unit of Kilikis:
 - the municipal departments of Axioupoli, Goumenissa, Polykastro, Evropos and the community departments of Gorgopi, Idomeni, Plagies, Rizia, Fanos, Grivas, Karpi, Pentalofoi, Stathis, Filiria, Mesia, Polypetro, Toumpa, Aspro, Vafiochori, Iriniko, Evzoni, Korona, Limnotopos, Mikro Dasos, Pefkodasos, Pontoirakleia, Skra, Kastaneri and Livadia (Peonia Municipality),
 - the community departments of Akritas, Vaptistis, Kastanies, Kristoni, Megali Vrissi, Mesiano, Chorigi, Iliolousto and Megali Sterna (Kilikis Municipality),
- in the regional unit of Kastoria:
 - the community departments of Vissinea, Macrochori, Kleisoura, Vasileiada and Melas (Kastoria Municipality),
- in the regional unit of Kozani:
 - the community departments of Olympiada, Perdikkas, Galateia, Drosero and Fufas (Eordaia Municipality),
- in the regional unit of Florina:
 - the community departments of Aetos, Agios Panteleimonas, Kelli, Kleidi, Xino Nero, Petres, Nymfeo, Agradidies, Pedino, Valtounera, Rodonas, Vegora, Levea, Filotas, Asprogeia, Sklithro, Limnochori, Lechovo, Anargiri, Variko, Fanos and municipal department of Amyntaio (Amyntaio Municipality),
 - the community departments of Vatochori, Krystallopigi, Kottas, Agios Achillios, Agios Germanos, Antartiko, Vrontero, Kallithea, Karies, Lemos, Lefkonas, Mikrolimni, Pissoderi, Plati, Prasino and Psarades (Prespes Municipality),
 - the community departments of Agia Paraskevi, Akritas, Ano Kalliniki, Ano Kleines, Ethniko, Kato Kalliniki, Kato Kleines, Kladorrachi, Kratero, Marini, Mesokampos, Mesochori, Neos Kafkasos, Niki, Paroreio, Polyplatanos, Achlada, Vevi, Itea, Lofoi, Meliti, Neochoraki, Palaistra, Papagiannis, Sitaria, Skopos, Tripotamos, Agios Vartholomaios, Ammochori, Ano Idroussa, Atrapos, Kolchiki, Leptokaries, Perasma, Polipotamos, Triantafyllia, Tropaiouchos, Idroussa, Flampouro, Alona, Armenochori, Korifi, Mesonisi, Proti, Skopia, Trivouno, Drosopigi and municipal department of Florina (Florina Municipality),

- in the regional unit of Pella:
 - the community departments of Aloros, Apsalos, Voreino, Garefi, Dorothea, Loutraki, Lykostomo, Megaplatanos, Xifiani, Orma, Piperies, Polikarpi, Promachi, Sarakinoi, Sosandra, Tsaki, Archagellos, Exaplatanos, Theodoraki, Thiriopetra, Ida, Konstantia, Milea, Neromili, Notia, Periklia, Filoteia, Foustani, Chrisi and municipal department of Aridea (Almopia Municipality),
 - the community departments of Agios Athanasios, Arnissa, Panagitsa, Perea, Agras, Vrita, Karydia, Mesimeri, Nisi, Platani, Rizari, Sotiras and municipal department of Edessa (Edessa Municipality),
 - the community departments of Ampelies, Melissi, Agios Loukas, Esovalta, Axos, Aravissos, Achladchori, Lakka, Paleos Milotopos, Plagiari, Agios Georgios, Drosero, Kariotissa, Liparo, Palefito, Trifilli and the municipal departments of Giannitsa, Milotopos and Galatades (Pella Municipality),
 - the community departments of Anidro, Kalli, Kallipoli, Kranea, Mandalos, Profitis Ilias, Arseni, Aspro, Dafni, Kalivia, Lipochori, Mavrovouni, Nea Zoi, Petrea, Rizo, Sevastiana and municipal departments of Skidra (Skidra Municipality).

TEIL III

1. Italien

Die folgenden Sperrzonen III in Italien:

Lombardia Region:

- In the Province of Lodi the following Municipalities: Marudo, Salerano sul Lambro, Casaletto Lodigiano, Castiraga Vidardo, Lodi Vecchio, Sant'angelo Lodigiano, Valera Fratta, Caselle Lurani, Orio Litta, Borghetto Lodigiano, Pieve Fissiraga, Graffignana, Villanova del Sillaro, Borgo San Giovanni, Brembio, Casalpusterlengo, Cavenago D'adda, Cornegliano Laudense, Livraga, Lodi, Mairago, Massalengo, Montanaso Lombardo, Ospedaletto Lodigiano, Ossago Lodigiano, San Martino In Strada, Secugnago, Sordio, Tavazzano con Villavescio, Boffalora D'adda, Casalmaiocco, Cervignano D'adda, Galgagnano, Mulazzano, Corte Palasio
- In the Province of Milan the following Municipalities: Pieve Emanuele, Buccinasco, Lacchiarella, Rozzano, Trezzano sul Naviglio, Basiglio, Assago, Vernate, Inveruno, Abbiategrasso, Mesero, Rosate, Turbigo, Magenta, Robecchetto con Induno, Noviglio, Motta Visconti, Besate, Gaggiano, Morimondo, Bernate Ticino, Boffalora sopra Ticino, Robecco sul Naviglio, Zibido San Giacomo, Calvignasco, Cuggiono, Vermezzo con Zelo, Bomalco con Casone, Ozzero, Binasco, Bubbiano, Casarile, Gudo Visconti, San Zenone al Lambro, Locate di Triulzi, Carpiano, Melegnano, Cerro al Lambro, San Colombano al Lambro, Castano Primo, Arconate, Nosate, Buscate, Opera, San Giuliano Milanese,
- In the Province of Pavia, the following Municipalities: Confienza, Langosco, Palestro, Robbio, Rosasco, Giussago, Certosa di Pavia, Zerbolò, Rognano, San Giorgio di Lomellina, Marcignago, Ceretto Lomellina, Cernago, Mortara, Castello d'Agogna, Casorate Primo, Cozzo, Gambolò, Borgo San Siro, Bereguardo, Cilavegna, Olevano di Lomellina, Valle Lomellina, Trivulzio, Vellezzo Bellini, Gravellona Lomellina, Vigevano, Zeme, Tromello, Cassolnovo, Trovo, Semiana, Sant'Angelo Lomellina, Torre d'Isola, Vellezzo Lomellina, Nicorvo, Parona, Albonesi, Battuda, Castelnuovo, Cura Carpignano, Copiano, Gerenzago, Torrevecchia Pia, Zeccone, Pavia, Marzano, Villanterio, Maghero, Albuzzano, Landriano, Torre d'Arese, Sant'Alessio con Vialone, Siziano, Vidigulfo, Vistarino, San Genesio ed Uniti, Borgarello, Bornasco, Filighera, Ceranova, Roncaro, Bascapè, Lardirago, Zerbo, Corteolona e Genzone, Inverno e Monteleone, Pieve Porto Morone, Santa Cristina e Bissone, Badia Pavese, Costa de' Nobili, Monticelli Pavese, San Zenone al Po, Chignolo Po, Miradolo Terme, Alagna, Dorno, Scaldasole, Villanova d'Ardenghi, Gropello Cairoli, Valeggio, Garlasco, Ottobiano, Valle Salimbene, Travacò Siccomario, Mezzanino, Linarolo, Belgioioso, Torre De' Negri, Arena Po, Portalbera, San Cipriano Po, Spessa, Albaredo Arnaboldi, Cerreto Lomellina, Sartirana Lomellina, Candia Lomellina, Breme.

Piedmont Region:

- In the Province of Novara, the following Municipalities: Casalbeltrame, Casalino, Casalvolone, Cerano, Galliate, Trecate, Romentino, Sozzago, Borgolavezzaro, Tornaco, Terdobbiate, Garbagna Novarese, Cameri, Granozzo con Monticello, Nibbiola, Novara, Vespolate, Vinzaglio, Barengo, Bellinzago Novarese, Biandrate, Briona, Caltignaga, Carpignano Sesia, Casaleggio Novara, Castellazzo Novarese, Cavaglietto, Cavaglio d'Agogna, Fara Novarese, Landiona, Mandello Vitta, Momo, Oleggio, Recetto, San Nazzaro Sesia, San Pietro Mosezzo, Sillavengo, Sizzano, Vaprio d'Agogna, Vicolungo,
- In the Province of Vercelli, the following Municipalities: Asigliano Vercellese, Borgo Vercelli, Caresana, Caresanablot, Pezzana, Prarolo, Strippiana, Villata, Trino, Lignana, Sali Vercellese, Quinto Vercellese, Olcenengo, Crova, Desana, Tronzano Vercellese, Ronsecco, San Germano Vercellese, Salasco, Casanova Elvo, Tricerro, Oldenico, Rive, Pertengo, Costanzana, Collobiano, Bianzè, Santhià, Vercelli, Albano Vercellese, Arborio, Formigliana, Ghislarengo, Greggio, Villarboit, Motta De' Conti.
- In the Province of Alessandria, the following Municipalities: Villanova monferrato, Valmacca, Ticineto, Terruggia, Pomaro Monferrato, Occimiano, Mirabello Monferrato, Giarole, Frassineto Po, Casale Monferrato, Bozzole, Borgo San Martino.

Emilia – Romagna Region:

- In the Province of Piacenza, the following Municipalities: Ponte Dell'Olio, Gropparello, Gazzola, Travo, Gossolengo, Bettola, Rivergaro, Podenzano, Vigolzone, San Giorgio Piacentino.

2. **Polen**

Die folgenden Sperrzonen III in Polen:

w województwie warmińsko-mazurskim:

- gmina Kisielice, część gminy wiejskiej Iława położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 521 biegnącą od północnej granicy gminy do granicy miasta Iława oraz na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 536 biegnącą od południowej granicy miasta Iława do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Dziarnówko – Smolniki – Radomno i dalej na północny – zachód od linii wyznaczonej przez tę drogę, część miasta Iława położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 521 biegnącą od północnej granicy miasta do skrzyżowania z drogą nr 16, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 16 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 521 do granicy miasta Iława oraz na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od granicy miasta Iława do przecięcia z linią wyznaczoną przez ulicę Lubawską i drogę nr 536 i dalej na południe od tej linii i drogi nr 536 biegnącej do południowej granicy miasta, część gminy Susz położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Gałdowo – Jakubowo Kisielickie – Krzywicz – Bałoszyce - Jawty Wielkie - Pólko w powiecie iławskim,
- gmina Biskupiec, część gminy Kurzętnik położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowe Miasto Lubawskie – Marzęcice – Małe Bałówki – Tereszewo – Szafarnia – Strzemiuszczek, część gminy wiejskiej Nowe Miasto Lubawskie położona na zachód od linii wyznaczonej przez rzekę Drwęca w powiecie nowomiejskim,

w województwie pomorskim:

- część gminy Prabuty położona na południe od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Jawty Wielkie – Trumiejki – Klasztor, część gminy Gardeja położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Trumiejki – Jaromierz – Rozajny Małe – Rozajny – Cygany – Gardeja do skrzyżowania z drogą nr 55, dalej na wschód od drogi nr 55 do skrzyżowania z ulicą Dworcową w miejscowości Gardeja i na wschód od tej ulicy w powiecie kwidzińskim,

w województwie kujawsko - pomorskim:

- gmina Łasin, część gminy Gruta położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Nowa Góra – Piotrowo – Podgórze – Orle – Słup do skrzyżowania z drogą nr 538, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od tego skrzyżowania do wschodniej granicy gminy, część gminy Świecie nad Osą położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od zachodniej granicy gminy i łączącą miejscowości Przesławice – Mędrzyce – Szarnoś – Lisnowo do skrzyżowania z drogą nr 538, a następnie na południe od linii wyznaczonej przez drogę nr 538 biegnącej od tego skrzyżowania do północnej granicy gminy, część gminy Rogóźno położona na wschód od linii wyznaczonej przez ciek wodny biegnący od północnej granicy gminy w Parku Krajobrazowym Góry Łosiowe biegnącej do przecięcia z linią kolejową, następnie na południowy – wschód od linii wyznaczonej przez linię kolejową do przecięcia z drogą nr 535, a następnie na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 535 biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 16, następnie na północ od drogi nr 16 od skrzyżowania z drogą nr 535 do przecięcia z rzeką Osa i dalej na wschód od rzeki Osa w powiecie grudziądzkim,

w województwie wielkopolskim:

- powiat obornicki,
- gminy: Obrzycko z miastem Obrzycko, Ostroróg, Szamotuły, część gminy Kaźmierz położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Przybroda - Chlewiska – Kaźmierz, w miejscowości Kaźmierz na północ od linii wyznaczonej przez ulicę Marii Konopnickiej, Jana Pawła II, Dworcową do skrzyżowania z ul. Nowowiejską w miejscowości Nowa Wieś, następnie na zachód od ulic Nowowiejskiej, Miecki, Kaźmierskiej do skrzyżowania z drogą nr 92, następnie na północ od drogi nr 92 biegnącej do zachodniej granicy gminy, część gminy Pniewy położona na wschód od linii wyznaczonych przez: drogę łączącą miejscowości: Podrzewie – Lubosinek - Przystanki, następnie ciek wodny biegnący do Jeziora Lubosińskiego Małego, dalej na wschód od zachodniej linii brzegowej jezior: Jezioro Lubosińskie Małe, Jezioro Lubosińskie Duże, Jezioro Buszewskie i na północ od linii wyznaczonych przez: ciek wodny biegnący na zachód od Jeziora Buszewskiego – kompleks bagienny – drogą nr 187 biegnącą do skrzyżowania z drogą nr 116, następnie na wschód od drogi 116 biegnącej od skrzyżowania z drogą nr 187 do przecięcia z rzeką Oszczénica, a następnie na północ od linii wyznaczonej przez rzekę Oszczénica do zachodniej granicy gminy, miasto Wronki i część gminy Wronki położona na południe od linii wyznaczonych przez drogi: nr 182 biegnącą od wschodniej granicy gminy do skrzyżowania z drogą nr 150, następnie nr 150 biegnącą od skrzyżowania z drogą nr 182 do granicy miasta Wronki i na wschód od linii wyznaczonej przez drogi: nr 182 biegnącą od granicy miasta Wronki do skrzyżowania z drogą 186 łączącą miejscowości Ćmachowo-Wróblewo - Łucjanowo i dalej nr 186 do południowej granicy gminy w powiecie szamotulskim,
- część gminy Chrzypsko Wielkie położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości: Głuchowo - Orle Młyn – Orle Wielkie – do południowej granicy gminy w powiecie międzychodzkiem,
- gminy Budzyń i Chodzież z miastem Chodzież w powiecie chodzieskim,
- część gminy Połajewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Jędrzejewo – Młynkowo – Tarnówko – Chraplewo, część gminy wiejskiej Czarnków położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Kruszewo- Sarbia – Gębice – Huta – Komorzewo - Jędrzejewo oraz na północny - wschód od linii wyznaczonej przez drogę łączącą miejscowości Radolin – Walkowice z przeprawą propomową Trzcianka Walkowice – Romanowo Górne – Kruszewo, część gminy Trzcianka położona na południowy – wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr 180 biegnącą od północnej granicy gminy do skrzyżowania z drogą łączącą miejscowości Wapniarnia Pierwsza – Biała – Radolin – Walkowice i na południowy – wschód od tej linii w powiecie czarnkowsko – trzcianeckim,
- gmina Kaczory, Ujście i miasto Piła w powiecie pilskim,

- gminy Czerwonak, Murowana Goślina, Suchy Las, Swarzędz, Pobiedziska, Komorniki, miasto Luboń, miasto Puszczykowo, część gminy Kórnik położona na północny - zachód od linii wyznaczonej przez ulice Szkolna – Żernicka – Akacyjowa-Zbożowa – Malwowa - Szkolna w miejscowości Robakowo, biegnącą od północnej granicy gminy do przecięcia z linią kolejową, następnie na południe od linii wyznaczonej przez linię kolejową biegnącą od przecięcia z ul. Szkolną do skrzyżowania z drogą nr 434 i dalej na północny - zachód od linii wyznaczonej przez drogę nr 434 biegnącą od przecięcia z linią kolejową do skrzyżowania z drogą nr 431 i dalej na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 431 do zachodniej granicy gminy, część gminy Kleszczewo położona na zachód od linii wyznaczonej przez ulice Leśna – Kalinowa – Sportowa w miejscowości Tulce biegnącą od północnej do południowej granicy gminy, część gminy Mosina położona na północ od linii wyznaczonej przez drogę nr 431, część gminy Dopiewo położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr S 11 w powiecie poznańskim,
- powiat miejski Poznań,
- gminy Kiszewo, Kłeko, Łubowo w powiecie gnieźnieńskim,
- gmina Skoki, część gminy wiejskiej Wągrowiec niewymieniona w części I i II załącznika I w powiecie wągrowieckim

w województwie zachodniopomorskim:

- gmina Stare Czarnowo w powiecie gryfińskim,
- gmina Maszewo, część gminy Goleniów położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogi nr S3 i S6, część gminy Osina położona na południe od linii kolejowej biegnącej od wschodniej do zachodniej granicy gminy w powiecie goleniowskim,
- gminy Kobylanka, Stara Dąbrowa, Stargard, miasto Stargard, część gminy Marianowo położona na zachód od linii wyznaczonej przez drogę biegnącą od południowej granicy gminy i łączącą miejscowości Barzkowice - Marianowo – Trąbki do skrzyżowania z drogą nr 20, następnie na zachód od linii wyznaczonej przez rzeki Krępa i Krępiel biegnącej od przecięcia z drogą nr 20 do zachodniej granicy gminy w miejscowości Kępy w powiecie stargardzkim,
- część powiatu miejskiego Szczecin położona na wschód od linii wyznaczonej przez drogę nr A6.

3. Rumänien

Die folgenden Sperrzonen III in Rumänien:

- Zona oraşului Bucureşti,
- Judeţul Constanţa,
- Judeţul Satu Mare,
- Judeţul Tulcea,
- Judeţul Bacău,
- Judeţul Bihor,
- Judeţul Bistriţa Năsăud,
- Judeţul Brăila,
- Judeţul Buzău,
- Judeţul Călăraşi,
- Judeţul Dâmboviţa,
- Judeţul Galaţi,

- Județul Giurgiu,
- Județul Ialomița,
- Județul Ilfov,
- Județul Prahova,
- Județul Sălaj,
- Județul Suceava
- Județul Vaslui,
- Județul Vrancea,
- Județul Teleorman,
- Județul Mehedinți,
- Județul Gorj,
- Județul Argeș,
- Județul Olt,
- Județul Dolj,
- Județul Arad,
- Județul Timiș,
- Județul Covasna,
- Județul Brașov,
- Județul Botoșani,
- Județul Vâlcea,
- Județul Iași,
- Județul Hunedoara,
- Județul Alba,
- Județul Sibiu,
- Județul Caraș-Severin,
- Județul Neamț,
- Județul Harghita,
- Județul Mureș,
- Județul Cluj,
- Județul Maramureș.

4. **Griechenland**

Die folgenden Sperrzonen III in Griechenland:

- in the regional unit of Drama
 - the municipal department of Kato Nevrokopi and the community departments of Achladea, Mikrokleisoura, Pagoneri, Potamoi, Volakas, Lefkogeia, Mikromilea and Chrysokefalo (Kato Nevrokopi Municipality),

- part of the community department of Sidironero (Drama Municipality),
- in the regional unit of Serres:
 - the community departments of Irakleia, Valtero, Dasochori, Karperi, Koimisi, Lithotopos, Limnochori, Pontismeno, Chrysochorafa, Ammoudia, Gefiroudi, Triada, Cheimaros, Zeugolatio, Kalokastro, Livadochori and Strimoniko (Irakleia Municipality),
 - the municipal departments of Kerkini, Neo Petritsi and the community department of Kamaroto, Anatoli, Livadia, Makrynitsa, Nechochori Sintikis, Platanakia, Kastanousi, Rodopoli, Ano Poroia, Kato Poroia, Akritochori, Vyroneia, Megalochori, Mandraki, Strymonochori, Charopo, Chortero and Gonimo, part of the municipal department of Sidirokastro Promahonas (Sintiki Municipality),
 - the community departments of Anagennisi, Vamvakia and Provatas (Serres Municipality),
 - the municipal departments of Nigrita, Terpni and the community departments of Ampeloi, Vergi, Dimitritsi, Nikokleia, Triantafilia, Agios Dimitrios, Aidonochori, Eukarpia, Ivira, Mavrothalasa, Tragilos, Achinos, Dafni, Zervochori, Lefkotopos, Patrikios, Sitochori, Choumniko, Agia Paraskevi, Anthi, Therma, Flampouro and Kastanochori (Visaltia Municipality),
 - the community department of Nea Kerdilia (Amfipoli Municipality),
- in the regional unit of Kilikis:
 - the municipal departments of Kilikis and the community departments of Kampani, Mandres, Nea Santa, Chrisopetra, Vathi, Agios Markos, Pontokerasia, Drosato, Amaranta, Antigoneia, Gerakario, Kokkinia, Tripotamos, Fyska, Myriofyto, Kentriko, Mouries, Agia Paraskevi, Stathmos Mourion, Kato Theodoraki, Melanthio, Anavrito, Elliniko, Eptalofos, Eukarpia, Theodosia, Isoma, Koiladi, Koronouda, Lipsidrio, Stavrochori, Plagia, Cherso and Terpillos (Kilikis Municipality),
- in the regional unit of Thessaloniki:
 - the municipal departments of Sochos, Assiros, part of Langadas and the community departments of Krithia, Exalofos, Lofiskos, Irakleio, Chrisavgi, Vertiskos, Ossa, Karteres, Lahanas, Leukochori, Nikopoli, Xilopoli, Krioneri, Askos (Langadas Municipality),
 - the municipal departments of Asprovalta, Vrasna, Nea Apolonia, Stauros and the community departments of Arethousa, Mavrouda, Skepasto, Stefanina, Melisourgos, Peristeronas, Nimfopetra, Profitis, Apolonia, Modi, Nea Maditos, Ano Stauros, Volvi, and Philadelphio (Volvi Municipality),
 - the municipal department of Eleftherio-Kordelio (Kordelio-Evosmos Municipality),
 - the municipal department of Drimos (Oreokastro Municipality)
- in the regional unit of Chalkidiki:
 - the municipal departments of Arnaia and the community departments of Varvara, Nechochori, Palaiochori, Stanos, Olimpiada and Stagira (Aristotelis Municipality),
 - the community departments of Krimni and Marathousa (Poligiros Municipality).

5. Kroatien

Die folgenden Sperrzonen III in Kroatien:

Vukovarsko srijemska županija:

- općina Drenovci
- općina Gunja

- općina Privlaka
- općina Babina Greda
- grad Županja
- grad Otok
- grad Vinkovci
- općina Vrbanja
- općina Nijemci
- općina Bošnjaci
- općina Cerna
- općina Štitar
- općina Gradište
- općina Stari Jankovci
- općina Andrijaševci
- općina Tompojevci
- općina Bogdanovci
- općina Vođinci
- općina Nuštar
- općina Ivankovo
- općina Tovarnik
- općina Jarmina
- općina Stari Mikanovci
- općina Markušica
- općina Borovo
- općina Lovas
- općina Negoslavci
- grad Ilok
- grad Vukovar
- općina Tordinci
- općina Trpinja
- Brodsko-posavska županija
- općina Sikirevci
- općina Gundinci
- općina Slavonski Šamac
- općina Velika Kopanica
- općina Oprisavci

- općina Vrpolje
- Osječko-baranjska županija
- općina Semeljci
- općina Viškovci
- općina Strizivojna
- općina Vuka
- grad Đakovo
- općina Gorjani
- općina Šodolovci
- općina Vladislavci
- općina Antunovac, naselje Ivanovac
- općina Ernestinovo
- općina Punitovci
- općina Satnica Đakovačka, naselje Satnica Đakovačka
- općina Čepin
- općina Podgorač, naselja Poganovci i Budimci

ANHANG II

**AUF UNIONSEBENE ALS INFIZIERTE ZONEN ODER ALS SCHUTZ- UND ÜBERWACHUNGSZONEN
UMFASSENDE SPERRZONEN AUSGEWIESENE GEBIETE**

(gemäß Artikel 6 Absatz 2 und Artikel 7 Absatz 2)

Teil A – in einem zuvor seuchenfreien Mitgliedstaat oder einer zuvor seuchenfreien Zone nach einem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen als infizierte Zonen ausgewiesene Gebiete:

Gemäß Artikel 1 als infizierte Zone ausgewiesene Gebiete	Gültig bis

Teil B – in einem zuvor seuchenfreien Mitgliedstaat oder einer zuvor seuchenfreien Zone nach einem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei gehaltenen Schweinen als Sperrzonen ausgewiesene Gebiete, die Schutz- und Überwachungszonen umfassen:



2025/90197

3.3.2025

**Berichtigung der Richtlinie (EU) 2024/1260 des Europäischen Parlaments und des Rates vom
24. April 2024 über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten**

(Amtsblatt der Europäischen Union L, 2024/1260, 2. Mai 2024)

Seite 19, Artikel 11 Absatz 3:

Anstatt: „(3) Unbeschadet der Befugnisse anderer zuständiger Behörden berechtigen die Mitgliedstaaten Vermögensabschöpfungsstellen dazu, umgehende Maßnahmen gemäß Absatz 2 zu ergreifen, wenn die unmittelbare Gefahr des Verlusts der Vermögensgegenstände, die diese Stellen im Rahmen ihrer Aufgaben gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b aufgespürt und ermittelt haben. Die Gültigkeit einer solchen umgehenden Maßnahme darf sieben Arbeitstage nicht überschreiten.“

muss es heißen: „(3) Unbeschadet der Befugnisse anderer zuständiger Behörden berechtigen die Mitgliedstaaten Vermögensabschöpfungsstellen dazu, umgehende Maßnahmen gemäß Absatz 2 zu ergreifen, wenn die unmittelbare Gefahr des Verlusts der Vermögensgegenstände, die diese Stellen im Rahmen ihrer Aufgaben gemäß Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b aufgespürt und ermittelt haben, besteht. Die Gültigkeit einer solchen umgehenden Maßnahme darf sieben Arbeitstage nicht überschreiten.“
